



## Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom  
Geschwister-Scholl-Institut  
für Politikwissenschaft

**2017**

Dominik Neumann-Wächter

### **Die Alternative für Deutschland (AfD) und die Parteiensysteme der deutschen Bundesländer**

Masterarbeit bei  
Prof. Dr. Klaus H. Goetz  
2017

## Inhaltsverzeichnis

Tabellenverzeichnis .....	3
A) Einleitung .....	5
B) Die AfD als neue Konkurrentin im Parteienwettbewerb .....	8
I Die programmatische Ausrichtung der AfD .....	13
II Die Organisationsstruktur der AfD .....	18
III Veränderungen in den Parteiensystemen der Bundesländer .....	23
1. Theoretischer Rahmen .....	23
a) Begriffsdefinition Parteiensystem .....	24
b) Erklärungsansätze .....	27
c) Parteiensystemwandel .....	30
d) Die Parteiensysteme der Bundesländer .....	35
2. Empirische Befunde .....	38
a) Format .....	38
b) Fragmentierung .....	40
c) Asymmetrie .....	43
d) Volatilität .....	46
e) Polarisierung .....	52
f) Segmentierung .....	59
3. Zwischenfazit .....	62
IV Die Wählerschaft der AfD .....	63
1. Erklärungen für die Wahl rechtspopulistischer Parteien .....	64
2. Daten und Operationalisierung .....	67
3. Ergebnisse .....	73
4. Fazit zur Wählerschaft .....	87
V Die AfD im Parlament .....	89
C) Fazit .....	94
Literatur .....	96
Daten .....	104
Anhang .....	110

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Anteile populistischer Elemente in den Wahlprogrammen der AfD .....	15
Tabelle 2:	Absolute Mitgliederzahlen der Parteien in untersuchten Bundesländern ..	21
Tabelle 3:	Anzahl an Kreisverbänden der Parteien in untersuchten Bundesländern ..	22
Tabelle 4:	Asymmetrie in den Länderparlamenten nach letzter und nach vorangegangener Wahl im Vergleich.....	23
Tabelle 5:	Format der Parteiensysteme der Bundesländer für aktuelle und vorherige Legislaturperiode .....	39
Tabelle 6:	Effektive Zahl an Parteien in den Länderparlamenten in aktueller und vorheriger Legislaturperiode .....	42
Tabelle 7:	Asymmetrie in den Länderparlamenten nach letzter und nach vorangegangener Wahl im Vergleich.....	45
Tabelle 8:	Volatilität bei letzter und vorangegangener Parlamentswahl der Bundesländer im Vergleich.....	48
Tabelle 9:	Wählerwanderungsbilanzen der AfD Wählerschaft für die Parlamentswahlen der Bundesländer .....	50
Tabelle 10:	Polarisierung in den Länderparlamenten nach letzter und nach vorangegangener Wahl im Vergleich.....	59
Tabelle 11:	Mittelwerte der Variablen für die Wählerschaft bei der Landtagswahl in Sachsen 2014.....	74
Tabelle 12:	Mittelwerte der Variablen für die AfD-Wählerschaft bei den Landtagswahlen im Vergleich.....	78
Tabelle 13:	Odds Ratios für die Wahl der AfD bei der Landtagswahl in Sachsen 2014 (Bundesmodell) .....	82
Tabelle 14:	Odds Ratios für die Wahl der AfD bei den Landtagswahlen im Vergleich .....	85
Tabelle 15:	Anzahl verschiedener parlamentarische Aktivitäten der AfD in untersuchten Bundesländern im vierten Quartal 2016 .....	91
Tabelle 16:	Anteil der parlamentarischen Aktivitäten mit Bezug zu den Themen Innere Sicherheit beziehungsweise Asyl, Migration und Integration .....	92
Tabelle 17:	Analyse der Wahlprogramme der AfD zu den Landtagswahlen.....	113
Tabelle 18:	Parteipositionierungen in Sachsen 2009 und 2014 nach Gesamtwählerschaft und AfD-Wählern .....	114
Tabelle 19:	Parteipositionierungen in Brandenburg 2009 und 2014 nach Gesamtwählerschaft und AfD-Wählern .....	115
Tabelle 20:	Parteipositionierungen in Thüringen 2009 und 2014 nach Gesamtwählerschaft und AfD-Wählern .....	116
Tabelle 21:	Parteipositionierungen in Baden-Württemberg 2011 und 2016 nach Gesamtwählerschaft und AfD-Wählern .....	117
Tabelle 22:	Parteipositionierungen in Sachsen-Anhalt 2011 und 2016 nach Gesamtwählerschaft und AfD-Wählern .....	118

Tabelle 23: Parteipositionierungen in Rheinland-Pfalz 2011 und 2016 nach Gesamtwählerschaft und AfD-Wählern .....	119
Tabelle 24: Parteipositionierungen in Mecklenburg-Vorpommern 2011 und 2016 nach Gesamtwählerschaft und AfD-Wählern .....	120
Tabelle 25: Mittelwerte der Variablen für die Wählerschaft bei der Landtagswahl in Brandenburg 2014 .....	121
Tabelle 26: Mittelwerte der Variablen für die Wählerschaft bei der Landtagswahl in Thüringen 2014 .....	122
Tabelle 27: Mittelwerte der Variablen für die Wählerschaft bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg 2016 .....	123
Tabelle 28: Mittelwerte der Variablen für die Wählerschaft bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2016.....	124
Tabelle 29: Mittelwerte der Variablen für die Wählerschaft bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 2016.....	125
Tabelle 30: Mittelwerte der Variablen für die Wählerschaft bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2016.....	126
Tabelle 31: Odds Ratios für die Wahl der AfD bei der Landtagswahl in Sachsen 2014 (Bundes- und Landesmodell) .....	127
Tabelle 32: Odds Ratios für die Wahl der AfD bei der Landtagswahl in Brandenburg 2014 (Bundes- und Landesmodell) .....	128
Tabelle 33: Odds Ratios für die Wahl der AfD bei der Landtagswahl in Thüringen 2014 (Bundes- und Landesmodell) .....	129
Tabelle 34: Odds Ratios für die Wahl der AfD bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg 2016 (Bundes- und Landesmodell) .....	130
Tabelle 35: Odds Ratios für die Wahl der AfD bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2016 (Bundes- und Landesmodell) .....	131
Tabelle 36: Odds Ratios für die Wahl der AfD bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 2016 (Bundes- und Landesmodell) .....	132
Tabelle 37: Odds Ratios für die Wahl der AfD bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2016 (Bundes- und Landesmodell) .....	133

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Parteipositionierungen auf der Links-Rechts-Achse in den Bundesländern im zeitlichen Vergleich .....	55
Abbildung 2: Parteipositionierungen auf der Links-Rechts-Achse in den Bundesländern im Vergleich zwischen Gesamtwählerschaft und AfD-Wählern.....	57

## A) Einleitung

Lange Zeit galt für die Unionsparteien in Deutschland das Diktum von Franz Josef Strauß, dass es rechts von der Union keine demokratisch legitimierte Partei geben darf. Eine bundesweite Etablierung rechtsradikaler Parteien wie der DVU, NPD oder Republikaner konnte verhindert werden. Mit der Alternative für Deutschland (AfD) ist nun eine neue Partei aufgetaucht, die die Wähler am rechten Rand des Parteienspektrums anspricht. Ob sie sich auf Bundesebene etablieren kann, muss sich zwar erst noch zeigen, jedoch hat sie einen fulminanten Start hingelegt. Nachdem sie ein halbes Jahr nach ihrer Gründung 2013 bei der Bundestagswahl noch an der Fünfprozenthürde scheiterte, hat sie seitdem den Einzug in zehn Landesparlamente geschafft.<sup>1</sup> Speziell vor dem Hintergrund, dass die Wahlergebnisse auf Landesebene mit denen auf Bundesebene zusammenhängen und neue Parteien so ihre Unterstützung von unten nach oben ausbauen können (Farrer 2015), ist eine Beschäftigung mit dem Einfluss der AfD auf die Parteiensysteme in den Bundesländern von besonderem Interesse. Entsprechend lautet die zentrale Forschungsfrage wie folgt:

*Welche Veränderungen lassen sich mit dem Einzug der AfD in den Parteiensystemen der deutschen Bundesländer feststellen?*

Nach Lehnert et al. (2007) muss eine politikwissenschaftliche Arbeit auf zwei Arten relevant sein. Auf der einen Seite ist erforderlich, dass sie theoretische Relevanz besitzt, also einen theoretischen Beitrag zum fachspezifischen Diskurs leistet. Auf der anderen Seite darf sich eine wissenschaftliche Arbeit damit allein aber nicht begnügen, sie muss auch von gesellschaftlicher Relevanz sein, also sich um Fragen kümmern, die die Öffentlichkeit interessieren. Beide Kriterien erfüllt diese Arbeit. Zum einen werden verschiedene Analyseansätze auf die Parteiensysteme der Bundesländer und die AfD angewendet, um Theorien und Hypothesen zu testen. Zum anderen ist die AfD ein politisches und gesellschaftliches Phänomen, das in den Medien vielfach präsent ist.

Das Auftauchen neuer Parteien ist nach Hug (2001) aus folgenden Gründen ein wichtiges Untersuchungsfeld. Zum einen können neue Parteien etablierte ersetzen. Dies

---

<sup>1</sup> Dies waren (in chronologischer Reihenfolge) 2014 Sachsen, Brandenburg und Thüringen, 2015 Hamburg und Bremen sowie 2016 Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin.

kann in dieser Arbeit jedoch nicht untersucht werden, da der Zeithorizont hierfür zu gering ist und es sich hier um eine langfristige Folge handeln würde. Es wird aber betrachtet, welche Parteien durch den Einzug der AfD nicht wieder in den Landtag gekommen sind. Zum anderen haben Parteien aber auch ohne Regierungsbeteiligung einen Einfluss auf den Parteienwettbewerb. Dies wird in dieser Arbeit deutlich.

Die Bedeutung von Landesparteiensystemen zeigt sich dadurch, dass sich Veränderungen über den Bundesrat auch auf Bundesebene niederschlagen können. Jedoch droht der nüchterne Blick auf die Eigenschaften des Parteiensystems und die Veränderungen durch den Einzug der AfD unter Umständen zu übersehen, dass mit der AfD eventuell mehr als nur eine weitere Partei dazu gekommen ist, die um Wählerstimmen kämpft. Es gilt sich die Frage zu stellen, ob es sich bei der AfD um eine neue Art von Partei handelt, die den politischen Wettbewerb nachhaltig verändern könnte. Hierbei wird in dieser Arbeit davon ausgegangen, dass die AfD eine rechtspopulistische Partei ist.<sup>2</sup>

Die Arbeit geht wie folgt vor. Nach einer kurzen Rekapitulation der Forschung zu Rechtspopulismus, wird die programmatische Ausrichtung der AfD anhand der Wahlprogramme in den zehn Bundesländern, in denen die AfD in den Landtag eingezogen ist, untersucht. Anschließend wird sich mit der Organisationsstruktur der Partei auseinandergesetzt. Nachdem dadurch der Untersuchungsgegenstand soweit beschrieben ist, wird die zentrale Forschungsfrage beleuchtet und nach Veränderungen in den Parteiensystemen gesucht. Anschließend werden für sieben Bundesländer (die Stadtstaaten sind aufgrund von fehlendem Datenmaterial nicht in der Analyse) die Wählerschaft und deren Motive der Wahlentscheidung untersucht. Die Betrachtung der parlamentarischen Arbeit rundet die Arbeit ab, bevor das Fazit die Ergebnisse nochmal kurz zusammenfasst und einen Ausblick gibt.

Die Arbeit kommt dabei zu dem Ergebnis, dass sich in den Landtagswahlprogrammen der AfD nur wenig rechtspopulistische Elemente finden. Ihre Organisationsstruktur deutet ferner darauf hin, dass die AfD eine solide Basis geschaffen hat, die ihr eine Position verschafft, länger im politischen Geschäft zu bleiben. Im Hinblick auf die zentrale Fragestellung kommt die Arbeit zu dem Ergebnis, dass sich Veränderungen auf Parteisystemebene feststellen lassen, die auf einen begrenzten Wandel hindeuten.

---

<sup>2</sup> Siehe für eine Auseinandersetzung hierzu das folgende Kapitel.

Hinsichtlich der Gründe für die Wahlentscheidung für die AfD finden sich zwar auch Protestwahlmotive, jedoch sind in allen untersuchten Bundesländern inhaltliche Gründe entscheidender für die Wahl. Auch wird die These überprüft, dass vor allem Modernisierungsverlierer die AfD wählen, hierfür findet sich in den westdeutschen Bundesländern Bestätigung, in den ostdeutschen jedoch nicht. Die Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern sind darüber hinaus in allen Kapiteln eher gering. Die parlamentarische Arbeit der AfD deutet in einigen Fällen schließlich auf Obstruktion hin.

## **B) Die AfD als neue Konkurrentin im Parteienwettbewerb**

*„Zu den wenigen Ländern, die von dem Phänomen [Rechtspopulismus, Anm. d. Verf.] weitgehend verschont geblieben sind, gehört die Bundesrepublik Deutschland. Wahlerfolge rechtspopulistischer und rechtsextremer Gruppierungen hat es zwar auch hierzulande gegeben. Sie erstreckten sich aber bislang ausschließlich auf die regionale Ebene, wo es den Herausforderern mehrfach gelang, über die Fünfprozenthürde zu springen. Eine flächendeckende Etablierung ist daraus nicht erwachsen – und sie steht in absehbarer Zukunft auch nicht zu erwarten.“ (Decker 2012: 21)*

Diese Einschätzung Deckers scheint bereits fünf Jahre später überholt zu sein. Nachdem die AfD 2013 noch sowohl bei der Bundestagswahl als auch bei der hessischen Landtagswahl an der Fünfprozenthürde scheiterte, schaffte sie bei jeder darauffolgenden Wahl den Einzug in das Parlament und ist nun in zehn Landtagen vertreten. Eine Etablierung auf Bundesebene ist dadurch zwar noch nicht zwangsläufig gegeben, allerdings sprechen die Prognosen für einen Einzug der AfD in den Bundestag.<sup>3</sup> Auch wenn der Fokus der vorliegenden Arbeit nicht darauf liegt, die Gründe für den Erfolg der AfD offenzulegen, soll an dieser Stelle knapp wiedergegeben werden, wie sich der Erfolg neuer Parteien erklären lässt und wie sich der Begriff des Rechtspopulismus definiert, bevor sich mit der AfD in den einzelnen Bundesländern und den Veränderungen, die sich mit ihrem Auftreten festmachen lassen, beschäftigt wird.

Damit neue Parteien erfolgreich werden können, müssen sie entweder Wähler von anderen Parteien abwerben oder vorherige Nichtwähler mobilisieren. Dies lässt sich insbesondere erreichen, wenn neue Parteien Themen aufgreifen, die gesellschaftliches Konfliktpotential besitzen und somit salient werden können, von den bisherigen Parteien aber nicht thematisiert wurden (Hug 2001; Meguid 2005, 2008; de Vries/Hobolt 2012). Ein typisches Thema wäre beispielsweise die Europäische Integration oder Einwanderungspolitik. Gerade zweitäre hilft rechtspopulistischen Parteien dabei, Stimmen zu gewinnen (Ivarsflaten 2008). Institutionelle Settings wie Sperrklauseln tragen jedoch dazu bei, dass junge Parteien in Deutschland nur äußerst selten erfolgreich sind und in Parlamente einziehen.

---

<sup>3</sup> So kommt die AfD laut aktueller Sonntagsfrage von Infratest-Dimap vom 05.01.2017 bei der anstehenden Bundestagswahl auf einen Stimmenanteil von 15 %. Dies ist kein kurzfristig hoher Wert - der Stimmenanteil der AfD liegt seit Januar 2016 durchwegs bei mindestens 10 %: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/sonntagsfrage/>.



Für den Erfolg der AfD waren daher bestimmte Gelegenheitsstrukturen ausschlaggebend. Diese ergaben sich insbesondere aus dem Ruck der Union zur Mitte und der hohen Salienz der Eurokrise, wobei die Europolitik der Regierung kaum auf eine Opposition von Parlamentsparteien stieß (Nestler/Rohgalf 2014; Bebnowski 2015: 33). Daher konnte die damals noch junge AfD das euroskeptizistische Wählerpotential für sich mobilisieren. Zur Hilfe kam ihr dabei ein „populistischen Zeitgeist“, wie Mudde (2004) es beschreibt. Dieser ist zum einen dadurch bedingt, dass es einerseits einen Medienwandel hin zu einer skandalisierenderen Beschreibung der Politik gab. Auf der anderen Seite kam es zu einer Demystifizierung des Politischen - hierdurch wandelten sich die Beziehung zwischen Bürgern und Eliten signifikant: So wird etwa die (perzipierte) Kompetenz der Eliten immer öfter angezweifelt (Mudde 2004: 556). Zusammen mit einem sinkenden Handlungsspielraum der Politiker aufgrund von Globalisierungsentwicklungen führt dies bis heute dazu, dass Populisten Aufmerksamkeit generieren und darüber hinaus Erfolge für sich verbuchen können.

In der politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung wurde und wird die Einordnung der AfD als eine rechtspopulistische Partei jedoch kontrovers diskutiert. Insbesondere in den ersten Analysen schien sie nicht die nötigen Kriterien zu erfüllen, um sie den rechtspopulistischen Parteien zuzuordnen. So wurde der AfD sowohl das Fehlen populistischer Elemente attestiert (Arzheimer 2015; Franzmann 2016a), als auch die Ausrichtung der Partei als nicht deutlich genug rechts angesehen (Bebnowski 2015; Arzheimer 2015). Andere Autoren dagegen beschreiben sehr wohl rechtspopulistische Tendenzen oder zumindest von dort entlehene Elemente (Franzmann 2014; Ceyhan 2016; Häusler/Roeser 2016; Hensel et al. 2016; Merkle 2016), wenngleich auch hier betont wird, dass sich die AfD (noch) von anderen populistischen Parteien in Westeuropa unterscheidet (Berbair et al. 2015). Decker (2016) und Nestler (2016) werten die AfD dagegen als rein rechtspopulistisch.

Die unterschiedlichen Einschätzungen lassen sich zum einen auf die unterschiedlichen Betrachtungszeitpunkte der Arbeiten zurückführen, da die AfD als sehr junge Partei noch stärker von Machtkämpfen und Fragen der Ausrichtung geprägt und generell im Wandel begriffen war, wie der Austritt Luckes mit Teilen des liberal-konservativen Flügels 2015 zeigte. Zum anderen ist es der Art der Betrachtung inhärent. Zumindest in den ersten Wahlprogrammen schien die AfD sich mit (rechts-)populistischen Elementen

zurückzuhalten, diese fanden sich eher in der öffentlichen Rhetorik der Partei (Werner 2015; Franzmann 2016a). Bebnowski spricht hier davon, dass der Populismus der AfD subtiler funktioniert (2015: 15). Im folgenden Kapitel zur Programmatik wird daher unter anderem überprüft, ob sich diese Herangehensweise der AfD mittlerweile geändert hat.

Der für eine solche Analyse relevanteste Aspekt ist die Frage nach einer angemessenen Definition des Begriffes Populismus. Hier gibt es keine allgemeingültige Definition, sondern eine Vielzahl an Ansätzen.<sup>4</sup> Eine grobe Einteilung lässt sich in Populismus als (organisatorische) Strategie, als (Kommunikations-) Stil und als (dünne) Ideologie vornehmen. Je nach zugrundeliegender Definition werden so unterschiedliche Aspekte hervorgehoben und Parteien untersucht. Caiani/Graziano (2016) weisen jedoch darauf hin, dass diese Ansätze sich nicht gegenseitig ausschließen müssen, sondern kombiniert werden können, um so verschiedene Dimensionen von Populismus zu erfassen.

Gemeinsam ist den meisten Konzepten, dass die folgenden zwei Elemente im Populismus verbunden werden (vgl. Otjes/Louwerse 2015: 61). Zum einen proklamieren Populisten, dass es einen „Volkswillen“ gibt, der von der Politik umzusetzen ist. Zum anderen – so die populistische Behauptung – sind die politischen Eliten nicht willens oder in der Lage diesen umzusetzen. Der Begriff Volk ist dabei offen. Er wird von den Populisten selbst nach Belieben konstruiert und muss nicht alle Bürger eines Landes einschließen. Taggart (2000) spricht hierbei von dem imaginierten „Heartland“, das als Bezugspunkt gilt und für die Gemeinschaft des Volkes steht.

Daran anknüpfend stammt eine der am häufigsten herangezogenen Definitionen von Populismus von Mudde, welche auch in dieser Arbeit verwendet werden soll. Er legt Populismus wie folgt fest:

*„I define populism as an ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, ‘the pure people’ versus ‘the corrupt elite’, and which argues that politics should be an expression of the volonté générale (general will) of the people.“* (Mudde 2004: 543)

Der Unterschied von populistischen Parteien zu Anti-Systemparteien besteht darin, dass sie nicht komplett antagonistisch der liberalen Demokratie gegenüber sind. Das Konzept Demokratie an sich wird von ihnen als gut bewertet, da sich hierdurch der Volkswille

---

<sup>4</sup> Für einen ausführlichen Überblick zum Forschungsstand und verschiedenen Definitionsmöglichkeiten siehe Gidron/Bonikowski (2013) sowie Pappas (2016).

ausdrücken kann. Populisten stellen sich jedoch gegen die liberale Komponente moderner Demokratien. Durch die Bezugnahme auf einen einzigen, von ihnen interpretierten Volkswillen, der „im Sinne eines imperatives Mandat eins zu eins umzusetzen [ist]“ (Müller 2015: 46), sind populistische Parteien anti-pluralistisch und damit illiberal (Albertazzi/Mueller 2013; Rensmann 2006: 69–70; Baier 2016: 51; Pappas 2016).

Wenn Populismus als dünne Ideologie im Sinne Mudde verstanden wird, kann er mit einer Hauptideologie verknüpft werden. Von Rechtspopulismus kann dann etwa gesprochen werden, wenn Elemente wie Nativismus und Autoritarismus hinzukommen (Mudde 2007). Unter Nativismus sind xenophobe und nationalistische Ideen zu verstehen, wobei die genauen Inhalte von Land zu Land variieren können – so ist sowohl eine ethnische als auch eine kulturelle Basis möglich (Grabbe/Groot 2014: 35). Rechtspopulistische Parteien konstruieren also neben dem Antagonismus zwischen dem Volk und der Elite einen zweiten Gegensatz: Die Unterscheidung von Volk und Nicht-Volk, die größtenteils auf kultureller Abgrenzung basiert. Die Unterscheidung zwischen rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien lässt sich schließlich nicht nur an der Agitation der jeweiligen Partei festmachen, sondern eben auch an der oben beschriebenen Unterscheidung von rechtspopulistischen und Anti-Systemparteien. Im Unterschied zu rechtsextremen Parteien, deren Ziel die Errichtung einer Autokratie ist, wollen rechtspopulistische Parteien die Demokratie aufrecht erhalten, aber mit mehr direktdemokratischen Mitteln ausstatten und intermediäre Institutionen möglichst umfassend abschaffen (Priester 2017: 543).

Auf diesen theoretischen Grundlagen des Rechtspopulismus soll im folgenden aufgebaut werden. Dabei wird zu Beginn die AfD hinsichtlich ihrer programmatischen Ausrichtung (Kapitel I) und ihrer Organisationsstruktur (Kapitel II) in den einzelnen Bundesländern untersucht, um so ein genaueres Bild des Untersuchungsgegenstands zu bekommen. Im Anschluss werden die Parteiensysteme der einzelnen Bundesländer in den Blick genommen und hinsichtlich der zentralen Fragestellung eruiert, ob sich mit dem Eintritt der AfD ein Wandel feststellen lässt (Kapitel III). Anschließend wird die Wählerschaft der AfD in den einzelnen Bundesländern skizziert (Kapitel IV), da die Wahlentscheidung das zentrale Kriterium ist, ob sich Parteiensysteme verändern. Abschließend soll die Betrachtung der Parlamentsarbeit der AfD einen Ausblick darauf

geben, wie sie nach ihrem politischen Erfolg in der Praxis agiert. Die Arbeit soll hierbei weniger Erklärungen für die den Erfolg der AfD liefern, sondern aufzeigen, wie kohärent die Befunde in den Bundesländern sind und welche Unterschiede sich hieraus ergeben.

## **I DIE PROGRAMMATISCHE AUSRICHTUNG DER AfD**

Die Programmatik der AfD ist – insbesondere mit Blick auf die Frage nach rechtspopulistischen Elementen – bereits von mehrerlei Seiten analysiert worden. Die aktuellste und umfangreichste Untersuchung stellt derzeit der Sammelband von Häusler (2016) dar, in dem die AfD hinsichtlich ihrer Positionen in verschiedenen Politikfeldern beleuchtet wird. Die Betrachtung beschränkt sich hier jedoch wie bei den meisten Analysen fast gänzlich auf die bundespolitische Ebene und das Wahlprogramm zur Europawahl. Zentrale Ergebnisse sind hierbei, dass die AfD stark auf wirtschaftsliberale und nationalkonservative Inhalte setzt, sich jedoch mit xenophoben und nativistischen Äußerungen zurückhält, und damit eine ähnliche Position wie die CSU bezieht (Arzheimer 2015; Werner 2015). Das wichtigste Thema stellt in den Wahlprogrammen die Eurokrise dar, die aus einer rein ökonomischen Perspektive betrachtet wird (Franzmann 2014: 121).

Die programmatische Ausrichtung in den einzelnen Bundesländern ist dagegen bisher kaum untersucht worden. Ausnahmen bilden hier Hensel et al. (2016), die die Wahlprogramme in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt kurz erörtern, sowie Werner (2015) und zumindest in Ansätzen Häusler (2014). Werner stellt auch fest, dass die Wahlprogramme nicht kohärent sind, da sich beispielsweise in Thüringen die AfD offen gegenüber Gentechnik zeigt, wohingegen sie diese in Brandenburg und Sachsen ablehnt.

Es fehlt jedoch eine systematische Betrachtung der Programmatik der einzelnen Landesverbände. Diese Lücke soll die vorliegende Arbeit zumindest etwas schließen, indem sie untersucht, inwiefern die Länder-Wahlprogramme der AfD populistische Elemente enthalten und welche inhaltlichen Schwerpunkte sich finden. Es stellt sich dabei zum einen die Frage, welche Unterschiede sich zwischen den Landesverbänden ausmachen lassen, zum anderen, inwiefern sich über die Zeit das Vorkommen von populistischen Elementen verändert hat, speziell vor dem Hintergrund des Austritts Luckes und großen Teilen des liberal-konservativen Flügels im Sommer 2015. Veränderungen sind auch deswegen zu erwarten, da sich in der Anfangsphase der AfD zwischen den Forderungen der Nationalkonservativen und der Wirtschaftsliberalen, wenn sie konsequent zu Ende gedacht wurden, Widersprüche ergaben (Werner 2015: 100). Auch lässt sich absehen, dass das Thema Asyl aufgrund der sogenannten

„Flüchtlingskrise“ mehr an Bedeutung gewann. Berbuir et al. (2015: 167) stellen hier fest, dass die AfD im Gegensatz zu anderen rechtspopulistischen Parteien in Westeuropa das Thema Migration nicht grundsätzlich negativ konnotiert. Es gilt zu klären, ob dies – zumindest in den Wahlprogrammen – noch der Fall ist oder sich hier eine Änderung feststellen lässt.

Dementsprechend lassen sich zwei Untersuchungsvorhaben festmachen. Erstens soll der Blick auf das inhaltliche Profil der AfD in den Bundesländern gerichtet werden. Allerdings ist es nicht das Ziel, ein komplettes inhaltliches Profil der AfD für alle Bundesländer zu erstellen, da dies die Möglichkeiten dieser Arbeit übersteigt. Vielmehr soll ein erster Eindruck entstehen, wie sich die AfD politisch greifen lässt, insbesondere auch hinsichtlich der Frage, ob sich klassische rechte Inhalte in den Wahlprogrammen finden. Zweitens sollen die Wahlprogramme daraufhin untersucht werden, ob sie populistisch sind.

Für die Analyse populistischer Elemente wird auf das Konzept von Rooduijn und Pauwels (2011) zurückgegriffen. Hierfür werden die zu betrachtenden Wahlprogramme absatzweise durchgegangen und daraufhin überprüft, ob sich populistische Elemente wiederfinden. Absätze sind die zugrundeliegende Messeinheit, da davon ausgegangen wird, dass sie als einzelne Sinneinheiten einzelne Argumente trennen. Gemessen wird Populismus anhand des Bezuges zum Volk sowie Elementen des Anti-Elitismus, den beiden zentralen Merkmalen von Populismus nach Muddes Definition. Indikatoren für den Bezug zum Volk sind Wörter wie „Bürger“, „Volk“, „unsere Kinder“ oder „unser Land“. Um jedoch herauszuarbeiten, ob es sich tatsächlich um „people-centrism“ handelt, wird hierbei zusätzlich der inhaltliche Kontext berücksichtigt – schließlich kann nicht jede Verwendung des Wortes Bürger als Beitrag zur Konstruktion einer homogenen Volksgemeinschaft gewertet werden. Als Indikator für Anti-Elitismus fungiert Kritik an Eliten im Generellen. Kritik an einzelnen Parteien oder Personen sowie der Regierung wird nicht gewertet, da dies für den politischen Wettbewerb unumgänglich ist, um das eigene politische Profil zu schärfen.<sup>5</sup>

Tabelle 1 zeigt die Ergebnisse der Untersuchung der Landeswahlprogramme hinsichtlich populistischer Elemente. Von Populismus kann nur gesprochen werden, wenn der Bezug zum Volk zusammen mit Elitenkritik auftaucht. Dies wird in der

---

<sup>5</sup> Für das genaue methodische Vorgehen siehe Rooduijn/Pauwels 2011: 1274–1275.

	Anteil an Absätzen mit Bezug zum Volk	Anteil an Absätzen mit Elitenkritik	Anteil an Absätzen mit Bezug zum Volk und Elitenkritik
<b>Sachsen</b>	3,57%	0,00%	1,43%
<b>Brandenburg</b>	7,19%	0,72%	1,44%
<b>Thüringen</b>	6,37%	0,00%	1,91%
<b>Hamburg</b>	4,00%	2,50%	1,50%
<b>Bremen</b>	4,91%	2,45%	0,92%
<b>Baden-Württemberg</b>	11,26%	1,34%	3,49%
<b>Sachsen-Anhalt</b>	14,44%	0,74%	1,85%
<b>Rheinland-Pfalz</b>	17,10%	2,07%	2,07%
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	18,29%	1,22%	2,44%
<b>Berlin</b>	4,69%	1,76%	1,47%

**Tabelle 1:** Anteile populistischer Elemente in den Wahlprogrammen der AfD  
(Quelle: Wahlprogramme der AfD; eigene Auswertung; absolute Zahlen finden sich im Anhang)

letzten Spalte dargestellt. Wie sich zeigt, ist der Anteil von Populismus in allen Wahlprogrammen sehr gering, den höchsten Wert weist Baden-Württemberg mit einem Anteil von 3,49 % an populistischen Absätzen auf. In drei von fünf Bundesländern, in denen 2016 gewählt wurde sind darüber hinaus die Anteile populistischer Absätze am Gesamtwahlprogramm der AfD höher als in den vorherigen beiden Jahren. Der Anstieg ist aber zu gering, als dass von einem klaren Trend gesprochen werden kann.

Der niedrige Wert lässt sich auch darauf zurückführen, dass die Wahlprogramme überwiegend sachlich gehalten und mit Forderungen gefüllt sind. Der größere Teil der populistischen Absätze findet sich daher auch in den Präambeln oder Schlussbemerkungen der Wahlprogramme. Außerdem wird zwar auch häufiger Kritik geäußert, die sich dann aber entweder klar auf die Regierung bezieht, nicht auf Eliten im Allgemeinen, oder es werden Fehlentwicklungen und Probleme thematisiert, ohne dass die Schuldigen explizit genannt werden. So spricht die AfD beispielsweise in Baden Württemberg von „energiepolitischen Illusionen, für die niemals jemand zur Verantwortung gezogen werden kann“ (AfD Baden-Württemberg: 47). Die Kritik an Eliten wird also oftmals nur impliziert bzw. der Interpretation des Lesers überlassen.

Es lässt sich 2016 jedoch – mit Ausnahme des Berliner Wahlprogramms – ein deutlicher Anstieg an Formulierungen mit Bezug zum Volksbegriff ausmachen. Dies liegt unter anderem auch daran, dass sich in Kapiteln zu Integrations- und Asylthemen

öfter auf das deutsche Volk, das Volk des jeweiligen Bundeslandes oder „unser Land“ berufen wird. Der Anstieg spiegelt also weniger den Antagonismus zwischen dem Volk und den Eliten als zwischen Volk und Migranten sowie Asylbewerbern wider.

Die Wahlprogramme der AfD in den einzelnen Bundesländern sind insgesamt ähnlich, wenngleich sich selbstverständlich regionale Schwerpunktsetzungen finden lassen. Insbesondere in den Themengebieten Bildung, Familienpolitik und innere Sicherheit finden sich viele Passagen in ähnlicher Gestalt immer wieder. Auch fordert die AfD konsequent die Abschaffung des EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) oder auch den Stopp vom staatlich geförderten Ausbau von Solar- und Windenergie – mit Ausnahme Bremens, wo Offshore-Windparks als auch Windanlagen an Land als Zukunft gesehen werden. Es lassen sich zwar auch kleine Widersprüche finden, beispielsweise wenn die AfD in Thüringen die Förderung parteinaher Stiftungen kritisch sieht, in Sachsen dagegen gefordert wird, die Landeszentrale für politische Bildung aufzulösen und deren Aufgaben unter anderem an die parteinahen Stiftungen zu übertragen. Generell machen die Wahlprogramme aber auch untereinander verglichen einen kohärenten Eindruck.

Hinsichtlich der thematischen Schwerpunkte lässt sich ein leichter Anstieg der Bedeutung des Themas Asyl, Einwanderung und Integration ausmachen. In den meisten Wahlprogrammen werden diesen Thematiken 2016 mehr Raum gegeben als noch in den beiden Jahren davor. In Thüringen und Brandenburg 2014 wurden zum Beispiel Islam und Muslime überhaupt nicht angesprochen, was in allen späteren Programmen der Fall ist. Trotz der Zunahme migrationspolitischer Themen, sind auch nach der Spaltung der Partei wirtschaftliche Fragen stark präsent und nehmen einen großen Teil des Wahlprogramms ein. Auffällig ist hier, dass Probleme aus allen Politikfeldern darüber hinaus ökonomisch geframet werden. So findet sich bezüglich der Bildungspolitik im baden-württembergischen Wahlprogramm die Passage: „Baden-Württembergs wichtigstes Gut ist unser kulturelles, wissenschaftliches und technisches Wissen. Es kommenden Generationen verfügbar zu machen, ist nicht zuletzt auch ein Gebot ökonomischer Vernunft.“ Eine Abnahme ist dagegen hinsichtlich der eurokritischen Haltung festzustellen, wenngleich auch in späteren Wahlprogrammen Kritik an der EU geäußert wird.

Schließlich gilt festzuhalten, dass die AfD anhand ihres Wahlprogramms nicht als rechtsradikal, geschweige denn rechtsextrem bezeichnet werden kann. Klare xenophobe



Äußerungen finden sich in nicht, auch ist sie Einwanderung grundsätzlich offen, fordert sie im begrenzten Maße aus wirtschaftlichen und demographischen Gründen sogar und sieht auch das Asylrecht als wichtig an. Immer wieder wird jedoch betont, dass das Asylrecht streng anzuwenden und Asylmissbrauch zu unterbinden sowie die Unterwanderung der Sozialsysteme zu verhindern sei. Mit Forderungen nach Grenzkontrollen, Volksabstimmungen über Moscheebauten, Verbot der Vollverschleierung, der Beendigung des Gender-Mainstreamings oder nach der Erfassung des Migrationshintergrunds bei Straftaten hat sie zwar Positionen, die als rechts tituliert werden, allerdings nicht als mehrheitlich radikal oder extrem.

Die hier durchgeführte Analyse der Wahlprogramme deckt sich folglich mit den bisherigen Forschungsergebnissen. Die AfD bleibt hier größtenteils auf der Sachebene und bedient sich eher selten populistischer Elemente. Diese finden sich wenn vor allem zu Beginn der Wahlprogramme, was ein Hinweis auf eine strategische Verwendung von Populismus in der Wähleransprache sein könnte, da diese eher selten das ganze Wahlprogramm lesen. Nativistische Elemente sind dagegen so gut wie gar nicht zu finden, auch Tabubrüche bleiben aus. Der Rechtspopulismus der Partei zeigt sich folglich, wie die bisherige Literatur mit Blick auf die europäische und bundesdeutsche Ebene dargelegt hat, auch in den Bundesländern auf anderen Wegen als in den Wahlprogrammen – beispielsweise bei öffentlichen Auftritten.

## II DIE ORGANISATIONSSTRUKTUR DER AfD

Neben der Programmatik ist ein entscheidendes Element einer Partei ihre Organisationsstruktur. Diese hängt dabei sowohl von organisationsexternen als auch organisationsinternen Faktoren ab (Panebianco 1988: 163–180; Ware 1996: 93–123). Unter externe Faktoren fallen die rechtlichen Grundlagen für politische Parteien, das Ausmaß und die Ausgestaltung demokratischer Mitbestimmung im politischen System, das Wahlrecht, die politische Kultur, die Struktur des Parteienwettbewerbs, die Parteienfinanzierung und das Mediensystem. Zu den internen Faktoren zählen die Anzahl an Mitgliedern, ihr Interesse, die innerparteilichen Normen und Werte, die formalen Regeln, die Prioritätensetzung bei Zielbestimmungen, das innerparteiliche Verständnis von Machtverhältnissen, das Rollenverständnis von Führung, Mitgliedern und Sympathisanten, die innerparteilichen Kommunikationskanäle, die Verbindungslinien zwischen lokalen, regionalen und nationalen Verbänden, die Verteilung von Machtzentren, das Vorhandensein von vertikalen und horizontalen Subeinheiten und informellen Gruppierungen und das Ausmaß der Bürokratisierung der Partei (Jun 2010: 13).

Aufgrund des Parteiengesetzes in Deutschland, das die Ausgestaltung der Parteiorganisation mehr beeinflusst als in anderen Ländern, sind einige Anforderungen speziell an die innerparteiliche Demokratie vorausgesetzt. Der Aufbau einer Partei mit starker Konzentration auf eine (charismatische) Führungsperson, wie er rechtspopulistischen Parteien oft nachgesagt wird (vgl. Decker 2006: 17–18; Caiani/Graziano 2016: 244), ist damit deutlich schwieriger. Eine Partei wie die Partij voor de Vrijheid in den Niederlanden, deren einziges Mitglied Geert Wilders ist, ist in Deutschland nicht möglich. Die Bedeutung von Führungspersonlichkeiten für rechtspopulistische Parteien scheint jedoch auch überschätzt zu werden (vgl. Wodak et al. 2013; Decker 2016: 17). Trotzdem lassen sich aus den innerparteilichen Machtverhältnissen und Strukturen weitere Einsichten erzielen.

Parteien können als komplexe Gebilde beschrieben werden, deren Strukturen von vier Prinzipien gekennzeichnet sind: Unbestimmtheit, Fragmentierung, lose Kopplung und Hypokrisie (Jun 2010: 14–15). Unbestimmtheit beschreibt dabei, dass Organisationsziele nur selten in konkretes Handeln umgesetzt werden und stattdessen häufig im Symbolbereich verbleiben. Fragmentierung meint die Unterteilung der Partei in die

verschiedenen Organisationsteile auf kommunaler, landespolitischer und bundespolitischer Ebene, die sich verselbstständigen und relativ abgeschottet voneinander existieren.<sup>6</sup> Mit loser Kopplung wird ferner ausgedrückt, dass die Parteispitze einen autonomen Handlungsspielraum besitzt, der ihr eine Machtressource biete, welche sie auch nutzt. Hypokrisie heißt letztlich, dass Parteien einerseits „mit vielen Zungen“ (Wiesendahl 1998: 234) sprechen, was zu inkonsistenten Entscheidungen führen kann, sich dieser „Talk“ andererseits aber nicht in Handlungen niederschlagen muss, da Talk und Handeln einer Partei zwei unterschiedliche Bereiche darstellen.

Hieraus entwickelte Wiesendahl das Konzept der „lose gekoppelten Anarchie“, das eine weiterentwickelte Form der Stratarchie ist. Er beschreibt damit, dass Parteien sich als Gebilde betrachten lassen, „die in zahlreiche selbstbezogene Segmente und Teilbereiche zerfallen. Auf Orts-, Landes- und Bundesebene bieten sich die Parteien als Konglomerat von autonomen Teileinheiten mit ausgeprägten Eigenleben dar, die nur lose miteinander verkoppelt sind. Hieraus resultiert der Effekt, dass niemand Parteien als Ganzes kontrollieren kann.“ (Wiesendahl 2006: 36) Der Koordinierungsgrad dieser Parteien ist folglich schwach und punktuell, die interne Machtverteilung unübersichtlich und dynamisch und das Mitgliederprofil heterogen inkohärent. Die deutschen Parteien – insbesondere die CDU und die SPD – lassen sich diesem Modell zuordnen (Benz 2003: 35.) Es stellt sich daher die Frage, ob diese Beschreibung auch für die AfD zutrifft.

Für die personelle Betrachtung der AfD liegen bereits Arbeiten vor (Bebnowski 2015; Friedrich 2015; Balzer 2016), ebenso zu den Netzwerken in der AfD und Verbindungen zu anderen Parteien und Bewegungen (Häusler 2014; Häusler/Roeser 2015; vgl. Beiträge in Häusler 2016). Ein Überblick über die Landesverbände findet sich bei Häusler (2014), außerdem gibt es genauere Auseinandersetzungen mit einzelnen Landesverbänden (Kopke/Lorenz 2014; Botsch et al. 2015; Hensel et al. 2016). Aus jenen Texten zusammenfassend lässt sich sagen, dass es in der AfD nicht nur zu Auseinandersetzungen um den politischen Kurs der Partei kam, sondern auch zu vielen Machtkämpfen zwischen einzelnen Personen sowie zu Streits um den Umgang mit

---

<sup>6</sup> Katz und Mair (1993) haben hier die Begriffe „party in public office“ (Abgeordnete), „party on the ground“ (Parteimitglieder und Aktivisten) und „party central office“ (Parteiführung) geprägt, die voneinander unabhängig agieren. Dies ist eine weitere Form der Fragmentierung, die sich unter anderem in der losen Kopplung niederschlägt.

Gruppierungen wie beispielsweise Pegida. Besonders auffallend war dies mit dem Austritt Luckes und Teilen des liberal-konservativen Flügels im Sommer 2015, aber auch in den Landesverbänden ließ sich ähnliches sehen. Zudem wollten sich sowohl der Hamburger als auch der Bremer Landesverband im Vorfeld der jeweiligen Bürgerschaftswahlen nicht von den ein paar Monate vorher erfolgreichen ostdeutschen Landesparteien helfen lassen. Dies kann im Hinblick auf das Konzept der lose gekoppelten Anarchie darauf hindeuten, dass die Landesverbände der AfD ihre Autonomie gegenüber anderen Teileinheiten möglichst groß halten wollen.

Betrachten wir jedoch die Führungselite der Partei, so zeigen sich klare Verstrickungen zwischen der Bundes- und der Landesebene. Von den dreizehn Personen, die im Bundesvorstand sind, sind acht Personen auch Landessprecher oder Landesvorsitzender sowie je eine Person stellvertretender Landesvorsitzender bzw. Landesschatzmeister. Nur drei Personen – Klaus-G. Fohrmann, Dirk Driesang und Alice Weidel – haben neben ihrem Amt im Bundesvorstand nicht noch ein höheres Amt in einem Landesverband inne.<sup>7</sup> Die Machtstrukturen sind folglich verwebt, von autonomen Machtzentren kann nicht die Rede sein. Dass die Autonomie der Landesverbände (und der Fraktionen) eingeschränkt ist, zeigt sich zusätzlich an dem Beispiel Gedeon. Frauke Petry mischte sich hier als Bundesvorsitzende aktiv in den Streit um die Antisemitismus Vorwürfe gegen den AfD Abgeordneten Wolfgang Gedeon in Baden-Württemberg ein und untergrub so die Autorität des Fraktions- und Landesvorsitzenden Jörg Meuthen (Kelnberger 2016).

Eine weiteres Ergebnis der Literatur über die AfD ist, dass sich viele Verbindungen zu rechten bis rechtsextremen Gruppierungen finden, die sogar darin gipfelten, dass beschlossen wurde, den Landesverband Saarland aufzulösen, was schließlich aber doch nicht geschah (Bender/Frasch 2016). Werner mahnt jedoch, diese Verstrickungen der AfD mit rechtsextremen Gruppierungen nicht voreilig zu überbewerten: „Vielversprechende Parteigründungen mit starker massenmedialer Resonanz und anfänglichen Rekrutierungserfolgen ziehen neben problematischen Einzelpersonen auch bereits organisierte, aber kleine politische Gruppen an“ (Werner 2015: 88). Er spricht davon, dass es schwierig ist eine Partei so früh bereits zu kategorisieren, weil sich erst noch abzeichnen muss, in welche Richtung sie endgültig geht.

---

<sup>7</sup> Die Informationen wurden den Webseiten des AfD Bundesverbands und der Landesverbände entnommen.

<b>Stand:</b>	28.1.16	1.1.16	1.1.16	1.1.16	1.1.16	1.1.16	9.12.16
	<b>AfD</b>	<b>CDU</b>	<b>SPD</b>	<b>Linke</b>	<b>Grüne</b>	<b>FDP</b>	<b>Piraten</b>
<b>Baden-Württemberg</b>	2.608	67.286	34.711	2.836	8.911	6.370	865
<b>Sachsen</b>	1.041	11.299	4.268	8.677	1.398	1.943	233
<b>Rheinland-Pfalz</b>	993	42.238	37.241	1.594	3.029	4.066	488
<b>Berlin</b>	837	12.307	16.895	7.447	5.188	2.496	631
<b>Brandenburg</b>	734	5.949	6.007	6.626	987	1.136	659
<b>Thüringen</b>	510	10.449	3.891	4.767	719	1.193	344
<b>Hamburg</b>	413	7.159	10.439	1.307	1.563	1.073	312
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	367	5.396	2.709	4.034	584	730	143
<b>Sachsen-Anhalt</b>	335	7.081	3.449	4.044	737	1.219	297
<b>Bremen</b>	109	2.341	4.308	481	657	309	173

**Tabelle 2:** Absolute Mitgliederzahlen der Parteien in untersuchten Bundesländern  
(Quellen: Statista<sup>8</sup>; Niedermayer (2016))

Gerade der Zustrom von immer mehr Parteimitgliedern könnte dabei möglicherweise zu größerer Unabhängigkeit der Landesverbände führen. Mitglieder würden dem Landesverband mehr Bedeutung geben können, da er stärker legitimiert wird. Darüber hinaus ist der Mitgliederstand bedeutend für die Elitenrekrutierung. Der Aufstieg und Niedergang der Piratenpartei hat gezeigt, dass Erfolg auch nur von kurzer Dauer sein kann. Eine stabile Parteibasis könnte hier helfen, nicht das gleiche Schicksal zu erleiden. Tabelle 2 zeigt daher die Mitglieder der AfD nach Landesverband im Vergleich zu Mitgliedern anderer Parteien.

Bei den Mitgliederzahlen lassen sich Unterschiede zu den anderen Parteien ausmachen. Die AfD hat die meisten Mitglieder in Baden-Württemberg, das deckt sich mit den meisten anderen Parteien. Dass an zweiter Stelle jedoch bereits Sachsen kommt, ist überraschend, hier hat nur die Linke auch viele Mitglieder. Die AfD hat insgesamt in den drei Bundesländern, in denen bereits 2014 gewählt wurde, im Vergleich zu den anderen Parteien überdurchschnittlich viele Mitglieder. Hieraus könnte sich eine relativ starke Machtposition der ostdeutschen Landesverbände andeuten, insbesondere da mit Petry auch eine der beiden Landesvorsitzenden aus einem ostdeutschen Landesverband kommt. Insgesamt sind die absoluten Mitgliederzahlen in den neuen Bundesländern auf

<sup>8</sup> Mitgliederzahlen AfD: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/553063/umfrage/parteimitglieder-der-afd-nach-landesverbaenden/>; Mitgliederzahlen Piraten: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/201538/umfrage/mitglieder-der-piratenpartei-in-deutschland/>.

	<b>AfD</b>	<b>CDU</b>	<b>SPD</b>	<b>Linke</b>	<b>Grüne</b>	<b>FDP</b>	<b>Piraten</b>
<b>Sachsen</b>	13	13	13	13	13	13	9
<b>Brandenburg</b>	18	18	18	17	18	18	7
<b>Thüringen</b>	9	23	23	21	20	22	9
<b>Hamburg</b>	7	7	7	7	7	7	6
<b>Bremen</b>	4	3	3	4	5	5	3
<b>Baden-Württemberg</b>	43	41	43	36	46	42	10
<b>Sachsen-Anhalt</b>	14	14	14	14	14	14	1
<b>Rheinland-Pfalz</b>	34	36	36	30	36	32	9
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	6	8	8	8	8	13	4
<b>Berlin</b>	12	12	12	12	12	12	1

**Tabelle 3:** Anzahl an Kreisverbänden der Parteien in untersuchten Bundesländern  
(Quellen: Webseiten der jeweiligen Landesverbände der einzelnen Parteien)

Bundesländern aber deutlich mehr Anhänger haben. Da die AfD weiterhin Mitgliederzuwachs verzeichnet, könnten nun, ein Jahr später, diese Zahlen bereits anders aussehen. Anfang des Jahres verkündete die AfD den Beitritt ihres 25.000 Mitglieds<sup>9</sup>. Die Zahlen können also nur einen ersten Anhaltspunkt geben.

Für eine stabile Partei ist neben einer entsprechend hohen Mitgliederzahl auch wichtig, dass sie vor Ort vertreten ist. Tabelle 3 zeigt daher die Anzahl an Kreisverbänden für die Parteien in den untersuchten Bundesländern.

Wie sich zeigt, hat die AfD in allen Bundesländern – außer Thüringen – fast exakt die gleiche Anzahl an Kreisverbänden wie die anderen Parteien. Es kann davon ausgegangen werden, dass sie zumindest eine gute Grundstruktur hat, um ihre Position im Parteiensystem zu behalten. Für die Anzahl an Ortsverbänden fanden sich leider nur sehr wenige Informationen, sodass unklar ist, wie sehr die Strukturen auf einer Ebene tiefer sind. Vergleicht man die Zahl der Kreisverbände der AfD mit denen der Piraten, zeigt sich jedoch, dass sie deutlich breiter aufgestellt ist. In dieser organisatorischen Hinsicht ist sie bereits eine etablierte Partei.

<sup>9</sup> Vgl. <https://afd-kompakt.de/2017/01/03/jahres-auftakt-nach-mass-die-afd-hat-mehr-als-25-000-mitglieder/>. Am 01. Januar 2016 hatte sie dagegen laut Niedermayer (2016) nur 16.385 Mitglieder. Stimmt die eigene Angabe der AfD, wäre dies also ein enormer Zuwachs um knapp 50 %.

### III VERÄNDERUNGEN IN DEN PARTEIENSYSTEMEN DER BUNDESLÄNDER

Die AfD hat als junge Partei trotz ihrer organisatorischen Konflikte und der Richtungsstreits bereits früh den Einzug in die Länderparlamente geschafft. Es lässt sich erwarten, dass dies auch Auswirkungen auf die Parteiensysteme der Bundesländer hatte. Da für die Untersuchung dieser immer wieder auf die Wahlergebnisse als konstituierendes Element zurückgegriffen wird, zeigt die nachfolgende Tabelle 4 die Wahlergebnisse für die zehn Wahlen, in denen die AfD in das jeweilige Parlament eingezogen ist.

		<b>CDU</b>	<b>SPD</b>	<b>Linke</b>	<b>Grüne</b>	<b>FDP</b>	<b>AfD</b>
<b>Sachsen</b> 31.08.2014	Stimmen Sitze (126)	39,4 % 59	12,4 % 18	18,9 % 27	5,7 % 8	3,8 % -	9,7 % 14
<b>Brandenburg</b> 14.09.2014	Stimmen Sitze (88)	23,0 % 21	31,9 % 30	18,6 % 17	6,2 % 6	1,5 % -	12,2 % 11
<b>Thüringen</b> 14.09.2014	Stimmen Sitze (91)	33,5 % 34	12,4 % 12	28,2 % 28	5,7 % 6	2,5 % -	10,6 % 11
<b>Hamburg</b> 15.02.2015	Stimmen Sitze (121)	15,9 % 20	45,6 % 58	8,5 % 11	12,3 % 15	7,4 % 9	6,1 % 8
<b>Bremen</b> 10.05.2015	Stimmen Sitze (83)	22,4 % 20	32,8 % 30	9,5 % 8	15,1 % 14	6,6 % 6	5,5 % 4
<b>Baden-Württemberg</b> 13.03.2016	Stimmen Sitze (143)	27,0 % 42	12,7 % 19	2,9 % -	30,3 % 47	8,3 % 12	15,1 % 23
<b>Sachsen-Anhalt</b> 13.03.2016	Stimmen Sitze (87)	29,8 % 30	10,6 % 11	16,3 % 16	5,2 % 5	4,9 % -	24,3 % 25
<b>Rheinland-Pfalz</b> 13.03.2016	Stimmen Sitze (101)	31,8 % 35	36,2 % 39	2,8 % -	5,3 % 6	6,2 % 7	12,6 % 14
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b> 04.09.2016	Stimmen Sitze (71)	19,0 % 16	30,6 % 26	13,2 % 11	4,8 % -	3,0 % -	20,8 % 18
<b>Berlin</b> 18.09.2016	Stimmen Sitze (160)	17,6 % 31	21,6 % 38	15,6 % 27	15,2 % 27	6,7 % 12	14,2 % 25

**Tabelle 4:** Asymmetrie in den Länderparlamenten nach letzter und nach vorangegangener Wahl im Vergleich  
(Quelle: amtliche Wahlergebnisse; eigene Berechnung)

#### 1. Theoretischer Rahmen

Um zu untersuchen, inwiefern sich durch den Einzug der AfD Veränderungen in den Parteiensystemen der Bundesländer ergeben haben, muss an erster Stelle geklärt werden, was überhaupt unter dem Begriff Parteiensystem verstanden wird.

Anschließend wird ein kurzer Überblick über Erklärungsansätze gegeben, bevor sich damit auseinandergesetzt wird, wie sich Parteiensysteme verändern können und welche Eigenschaften sie haben, anhand derer sich die Veränderung messen lässt. Abschließend wird kurz der aktuelle Forschungsstand zu den Parteiensystemen der Bundesländer wiedergegeben, bevor in einzelnen Unterkapiteln die jeweiligen Veränderungen der Parteiensystemeigenschaften nach dem Einzug der AfD analysiert werden.

#### a) **Begriffsdefinition Parteiensystem**

In der Literatur besteht Konsens über die grundlegende Definition des Begriffs Parteiensystems. Die meisten Autoren beziehen sich dabei auf Sartori, der Parteiensysteme als das System der Interaktionen von Parteien beschreibt:

*„Parties make for a ‚system‘ only when they are parts (in the plural); and a party system is precisely the system of interactions resulting from inter-party competition. That is, the system in question bears on the relatedness of parties to each other, on how each party is a function (in the mathematical sense) of the other parties and reacts, competitively or otherwise, to the other parties.“* (Sartori 1976: 44, Hervorhebung im Original)

Aus zwei Gründen ist der Begriff Interaktion hierbei von besonderer Bedeutung. Zum einen folgt daraus, dass Parteiensysteme immer aus mehr als einer Partei bestehen müssen. Zum anderen wird dadurch deutlich, dass ein Parteiensystem mehr ist, als nur die Menge aller Parteien. Die Parteien müssen miteinander in Beziehung stehen und sich am Verhalten der anderen Parteien orientieren (Bardi/Mair 2008: 153). Es bedarf somit eines Mindestmaßes an Kontinuität – regelmäßige und wiederkehrende Interaktionen –, damit es sich nicht mehr um eine Menge einzelner Parteien handelt, sondern sich die Parteien aufeinander beziehen können (Wolinetz 2006: 52; Detterbeck 2011: 144).

Bei der darüber hinausgehenden Kategorisierung von Parteiensystemen finden sich jedoch diverse Ansätze, die sich grob danach unterscheiden lassen, ob sie eine Kategorisierung nach Typen vornehmen oder numerische Variablen zur Analyse verwenden (Mair 2006: 63–64). Sartori (1976) gehört zur ersten Gruppe und unterscheidet zwischen Zweiparteiensystemen, gemäßigttem Pluralismus, polarisiertem Pluralismus und Parteiensystemen mit einer dominanten Partei. Er nimmt hierfür die Zahl der relevanten Parteien und deren ideologische Distanz zur Grundlage. Parteien



sind für ihn relevant, wenn sie entweder Koalitionspotential („coalition potential“ besitzen, d.h. wenn sie für die Regierungsbildung in Frage kommen, oder wenn sie Erpressungspotential („blackmailing potential“) besitzen, d.h. wenn sie die Taktik einer anderen Partei beeinflussen können, weil diesen ein Stimmenverlust droht (Sartori 1976: 122–123).

In eine ähnliche Richtung geht die Typologie von Blondel (1968), der ebenso die Anzahl und Stärke der Parteien zur Grundlage nimmt und damit nach Zwei-, Zweieinhalb- sowie Mehrparteiensystemen mit oder ohne dominanter Partei unterscheidet. Anschließend können diese Systeme noch nach den ideologischen Positionen der Parteien differenziert werden, wobei die ideologischen Parteifamilien die Basis sind. Auf Blondel aufbauend unterscheidet Siaroff (2000) dann insgesamt acht Parteiensysteme, die auf der Anzahl der Parteien und deren Dominanz fußen. Die Anzahl der Parteien, die mit einbezogen werden, wird hier bei einer (relativ willkürlichen) Grenze von drei Prozent der Stimmen gezogen. Das Problem solcher statischen Modelle ist jedoch, dass sich nur schwer ein Wandel des Parteiensystems feststellen lässt.

Eine andere Variante, die insbesondere Einzug in die vergleichende Forschung fand, ist daher, Parteiensysteme nicht zu klassifizieren, sondern aufgrund einer numerischen Variable zu fassen. Neben dem Rae-Index zur Fraktionalisierung hat sich hier vor allem das Konzept der effektiven Zahl von Parteien von Laasko und Taagepera (1979) etabliert. Als Kritik an diesen numerischen Ansätzen kann aber geäußert werden, dass sie – zumindest alleine betrachtet – zu wenig Aussagekraft haben, weil sie ständige Veränderung (wenn auch nur geringe) proklamieren und die Interpretation schwer fällt (Mair 2006: 64).

Andere Ansätze legen den Fokus deswegen mehr auf die Interaktion zwischen den Parteien. Zum einen wird herausgestellt, dass Interaktionen nicht nur feindlich sein müssen, sondern sich sehr wohl kooperative Formen finden (Smith 1989: 349–350; Ware 1996: 147) und Parteien Allianzen bilden können (Wolinetz 2006: 59). Zum anderen wird der Fokus auf die Regierungsbildung (Mair 2006) sowie die Beziehung zwischen Regierung und Opposition (Smith 1989; Ware 1996) gelegt, da dies doch essentielle Bestandteile des Wettbewerbs zwischen Parteien sind. Da sich diese Ansätze

besser dazu eignen, Wandel von Parteiensystemen zu erkennen, wird auf sie unten genauer eingegangen.

Bardi und Mair (2008) weisen schließlich noch darauf hin, dass Parteiensysteme mehrdimensional sind und unterscheiden drei Arten der Teilung: vertikal, horizontal und funktional. Unter vertikaler Teilung verstehen sie, dass das Elektorat segmentiert ist und bestimmte Parteien nicht überall antreten, wie dies zum Beispiel teilweise in Belgien der Fall ist. Auf elektoraler Ebene konkurrieren damit nicht alle Parteien miteinander. Unter horizontaler Teilung verstehen die Autoren, dass mehrere Regierungsebenen existieren und sich auf Subebenen eigene Parteiensysteme ausbilden können, wie dies insbesondere in föderalen Staaten der Fall ist. Meist ist hier die nationale Ebene aber am wichtigsten und beeinflusst auch die subnationalen Parteiensysteme. Mit funktionaler Teilung wird schließlich beschrieben, dass es unterschiedliche Wettbewerbsarenen gibt – einmal die elektorale und einmal die legislative. Es ist möglich, dass in der einen Arena der Wettbewerb polarisiert, in der anderen aber eine Konvergenz festzustellen ist. Die Trennung des Parteiensystems in eine elektorale und eine legislative Arena wird bei der nachfolgenden empirischen Untersuchung aufgegriffen.

Die Forschung zu neuen Demokratien hat zusätzlich die Frage nach der Institutionalisierung von Parteiensystemen aufgeworfen.<sup>10</sup> Grundlegend war hierbei die Arbeit von Mainwaring und Scully (1995), die mehrere Bedingungen dafür formuliert, dass ein Parteiensystem als institutionalisiert angesehen werden kann: Stabilität von institutionellen Regeln und Parteienwettbewerb, einen gewissen Grad gesellschaftlicher Verankerung von Parteien, die Akzeptanz von Parteien und Wahlen als legitime Institutionen sowie Parteiorganisationen mit relativ stabilen Regeln und Strukturen. Es zeigt sich dabei empirisch, dass in stärker institutionalisierten Systemen die Parteien auch stärker in der Wählerschaft verwurzelt sind und diese sich wiederum stärker den Parteien verbunden fühlt (Mainwaring/Torcal 2006: 206). Denn dadurch wird klientelistisches Wahlverhalten verringert, was die Volatilität und damit größere Verschiebungen im Wettbewerb verhindert. Wenngleich sich in Deutschland die Frage nach der Institutionalisierung des Parteiensystems nicht wirklich stellt, verdeutlicht

---

<sup>10</sup> Siehe für einen Überblick zum Forschungsstand Casal Bértoa 2016.

diese Forschungsperspektive die verschiedenen Mechanismen, die das Funktionieren eines Parteiensystems erklären.

## **b) Erklärungsansätze**

In der Parteienforschung finden sich vier Ansätze, die zur Erklärung von Parteien und Parteiensystemen herangezogen werden: soziologische, institutionelle, organisationelle und rationalistische (Detterbeck 2011: 20). Dass diese nicht gänzlich trennscharf zu finden sind und sich Vertreter eines Ansatzes auch Elementen anderer Ansätze bedienen, steht außer Frage. Dies zeigt sich auch daran, dass bei der Einführungslektüre von Ware (1996) die organisationellen Ansätze fehlen und er die Arbeiten Peter Mairs den institutionellen Ansätzen zurechnet, Detterbeck die Arbeiten Mairs jedoch zusammen mit jenen von Richard S. Katz den organisationellen. Die Ansätze helfen jedoch allesamt, nicht nur Parteien und Parteiensysteme zu erklären, sondern damit auch Veränderungen dieser.

Soziologische Ansätze sehen den gesellschaftlichen Kontext als zentralen Erklärungsfaktor an. Die Bindung von gesellschaftlichen Gruppen oder Klassen an Parteien führt dazu, dass gesellschaftliche Spannungen in die Politik getragen werden. Als grundlegend lässt sich hier die Arbeit von Lipset und Rokkan (1967) nennen, deren Cleavage-Theorie davon ausgeht, dass sich diese gesellschaftlichen Konflikte im Parteiensystem manifestiert haben. Sie machen hierbei vier Cleavages aus: Zentrum-Peripherie, Staat-Kirche, Land-Stadt sowie Arbeit-Kapital. Ihrer Theorie nach sind diese Trennungslinien in der Gesellschaft in der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts soweit gleich geblieben, dass die Parteiensysteme in den westeuropäischen Ländern dadurch „eingefroren“ sind.

Veränderungen im Parteiensystem lassen sich soziologischen Ansätzen zufolge durch gesellschaftliche Veränderungen erklären. Die Veränderungen in vielen westeuropäischen Parteiensystemen Ende des zwanzigsten Jahrhunderts wurde daher auf neue Cleavages zurückgeführt, der Aufstieg der grünen Parteien etwa auf einen Wertewandel, der einen Konflikt Materialismus-Postmaterialismus aufgeworfen hat (vgl. Inglehart 1977). Ein zweiter neuer Cleavage lässt sich als Nationalismus-Kosmopolitismus ausmachen, der sich als Reaktion auf die zunehmende Globalisierung ausgebildet hat (Kriesi et al. 2008). Zusätzlich zu den neuen Cleavages lassen sich

Veränderungen im Parteiensystem dadurch erklären, dass die Identifikation der Bürger mit den Parteien sinkt, da die Bedeutung klassischer Mileus abnimmt.

Institutionelle Ansätze heben die Bedeutung der institutionellen Rahmenbedingungen hervor, die den politischen Wettbewerb bestimmen, da sie bestimmte Handlungsweisen nahelegen. Formale Strukturen wie Wahlsystem oder Regierungssystem und formale Regeln wie parlamentarische Abstimmungsverfahren werden als zentral betrachtet, um Parteien und Parteiensysteme zu verstehen (Duverger 1951). Neben dem Wahlverfahren von Bedeutung sind die Zusammenstellung der Wahlkreise selbst (vgl. „gerrymandering“), Sperrklauseln, Regeln der Parteienfinanzierung oder rechtliche Hürden, um über Patronage Einfluss zu gewinnen (Ware 1996: 9; Nohlen 2014: 91–187). Darüber hinaus verweisen institutionelle Ansätze auf den Einfluss informeller Normen und Regeln wie Rollenverständnisse oder als angemessen betrachtete Verhaltensweisen (Detterbeck 2011: 152). In den letzten Jahren ist zusätzlich die Bedeutung von Föderalismus und Mehrebenensystemen in den Fokus gerückt, welche das Wechselspiel von subnationalen, nationalen und supranationalen Wettbewerbsarenen berücksichtigen (Detterbeck 2011: 203–236).

Die Veränderung der institutionellen „Spielregeln“ führt zu Anpassungsprozessen der Parteien und kann damit zu einem Wandel des Parteiensystems führen. Durch den Wegfall der Sperrklausel bei den Europawahlen 2014 zogen beispielsweise mehr Parteien aus Deutschland in das Europäische Parlament als bei den Wahlen davor. Hier zeigt sich, wie formale Änderungen Veränderungen im Parteienwettbewerb nach sich ziehen. Auch die Diskussion um die Reform des Wahlrechts auf Bundesebene in Bezug auf die Überhangmandate macht deutlich, wie institutionelle Regeln die Machtverhältnisse zwischen den Parteien beeinflussen. Da die institutionellen Regeln aber überwiegend von den politischen Akteuren selbst gestaltet werden, sind Regeländerungen eher selten und meist darauf ausgelegt, den Status Quo zu erhalten oder die Macht der gestaltenden Akteure zu vergrößern (Detterbeck 2011: 152).

Organisationelle Ansätze richten den Fokus auf die organisatorischen Strukturen von Parteien und die innerparteilichen Machtstrukturen als zentrale Erklärungsfaktoren. Veränderungen einer Partei werden nach dieser Perspektive durch interne Führungswechsel, Kämpfe oder Allianzen innerparteilicher Gruppierungen oder den Wandel der Mitgliederbasis beeinflusst (vgl. Harmel/Janda 1994; Wiesendahl 1998).

Als Folge hieraus können sich auch Veränderungen für das Parteiensystem ergeben, wenn sich Parteien neu ausrichten. Die organisationellen Ansätze überschneiden sich hier mit rationalistischen Ansätzen. Jedoch besteht der Unterschied, dass letztere einen größeren Fokus auf die Partieliten legen und Veränderungen im Parteiensystem als Reaktion auf eine veränderte Wettbewerbssituation verstanden werden, somit also nicht parteiinterne Gründe im Vordergrund stehen.

Rationalistische Ansätze stellen das strategische Handeln der Parteien ins Zentrum ihrer Erklärung, wobei den Partieliten ein hoher Stellenwert hinsichtlich der Handlungsoptionen zugesprochen wird. Die politische Arena wird als Wettbewerbssituation betrachtet, in der die Parteien versuchen, die Position zu besetzen, die ihnen das beste Ergebnis bringt. Ziel ist die Nutzenmaximierung – sowohl von Parteien als auch von Wählern. Die Programmatik der Parteien richtet sich folglich nach der Wählerschaft und den Positionen der anderen Parteien. Den Grundstein dieser Denkrichtung legte Downs (1957) mit seinem räumlichen Modell des Parteienwettbewerbs, das seitdem vielfach verwendet und theoretisch weiterentwickelt wird (vgl. Enelow/Hinich 1990). Oftmals wird hierbei die sozioökonomische Links-Rechts-Dimension als ideologische Konfliktdimension angenommen, auf der die Parteien konkurrieren (Arzheimer/Schmitt 2014: 347–350).

Um den Wandel von Parteiensystemen zu erklären, wird daher davon ausgegangen, dass Parteien sich an Veränderungen des Wettbewerbs anpassen. Diese können sich aus dem medialen Umfeld, den erfolgreichen Strategien anderer Parteien, möglichen Koalitionsoptionen sowie insbesondere aus dem Wählerverhalten ergeben (Detterbeck 2011: 154–156). Des Weiteren betonen rationalistische Theorien – aufbauend auf Schattschneider (1960) –, dass Parteien versuchen, die Deutungshoheit über politische Streitthemen zu gewinnen und die politische Agenda so in eine Richtung zu lenken, für die sie erwarten, dass die Wähler ihnen die größte Problemlösungskompetenz zuschreiben. Peter Mair spricht hier von der „specific language of politics“ (Mair 1997). Um zu verstehen, warum Parteien wie agieren, hat sich in der rationalistischen Denkrichtung durchgesetzt, drei mögliche Ziele zu unterscheiden: vote-seeking, office-seeking und policy-seeking (Strom 1990; Strøm/Müller 1999). Vote-seeking bedeutet hierbei, dass Parteien ihren Wahlkampf darauf ausrichten, möglichst viele Stimmen zu erhalten, um so ihren Einfluss zu maximieren oder sich auf eine breite Wählerbasis

berufen zu können. Office-seeking Parteien sind dagegen daran interessiert, möglichst viele politische Ämter zu besetzen. Hierfür muss es nicht unbedingt notwendig sein, eine möglichst große Stimmenanzahl zu erreichen, sondern auch geschickte Koalitionsverhandlungen können beispielsweise dazu führen, dass Parteien einen überproportional großen Anteil an Ämtern besetzen können. Ist das Ziel einer Partei hingegen, möglichst großen Einfluss auf die Politikgestaltung zu haben, so lässt sie sich als policy-seeking beschreiben. Hierfür ist es nicht unbedingt nötig, möglichst viele Stimmen oder Ämter zu erhalten, da gerade in konsensorientierten politischen Systemen auch Oppositionsparteien die Möglichkeit haben, Politik mitzugestalten, wenngleich dies sicherlich schwieriger ist als bei einer Regierungsbeteiligung.

Folglich unterscheiden sich die vier Ansätze hinsichtlich der Erklärung von Wandel danach, ob sie eher von einem endogen (organisationelle und rationalistische Ansätze) oder exogen (soziologische und institutionelle Ansätze) induzierten Wandel ausgehen (vgl. Detterbeck 2011: 158), obgleich diese Grenze nicht trennscharf verläuft. Zusätzlich finden sich innerhalb der Denkrichtungen jeweils noch Unterschiede dahingehend, für wie responsiv Parteien und Parteiensysteme gehalten werden, wenn sich die beeinflussenden Faktoren verändern (Ware 1996: 9). So lassen sich etwa soziologische Ansätze danach unterscheiden, ob Parteiensysteme auf gesellschaftliche Veränderungen kaum reagieren, wie es die Freezing-Hypothese von Lipset und Rokkan nahelegt, oder schnell Anpassungsprozesse stattfinden, wie es nach Almond zu erwarten wäre (Ware 1996: 8–9). Ebenso lassen sich auch in den anderen Theorieschulen verschiedene Erwartungen hinsichtlich der Responsivität ausmachen.

### **c) Parteiensystemwandel**

Gilt es, einen Wandel des Parteiensystems zu erklären, muss aber nicht nur der Kausalzusammenhang geklärt werden, sondern es gilt auch zu definieren, was überhaupt als Wandel verstanden werden kann. Greift man auf klassische Typologien des Parteiensystems wie die von Sartori zurück, ließe sich ein Wandel dann feststellen, wenn sich die Anzahl der Parteien so ändert, dass es zu einer Veränderung des Parteiensystemtypen kommt (beispielsweise vom Zweiparteiensystem zu moderatem Pluralismus). Hier besteht jedoch die Gefahr, einen Wandel zu unterschätzen beziehungsweise zu übersehen (Mair 1997: 50–52). Bei quantitativen Ansätzen, die mit

numerischen Variablen arbeiten, sieht Mair andererseits die Gefahr, dass ein stetiger Wandel proklamiert wird und Stabilität übersehen wird. Er spricht sich daher dafür aus, Parteiensystemwandel aufbauend auf Sartori an der Transformation von einem Typ zu einem anderen Typ festzumachen, jedoch die „government formula“, also die Regierungszusammenstellung zusätzlich zur Betrachtung hinzuzuziehen: „Party system change might therefore occur when, as a result of ideological, strategic, or electoral shifts, there is a transformation of the direction of competition or the government formula.” (Mair 1997: 52)

Damit führt Mair (1997, 2006) den Begriff der Offenheit beziehungsweise Geschlossenheit der Wettbewerbsstrukturen ein, was er anhand von drei Merkmalen ausmacht. Zum einen kann eine Änderung des vorherrschenden Musters des Regierungswechsels ein Zeichen für Wandel sein (vollständiger vs. partieller Wechsel). Ein Beispiel hierfür wäre, dass die Regierung nach einer Wahl nicht vollständig wechselt, sondern nur teilweise, eine vorherige Regierungspartei sonach mit einer vorherigen Oppositionspartei eine Koalition eingeht. Als zweites Merkmal für Wandel führt er die „Regierungsformel“ an, also ob die Alternativen der Regierungsbildung über die Zeit stabil bleiben oder es neue, innovative Regierungen gibt. Das dritte Merkmal stellt die Frage, ob der Zugang zur Regierung allen Parteien offen steht oder nur einem Teil der etablierten Parteien. Kommt es in einem Land nur zu vollständigen Regierungswechseln der gleichen Regierungskonstellationen und haben nicht alle Parteien Regierungserfahrung, so kann man von einer geschlossenen Wettbewerbsstruktur sprechen. Das andere Extrem wäre dementsprechend bei gegenteiliger Regierungsbildung, während sich dazwischen unterschiedliche Grade der Geschlossenheit finden. Mair folgert hinsichtlich des Wandels von Parteiensystemen: „Seen in this light, change in the structure of competition is perhaps most easily observed when it involves a new party arriving in office; by definition, this will also involve the adaption of an innovative governing formula.” (Mair 2006: 66)

Mairs Ansatz liefert einen guten Ausgangspunkt, um einen Wandel im Parteiensystem zu untersuchen, der sich nicht allein auf die Transformation eines Parteiensystemtypus in einen anderen stützt. Indem er den Wettbewerb um die Regierung in den Mittelpunkt stellt, ist sein Ansatz jedoch dahingehend voreingenommen, dass er implizit von office-seeking Parteien ausgeht. Es besteht die Gefahr, dass Veränderungen im Parteiensystem

übersehen werden, insbesondere wenn neue Parteien auftreten, die möglicherweise erst einmal an Stimmenmaximierung interessiert sind, um eine Basis aufzubauen. Mair selbst diskutiert, inwiefern auch Volatilität als Indikator für einen Wandel verwendet werden kann (2006: 66–70). Er kommt zwar zu dem Schluss, dass sich Volatilität eignen würde, um einen Wandel von Parteiensystem zu erkennen, verwendet diese aber dann trotzdem nicht für seine Analysen, da seiner Meinung nach auch ohne hohe Volatilität ein Wandel stattfinden kann.<sup>11</sup>

Anders als Mair schließt Smith (1989) Volatilität als Indikator ein, um den Wandel von Parteiensystemen zu untersuchen. Seiner Meinung nach stellt Volatilität zusammen mit der Anzahl und relativen Stärke der Parteien, der Polarisierung, der Beziehung zwischen Regierung und Opposition sowie dem Grad an Konzentration des Wettbewerbs wichtige definierende Elemente eines Parteiensystems dar, die es zu untersuchen gilt, will man Wandel erfassen. Zusätzlich gilt es sowohl die wichtigen regulierenden Faktoren, die das Parteiensystem beeinflussen, wie Institutionen und die politische Kultur zu beachten, als auch das Kernelement („core element“) zu identifizieren, welches immun für den Wandel ist und eine signifikante Kontinuität aufweist. Dies sind die großen, etablierten Parteien, die das Parteiensystem bisher ausgemacht haben, indem sie längere Zeit an Regierung waren, die Mechanik des Parteiensystems geprägt sowie zur Verfestigung von Koalitionsmustern beigetragen haben.

Smith verfolgt mit seinem Ansatz das Ziel, nicht nur große Veränderungen im Parteiensystem auszumachen, sondern auch weniger starke. Er unterscheidet daher vier Stufen des Wandels: temporäre Fluktuation, begrenzter Wandel, genereller Wandel und Transformation. Unter temporärer Fluktuation versteht Smith vorübergehende Veränderungen der Parteienseystemeigenschaften wie eine erhöhte Volatilität oder stärkere Polarisierung sowie das Aufkommen einer neuen, aber kurzlebigen Partei. Begrenzter Wandel lässt sich dann feststellen, wenn sich eine einzelne Eigenschaft dauerhaft ändert oder sich eine neue Partei etabliert, wohingegen genereller Wandel bedeutet, dass sich mehrere Eigenschaften innerhalb kurzer Zeit dauerhaft ändern. Von Transformation kann gesprochen werden, wenn sich ein zentrales Merkmal so drastisch verändert, dass jedwede Kontinuität beendet wird und sich der Wettbewerb fundamental

---

<sup>11</sup> Wolinetz (2006) hingegen sieht Volatilität eher als Eigenschaft einer Partei und damit ungeeignet für die Analyse von Parteiensystemwandel.



wandelt, wie es beispielsweise mit dem Aufkommen der Catch-all-Parteien der Fall war.

Durch diese Unterscheidung des Wandlungsprozesses bietet Smith einen Rahmen, auch kurzfristige Veränderungen festzustellen. Gerade hinsichtlich des begrenzten Betrachtungszeitraums dieser Arbeit bietet es sich an, diesen zu verwenden. Es ist nicht abzusehen, inwiefern sich die Veränderungen, die durch den Eintritt der AfD in die Parteiensysteme der deutschen Bundesländer festzustellen sind, sich langfristig manifestieren werden. Der Nutzen der Differenzierung des Wandels nach Zeit zeigt sich auch daran, dass Mair darauf hinweist, dass berücksichtigt werden muss, ob sich ein Wandel schnell oder langsam vollzieht (Mair 1990: 216). Je langsamer dies geschieht, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich die bestehenden Parteien anpassen und es daher zu keiner Transformation des Parteiensystems kommt.

Für das deutsche Parteiensystem hat sich die Analyse nach Niedermayer (1996) durchgesetzt, welche Anschlusspunkte an die Konzepte von Mair und Smith bietet. Niedermayer nennt als klassische Eigenschaften das Format, die Fragmentierung, die Asymmetrie, die Volatilität, die Polarisierung, die Segmentierung sowie die Legitimität. Damit ist Niedermayer relativ nah am Konzept Smiths, jedoch fehlen die Beziehung zwischen Regierung und Opposition, der Grad an Konzentration und die Betrachtung regulierender Institutionen sowie des Kernelements. Dies ist dahingehend nicht weiter verwunderlich, da diese Eigenschaften – abgesehen von der Beziehung zwischen Regierung und Opposition – sich eher für einen länderübergreifenden Vergleich und weniger für die Analyse über Zeit eignen, zeichnen sie sich doch durch ihre Kontinuität aus. Smiths Merkmal der Beziehung zwischen Regierung und Opposition findet sich nicht direkt wieder, kann aber zumindest teilweise durch die Segmentierung aufgegriffen werden, unter welche sich auch Mairs Merkmale der Offenheit der Regierung fassen lässt.<sup>12</sup> Neue Eigenschaften im Vergleich zu Mair und Smith sind die Asymmetrie (Stimmenunterschied zwischen den beiden größten Parteien) sowie die Legitimität (Akzeptanz bei Wählern).

Es gilt zu erwähnen, dass sich auch Kritik an diesen Betrachtungsweisen, die den Wandel an Parteien festmachen, findet. Mershon und Shvetsova (2013) kritisieren, dass

---

<sup>12</sup> Es ist selbstredend klar, dass Mairs Ansatz deutlich differenzierter ist als Niedermayers. Dieser schlägt vor, einen Indexwert zwischen 0 und 1 zu bilden, welcher sich aus dem von 1 subtrahierten Anteil der politisch möglichen an den theoretisch möglichen Koalitionen in einem Parteiensystem ergibt.

alle Ansätze Parteien zwischen den Wahlen als statisch ansehen und damit unterschlagen, dass einzelne Abgeordnete während der Legislaturperiode Partei wechseln können. Sie schlagen vor, Abgeordnete als strategische, ehrgeizige Akteure und Parteien als Koalitionen von einzelnen, strategischen Abgeordneten zu betrachten. Für den deutschen Kontext scheint diese Perspektive jedoch ungeeignet, da Abgeordnete doch stark von ihrer Partei abhängen. Diese haben Einfluss auf die Kandidatenaufstellung und Listenplätze und stellen Ressourcen zur Verfügung, zudem ist auch die Wahlentscheidung der Wähler stärker an Parteien als an Kandidaten festgemacht (Blumenstiel/Rattinger 2012).<sup>13</sup> Für die Untersuchung von Veränderung auf Parteiensystemebene wird daher nicht näher auf das Verhalten der Abgeordneten eingegangen.

Die Untersuchung der Parteiensysteme der deutschen Bundesländer in dieser Arbeit beschränkt sich dementsprechend auf die Parteienperspektive und orientiert sich vornehmlich am Ansatz von Niedermayer, wobei die Überlegungen von Mair und Smith mit berücksichtigt werden. Legitimität wird als Parteiensystemeigenschaft jedoch aus zwei Gründen nicht mit berücksichtigt. Zum einen hat es methodische Gründe, da es keine überzeugende Operationalisierung gibt, um Legitimität zu messen, wie selbst Niedermayer zugibt (2003: 10 Fn. 2). Zum anderen – und bedeutend wichtiger als Argument – wurde das Parteiensystem als die Interaktion von Parteien definiert. Legitimität zielt aber darauf ab, wie sehr die Wähler das Parteiensystem als legitim betrachten. Damit wird jedoch die Beziehung zwischen dem System und der Umwelt in den Blick genommen und keine direkte Eigenschaft des Parteiensystems selbst.

Das Argument, dass Legitimität sich nicht direkt auf die Interaktion zwischen den Parteien bezieht, lässt sich auf den ersten Blick auch auf die anderen von Niedermayer vorgeschlagenen Eigenschaften außer der Segmentierung und Polarisierung übertragen. Golosov stellt jedoch in Hinblick auf Mairs Ansatz zurecht fest: „The number of important parties, their relative balance, and party system volatility are fundamental party system properties (Pennings and Lane, 1998: 4 f.) exactly because they define the patterns of government alternation, register the emergence of new government

---

<sup>13</sup> Inwiefern Personalisierung durch das Aufkommen einer rechtspopulistischen Partei in Deutschland zunimmt, ist unklar. Derzeit lässt sich jedoch nicht von einer klaren Zunahme der Personalisierung des Wählerverhaltens sprechen, die Kandidatenorientierung schwankt von Wahl zu Wahl und es ist eher das Spitzenpersonal einer Partei, das Einfluss ausübt (Klein/Rosar 2016: 93-95).

alternatives, and reflect the availability of office access to new claimants.” (2013: 128)

Die Anzahl der Parteien und ihre relative Stärke (gemessen sowohl anhand der Fragmentierung als auch der Asymmetrie) sind gerade deshalb fundamental, da sie festlegen, wer überhaupt miteinander interagiert und wie die Größenverhältnisse sind. Die Volatilität wird zwar indirekt bereits durch die Fragmentierung wiedergegeben, wird die Volatilität jedoch genauer betrachtet und untersucht, von welchen Parteien die Wähler wohin gewechselt sind, hat dies direkten Einfluss auf die strategischen Entscheidungen der Parteien. Sie lassen sich demzufolge als Parteiensystemeigenschaften sehen. Entsprechend werden die folgenden sechs Eigenschaften darauf untersucht, inwiefern sich mit dem Einzug der AfD in den jeweiligen Parteiensystemen Veränderungen feststellen lassen:

1. Format
2. Fragmentierung
3. Asymmetrie
4. Volatilität
5. Polarisierung
6. Segmentierung

Auf die genaue Operationalisierung der Eigenschaften wird in den entsprechenden Unterkapiteln eingegangen. Es sei an dieser Stelle allerdings bereits darauf hingewiesen, dass die Operationalisierung der Segmentierung nicht dem Vorschlag Niedermayers folgt, sondern sich an den Merkmalen Mairs zur Regierungsbildung orientiert. Des Weiteren wird auf das Konzept von Smith aufgebaut, demzufolge ein dynamischer Wandel des Parteiensystems existiert, der verschiedene Stufen haben kann. Es ist nicht zu erwarten, dass sich eine Transformation des Parteiensystems von einem Parteiensystemtyps in einen anderen vollzogen hat, wie es nach den Klassifizierungen von Sartori oder Blondels nötig wäre, damit von Wandel gesprochen werden kann.

#### **d) Die Parteiensysteme der Bundesländer**

Bevor sich der empirischen Untersuchung gewidmet werden kann, ist es unabdingbar, sich als Ausgangspunkt mit den Ausprägungen der Parteiensysteme in den einzelnen Bundesländern vertraut zu machen. Die politikwissenschaftliche Forschung hat sich relativ lange auf das bundesdeutsche Parteiensystem konzentriert und die

Parteiensysteme der Bundesländer relativ „stiefmütterlich“ behandelt (Schniewind 2012: 6). Dies hat sich jedoch spätestens mit der Wiedervereinigung verändert, sodass nun auch hierzu eine Fülle an Literatur zu finden ist. Im Folgenden soll nun aber kein Literaturbericht stehen, sondern es werden knapp die wichtigsten Erkenntnisse wiedergegeben, an die im Anschluss in der empirischen Analyse angeknüpft werden kann.<sup>14</sup>

In ihrer detaillierten Auseinandersetzung mit den Parteiensystemen der deutschen Bundesländer zeigt Schniewind (2012), dass sie sich voneinander unterschieden. Zwar lässt sich ein gemeinsamer Entwicklungsverlauf erkennen, insbesondere seit der Wiedervereinigung ist jedoch ein Trend der Regionalisierung erkennbar (Schniewind 2012: 333). Dieser zeigt sich daran, dass die Parteiensysteme – nachdem sie lange Zeit parallel zum bundesdeutschen Parteiensystem – als Zweieinhalb-Parteiensysteme bezeichnet werden konnten, mittlerweile wieder stärker fragmentiert sind und sich auch die Zahl der Parteien in den Parlamenten erhöht hat. Dabei lässt sich festhalten, dass die ostdeutschen Parteiensysteme im Vergleich zu den westdeutschen stärker fragmentiert sind sowie eine höhere Polarisierung und eine höhere Volatilität aufweisen. Die westdeutschen Parteiensysteme sind dagegen eher mittelstark fragmentiert und zeichnen sich durch mittelstarke Polarisierung und Volatilität aus. Ausnahme hiervon bilden Bayern, wo alle Ausprägungen gering sind, Hamburg, das eher den ostdeutschen Bundesländern ähnelt, und Sachsen, das eher die Merkmale westdeutscher Parteiensysteme besitzt. (Schniewind 2012: 320–332)

Im Vergleich von Ost und West wird zusätzlich deutlich, dass die CDU, die SPD und die Linke in den neuen Bundesländern den Kern der Parteiensysteme ausmachen, während FDP, Grüne und NPD bzw. DVU als Kleinparteien unterschiedlich erfolgreich sind – nur in Berlin konnten sich die Grünen nachhaltig etablieren (Haas et al. 2008: 28; Burck et al. 2012: 307–309). In den alten Bundesländern haben sich die Grünen dagegen eher etabliert, hier kämpft vielmehr die Linke regelmäßig um den Einzug in die Parlamente. Aktuell ist hier auch die Situation der FDP problematisch, die bei der Bundestagswahl 2009 zwar ihr bestes historisches Ergebnis auf Bundesebene einfuhr, danach aber deutlich an Zuspruch verlor und in nachfolgenden Wahlen ihren Platz auch in manchen westdeutschen Landtagen verlor.

---

<sup>14</sup> Für einen ausführlichen Überblick über die Literatur siehe Haas et al. 2008: 9–26, Bräuninger/Debus 2012: 10–11 sowie Schniewind 2012: 6–9.

Auch bei der Bildung von Regierungen zeigt sich, dass die Bundesländer eine höhere Varianz als die Bundesebene aufweisen und damit diese nicht einfach nachbilden (Haas et al. 2008: 20). So ist in Ostdeutschland die Linke mehrfach an einer Regierung beteiligt gewesen und in Baden-Württemberg kam es 2011 zum ersten Mal zu einer Regierung unter der Führung der Grünen, in . Die Strukturen des Parteienwettbewerbs unterscheiden sich folglich (vgl. Bräuninger/Debus 2012).

Daran anknüpfend lässt sich feststellen, dass sich die Wählerschaften in den Bundesländern unterscheiden. Im Hinblick auf die ideologische Ausrichtung zeigt sich, dass sich die ostdeutschen Wähler deutlicher links verorten als die westdeutschen (Roßteutscher/Scherer 2013: 383). Auch sind sie eher bereit, die Partei zu wechseln, was sich in Form einer höheren Volatilität in den ostdeutschen Parteiensystemen bemerkbar macht.

Es lässt sich zusammenfassen, dass sich die Parteiensysteme der Bundesländer nicht nur im Vergleich zur Bundesebene unterscheiden, sondern auch untereinander. Hierbei lassen sich vor allem Unterschiede zwischen West und Ost ausmachen. Es stellt sich folglich die Frage, inwiefern sich durch das Hinzukommen der AfD die Parteiensysteme weiter gewandelt haben und ob sich die bisherigen Unterschiede dadurch möglicherweise vergrößert oder verkleinert haben. Dies soll im Folgenden untersucht werden.

## 2. Empirische Befunde

Die eben erörterten Merkmale eines Parteiensystems – Format, Fragmentierung, Asymmetrie, Volatilität, Polarisierung und Segmentierung – werden nachfolgend für die zehn Untersuchungsfälle – die Bundesländer, in denen die AfD den Einzug in das Parlament geschafft hat – betrachtet und auf Veränderung hin untersucht. Dabei wird nur die parlamentarische Ebene des Parteiensystems in den Fokus genommen, die elektorale Arena nicht.

### a) Format

Das Format ist das einfachste aller Merkmale eines Parteiensystems und gibt an, wie viele Parteien in einem Parteiensystem vorhanden sind. Damit lässt sich bereits auf den ersten Blick ein gewisses Maß an Information gewinnen. Um das Format auf parlamentarischer Ebene zu bestimmen, wird folglich einfach die Anzahl der Parteien, die im Parlament vertreten sind, betrachtet. Bedeutung gewinnt das Format insbesondere vor dem Hintergrund der Frage, ob es als Merkmal für die Bildung von Typologien für Parteiensysteme geeignet ist.<sup>15</sup> Sartori (1976) greift wie bereits angesprochen auf das „blackmailing“ und „coalition potential“ zurück, andere sprechen sich dafür aus, alle Parteien zu berücksichtigen, die eine gewisse Prozentzahl an Stimmen auf sich vereinigen konnten, wobei oftmals diese Schwelle bei zwei bis drei Prozent der Stimmen angesetzt wird (vgl. Ware 1996). Da Parteien, die es in ein deutsches Parlament schaffen, aufgrund der Sperrklausel in den meisten Fällen mindestens fünf Prozentpunkte erreicht haben müssen, lässt sich davon ausgehen, dass alle in den Landesparlamenten vertretenen Parteien einen ausreichenden Einfluss auf den Wettbewerb ausüben, um gezählt zu werden.<sup>16</sup>

---

<sup>15</sup> Wolinetz (2006: 53–55) merkt hierbei an, dass ohne jedwede Einschränkungen einer auf dem Format basierenden Typologie das britische System als Zwölfparteiensystem gesehen werden müsste, und macht damit die Notwendigkeit solcher deutlich.

<sup>16</sup> Eine weitere, aber selten vorkommende Möglichkeit ist der Einzug durch einen Direktkandidaten, ohne fünf Prozent der Stimmen zu erreichen. Dies war in Brandenburg 2014 bei der Vereinigung BVB/Freie Wähler der Fall. Da sie aber drei Mandate und damit mehr als drei Prozent der Sitze im Parlament innehat, lässt sich ihr eine gewisse Relevanz nicht absprechen. Ebenso wird die BiW als relevant angesehen, die den Einzug in das Bremer Abgeordnetenhaus schaffte, da sie in Bremerhaven die Fünfprozenthürde überschritt, auch wenn sie in ganz Bremen unter dieser Schwelle blieb. Da sie in der dritten Legislaturperiode in Folge den Einzug schaffte, lässt sich von ihr behaupten, dass sie sich im Parteienwettbewerb fest etabliert hat.

	Format derzeitige Legislaturperiode	Format vorangegangene Legislaturperiode	Veränderung	Parteienveränderung im Parlament
<b>Sachsen</b>	5	6	-1	← AfD → FDP, NPD
<b>Brandenburg</b>	6	5	+1	← AfD, BVB/Freie Wähler → FDP
<b>Thüringen</b>	5	5	+0	← AfD → FDP
<b>Hamburg</b>	6	5	+1	← AfD → /
<b>Bremen</b>	7	5	+2	← AfD, FDP → /
<b>Baden- Württemberg</b>	5	4	+1	← AfD → /
<b>Sachsen- Anhalt</b>	5	4	+1	← AfD → /
<b>Rheinland- Pfalz</b>	5	3	+2	← AfD, FDP → /
<b>Mecklenburg- Vorpommern</b>	4	5	-1	← AfD → Grüne, NPD
<b>Berlin</b>	6	5	+1	← AfD, FDP → Piraten

**Tabelle 5:** Format der Parteiensysteme der Bundesländer für aktuelle und vorherige Legislaturperiode  
(Quelle: amtliche Wahlergebnisse; eigene Berechnung)

Da untersucht wird, inwiefern sich durch den Einzug der AfD in die Länderparlamente ein Wandel des Parteiensystems ausmachen lässt, ist klar, dass zumindest eine neue Partei in den Landesparlamenten hinzugekommen ist. Unklar ist jedoch, ob sich durch das Hinzukommen der AfD das Format schlichtweg um eins erhöht hat. Es wäre auch denkbar, dass die AfD einer anderen Parteien so viele Stimmen abgezogen hat, dass diese an der Fünfprozenthürde gescheitert ist und sich das Format somit nicht geändert hat.

Tabelle 5 weist das Format für die derzeitigen sowie die vorangegangenen Legislaturperioden sowie die Veränderungen aus und gibt zudem an, welche Partei(en) im Parlament neu hinzugekommen und welche Partei(en) herausgefallen sind. Die Ergebnisse sind durchmischt. Während sich in Thüringen das Format durch den Einzug der AfD in den Landtag nicht verändert hat, da hier die FDP herausgefallen ist, hat sich

das Format in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sogar um eins verringert. In beiden Ländern ist jeweils die NPD nicht mehr in den Landtag eingezogen, außerdem nicht die FDP bzw. die Grünen. In Bremen und Rheinland-Pfalz ist außer der AfD jeweils noch die FDP neu mit in das Parlament eingezogen, womit sich das Format dort je um zwei erhöht hat. Auch in Brandenburg und Berlin ist mit der BVB/Freie Wähler bzw. der FDP eine zweite Partei neu in das Parlament gekommen, allerdings hat in Brandenburg die FDP und in Berlin die Piratenpartei den Sprung nicht geschafft, womit sich hier das Format jeweils nur um eins erhöht hat. In Hamburg, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt ist jeweils nur die AfD neu in das Parlament eingezogen, ohne dass es weitere Veränderungen gab, womit sich auch hier das Format um eins erhöht hat. Folglich lässt sich feststellen, dass sich in sieben Fällen das Format erhöht und in zwei Fällen verringert hat sowie in einem Fall gleich geblieben ist.

Auffällig ist, dass mit dem Einzug der AfD in die Landesparlamente 2014 jeweils die FDP den Einzug nicht mehr geschafft hat, danach aber in andere Landesparlamente teilweise zusammen mit der AfD wieder einziehen konnte. Neben diesem zeitlichen Effekt fällt zudem auf, dass in den vier der fünf westdeutschen Bundesländer die AfD hinzugekommen ist, ohne dass eine andere Partei dadurch nicht erneut in das Parlament eingezogen ist. In vier der fünf ostdeutschen Bundesländer ist dagegen mit dem Einzug der AfD mindestens eine Partei nicht erneut in den Landtag gekommen.

Auch macht sich bemerkbar, dass die NPD aus den beiden einzigen Landtagen ausgeschieden ist, in denen sie vertreten war, als die AfD dort einzog. Inwiefern hier ein kausaler Zusammenhang besteht, lässt sich nicht vollends klären. Allerdings wird bei der Behandlung der Volatilität auch auf die Wählerwanderungen eingegangen, die einen Hinweis darauf liefern können, ob die AfD insbesondere auch von diesen Parteien Wähler gewinnen konnte.

## **b) Fragmentierung**

Während das Format die reale Anzahl der im Parlament vertretenen Parteien angibt, aber keine Aussage über die Machtverhältnisse unter ihnen zulässt, gibt die Fragmentierung „Auskunft über die Größenrelationen zwischen den in einem System vorhandenen Parteien bezogen auf deren Wahlerfolg“ (Haas et al. 2008: 16). So lässt sich zeigen, ob in einem System, in dem drei Parteien vertreten sind, eine Partei



dominant ist, es sich um zwei größere und eine kleinere Partei handelt – wie beispielsweise lange Zeit auf Bundesebene, als die FDP der „Königsmacher“ war – oder alle drei Parteien relativ gleich stark sind. So lassen sich Parteiensysteme leichter miteinander vergleichen und genauere Aussagen über sie treffen.

Zur Messung der Fragmentierung wurden verschiedene Indizes entwickelt. Einer der ersten war der Herfindahl-Hirschman-Index, der die Konzentration in einem Parlament angab. Darauf aufbauend wurde der Fraktionalisierungsindex von Rae gebildet. Das Problem beider Indizes war jedoch, dass sie nicht auf Anhieb verständlich waren. (Schniewind 2012: 20) Daher entwickelten Laakso und Taagepera einen neuen Index, der die effektive Zahl an Parteien (ENP=Effective Number of Parties) ausgibt: „The effective number of parties is the number of hypothetical equal-size parties that would have the same total effect on fractionalization of the system as have the actual parties of unequal size.“ (Laakso/Taagepera 1979: 4)

Die Berechnung erfolgt dabei über die folgende Formel:

$$ENP = \frac{1}{\sum_{i=1}^n p_i^2}$$

wobei:  $p_i$  = Anzahl der Mandate einer Partei  $i$

$n$  = Anzahl der im Parlament vertretenen Parteien

Die ENP kann dabei Werte zwischen 1 und der Anzahl der im Parlament vertretenen Parteien annehmen. Ist der Wert nahe 1, spricht das dafür, dass eine Partei sehr dominant ist. Ist der Wert dagegen relativ nahe an der realen Anzahl der im Parlament vertretenen Parteien, spricht das dafür, dass die Parteien ähnlich viele Sitze haben.<sup>17</sup> An diesen Index anknüpfen wurden weitere Indizes entwickelt, die Parteien wiederum verschieden gewichten, um beispielsweise kleinere Parteien stärker zu berücksichtigen (vgl. Schniewind 2012: 21-22). Diese büßen dabei jedoch wieder an Interpretierbarkeit ein, sodass sich die Messung der Fragmentierung anhand der ENP durchgesetzt hat.

Tabelle 6 zeigt die effektive Zahl an Parteien in der derzeitigen sowie der vorangegangenen Legislaturperiode sowie ihre Veränderung. Es zeigt sich, dass sich die effektive Zahl an Parteien in den sieben Parlamenten erhöht hat, in denen sich auch das Format vergrößert hat. Da in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern das Format um

---

<sup>17</sup> Auch die ENP kann sowohl für die elektorale als auch die parlamentarische Ebene berechnet werden. In diesem Fall ist  $p_i$  nicht die Anzahl der Mandate, sondern der Stimmenanteil der jeweiligen Partei und  $n$  die Zahl der Parteien, die an der Wahl teilgenommen haben.

	ENP (parl. Ebene) derzeitige Legislaturperiode	ENP (parl. Ebene) vorangegangene Legislaturperiode	Veränderung
<b>Sachsen</b>	3,31	3,67	- 0,36
<b>Brandenburg</b>	4,31	3,74	+ 0,57
<b>Thüringen</b>	3,70	3,80	- 0,10
<b>Hamburg</b>	3,44	2,95	+ 0,49
<b>Bremen</b>	4,27	3,18	+ 1,09
<b>Baden-Württemberg</b>	4,08	3,09	+ 0,99
<b>Sachsen-Anhalt</b>	3,93	3,36	+ 0,57
<b>Rheinland-Pfalz</b>	3,37	2,71	+ 0,66
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	3,66	3,81	- 0,15
<b>Berlin</b>	5,53	4,31	+ 1,22

**Tabelle 6:** Effektive Zahl an Parteien in den Länderparlamenten in aktueller und vorheriger Legislaturperiode  
(Quelle: amtliche Wahlergebnisse; eigene Berechnung)

eins gesunken ist, die Veränderung der Fragmentierungen jedoch nur -0,36 bzw. -0,15 Punkte betragen, kann davon gesprochen werden, dass die Kräfteverhältnisse in den Parlamenten ausgeglichener geworden sind.

Die stärkste Veränderung findet sich in Berlin, hier ist die effektive Anzahl um 1,22 gestiegen, obwohl sich das Format nur um eins geändert hat. Das bedeutet, dass die Machtverteilung auch hier nun ausgeglichener ist, ebenso in Baden-Württemberg, wo bei fünf realen Parteien die Fragmentierung nun 4,08 statt 3,09 beträgt. In Bremen und Rheinland Pfalz, wo in dieser Legislaturperiode zwei Parteien mehr im Parlament vertreten sind als in der vorangegangenen, ist die Fragmentierung ebenfalls deutlich gestiegen.

Erstaunlich ist die Gesamtbetrachtung der effektiven Parteienzahl in den einzelnen Parlamenten. In der Legislaturperiode vor dem Parlamentseinzug der AfD war Berlin das am stärksten fragmentierte Parlament. Danach kamen die fünf neuen Bundesländer, die vier anderen westdeutschen Bundesländer waren dagegen allesamt geringer fragmentiert. Dies gibt auch den bisherigen Stand zu den Landesparteiensystemen wieder. Mit dem Einzug der AfD ist dieser klare Ost-West Unterschied jedoch verschwunden. Am stärksten fragmentiert ist zwar immer noch das Berliner

Abgeordnetenhaus und am zweitstärksten der brandenburgische Landtag, danach folgen jedoch Bremen und Baden-Württemberg. Das am geringsten fragmentierte Bundesland ist Sachsen – wobei dieses nach Schniewind (2012) wie oben erläutert auch vorher bereits Merkmale westdeutscher Landesparteiensysteme aufwies.

Geht man nach der Fragmentierung, scheint sich durch den Einzug der AfD folglich ein Aufbrechen der klaren Ost-West Unterschiede ausmachen zu lassen. Ob sich hier ein Trend widerspiegelt, kann die Untersuchung der anderen Merkmale zeigen.

### c) **Asymmetrie**

Ein weiteres Merkmal eines Parteiensystems, das zur Erfassung der Kräfteverhältnisse verwendet werden kann, ist die Asymmetrie. Die Asymmetrie gibt „das Größenverhältnis nur der beiden jeweils größten Parteien innerhalb eines Systems an und verweist damit auf eventuell bestehende strukturelle Vorteile einer Partei“ (Haas et al. 2008: 16). Berechnet wird die Asymmetrie durch die Subtraktion des Stimmenanteils der zweitstärksten Partei vom Stimmenanteil der stärksten Partei.

Dabei zeigt sich, dass in Brandenburg und Bremen die SPD bisher immer die dominante Partei war, die die meisten Stimmen auf sich vereinen konnte, in Baden-Württemberg, Sachsen und Thüringen dagegen die CDU (Haas et al. 2008: 31). Für lange Zeit waren darüber hinaus die CDU und die SPD die beiden stärksten Parteien in allen Bundesländern, jedoch hat sich die seit den 90er Jahren gewandelt. So ist dies für die Legislaturperiode, bevor die AfD einzog nur noch in Berlin, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz der Fall gewesen. In Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen war dagegen nicht die SPD die zweistärkste Kraft, sondern die Linke, ebenso war in Brandenburg die Linke die zweitstärkste Partei nach der SPD. In Bremen wurden dagegen die Grünen nach der SPD und vor der CDU die zweitstärkste Partei im Parlament. In Baden-Württemberg waren 2011 die Grünen zweitstärkste Partei hinter der CDU.

Mit Rückgriff auf das rationalistische Wählermodell, dass davon ausgeht, dass Parteien auf einer Konfliktdimension vor allem mit jenen Parteien konkurrieren, die ihnen am nächsten sind, lässt sich erwarten, dass die AfD vor allem mit der CDU konkurriert hat, da beide Parteien rechts der Mitte gesehen werden. Die CDU sollte dementsprechend Stimmen verloren haben. Sollte die CDU stärkste Partei in einem Bundesland gewesen

sein, lässt sich daher erwarten, dass sich ihr Abstand zur zweitstärksten Partei verringert. Sollte die CDU zweitstärkste Partei sein, lässt sich erwarten, dass sich die Asymmetrie dagegen vergrößert, sofern nicht eine andere Partei neue zweitstärkste Kraft wird. Im Hinblick auf die Asymmetrie lassen sich daraus zwei Hypothesen ableiten:

*H1: In Ländern mit CDU als stärkster Partei verringert sich die Asymmetrie mit dem Auftreten der AfD*

*H2: In Ländern mit SPD als stärkster Partei und CDU als zweitstärkster Partei vergrößert sich die Asymmetrie mit dem Auftreten der AfD, sofern die CDU zweitstärkste Kraft bleibt.*

Diese Hypothesen lassen sich für Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt sowie Thüringen überprüfen. Für Brandenburg und Bremen können die Hypothesen nicht getestet werden, da hier die CDU bei der vorangegangenen Wahl nur als drittstärkste Kraft hervorging.

Tabelle 7 weist die Asymmetrie nach den letzten und den vorangegangenen Parlamentswahlen sowie die Veränderung aus. Auffällig ist, dass es in den meisten Bundesländern keine starke Veränderung der Asymmetrie gab, so bewegt sich der Betrag der meisten Werte unter vier Prozentpunkten. Gesunken ist die Asymmetrie nur in Bremen um 5,7 Prozentpunkte, in Baden-Württemberg um 11,5 Prozentpunkte. Baden-Württemberg ist auch das einzige Bundesland, in dem die vorherige stärkste Partei nicht auch weiterhin die stärkste Partei ist. Hier haben die Grünen die CDU auf Platz zwei verdrängt.

Im Hinblick auf die beiden Hypothesen lässt sich feststellen, dass sie sich nicht bestätigen lassen. In Sachsen und Thüringen konnte die CDU ihre Machtposition ausbauen, dagegen verlor sie – wie bereits angesprochen – in Baden-Württemberg ihre dominante Position und auch in Sachsen-Anhalt schrumpfte ihr Abstand zur zweitstärksten Partei. Die Hypothese H1 muss damit abgelehnt werden. Ebenfalls hat sich Hypothese H2 nicht gänzlich bestätigt. Zwar vergrößerte sich die Asymmetrie in Hamburg und Rheinland-Pfalz, jedoch verringerte sie sich in Berlin. Auch in Mecklenburg-Vorpommern verringerte sie sich, hier lag es jedoch daran, dass die CDU

	Asymmetrie nach letzter Wahl	Asymmetrie nach vorangegangener Wahl	Veränderung	stärkste Partei
<b>Sachsen</b>	20,5	19,6	+ 0,9	CDU
<b>Brandenburg</b>	8,9	5,8	+ 3,1	SPD
<b>Thüringen</b>	5,3	4,1	+ 1,2	CDU
<b>Hamburg</b>	29,7	26,5	+ 3,2	SPD
<b>Bremen</b>	10,4	16,1	- 5,7	SPD
<b>Baden-Württemberg</b>	3,3	14,8	- 11,5	CDU
<b>Sachsen-Anhalt</b>	5,5	8,8	- 3,3	CDU
<b>Rheinland-Pfalz</b>	4,4	0,5	+ 3,9	SPD
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	9,8	12,6	- 2,8	SPD
<b>Berlin</b>	4,0	5,0	- 1,0	SPD

**Tabelle 7:** Asymmetrie in den Länderparlamenten nach letzter und nach vorangegangener Wahl im Vergleich  
(Quelle: amtliche Wahlergebnisse; eigene Berechnung)

nicht mehr die zweitmeisten Stimmen erhielt. Dies lag am Einzug der AfD, die aus dem Stand heraus zweitstärkste Partei wurde.

Folglich ist auf vier Veränderungen hinzuweisen, die nicht aus der Tabelle ersichtlich werden. In Bremen und Brandenburg konnte die SPD zwar wie bereits davor die meisten Stimmen auf sich vereinen, jedoch schaffte es in beiden Ländern die CDU wieder zweitstärkste Kraft zu werden, also die Linke bzw. die Grünen zu überholen. Auch das spricht eher gegen H1. In Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt wurde mit der AfD auch eine andere Partei zweitstärkste Kraft als bei der vorherigen Wahl.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich bei reiner Betrachtung der Zahlen, keine großen Veränderungen bei der Asymmetrie festmachen lassen. Eine qualitative Betrachtung der Ergebnisse zeigt jedoch, dass sich sehr wohl Veränderungen im Parteienwettbewerb und der Machtkonstellation ereignet haben, die von der Asymmetrie nicht zutage befördert werden können. Insbesondere die Veränderungen bei den zweitstärksten Parteien machen deutlich, dass sich auf quantitativer Ebene zu wenig feststellen lässt. Folglich wird nachfolgend nicht allein die Veränderung der

Volatilität in den Fokus gerückt, sondern in einem zweiten Schritt die Wählerwanderung in den Blick genommen.

#### d) Volatilität

Die Volatilität gibt Auskunft über die „Veränderungen der Größenverhältnisse zwischen den Parteien durch differentes Wahlverhalten zwischen zwei aufeinander folgenden Wahlen“ (Haas et al. 2008: 16). Sie gibt also an, wie sich die Stimmenanteile aller Parteien im Vergleich zur vorherigen Wahl verändert haben. Zur Überprüfung eines Parteiensystemwandels trägt Volatilität als Merkmal insofern bei, als dass eine hohe Volatilität als Anzeichen für einen Wandel steht. Aufbauend auf soziologischen Erklärungsansätzen ist zu erwarten, dass Parteiensysteme solange stabil sind, wie der gesellschaftliche Kontext gleich bleibt, da die Wähler Bindungen zu den Parteien aufgebaut haben. Vertreter der „De-Alignment“-These gehen davon aus, dass sich diese Bindungen durch Globalisierung und Modernisierung aufgelöst hätten und Wähler daher leichter eine andere Partei wählen.<sup>18</sup> Dies führt zu Veränderungen im Parteiensystem, die sich in der Volatilität widerspiegeln. (vgl. Schniewind 2012: 29–30)

Die Volatilität (V) lässt sich nach dem Pedersen-Index berechnen (Pedersen 1979):

$$V = \sum_{i=1}^n \frac{|(v_{it} - v_{i(t-1)})|}{2}$$

wobei:  $v_{it}$  = Prozentzahl der erhaltenen Stimmen für Partei i zum Zeitpunkt t

$v_{i(t-1)}$  = Prozentzahl der erhaltenen Stimme für Partei i zum Zeitpunkt t-1

n = Anzahl der Parteien

Die aggregierte Volatilität ist demnach die Summe der Beträge des Stimmenzuwachs bzw. des Stimmenverlusts aller Parteien zur vorherigen Wahl geteilt durch zwei. Die Volatilität kann dabei Werte zwischen 0 % bei keinerlei Veränderung der Wählerstimmenanteile und 100 % bei völliger Veränderung der Wählerstimmenanteile annehmen. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass dies nur die Veränderungen auf Aggregatsebene abbilden kann, jedoch nicht, inwiefern in der Realität Wechselwahl stattgefunden hat. Wenn beispielsweise ein vorheriger Wähler der CDU bei der nächsten Wahl für die SPD stimmt und ein Wähler, der bei der letzten Wahl SPD

---

<sup>18</sup> Hieran anknüpfend behandelt das Kapitel zur Wählerschaft der AfD die Modernisierungsverliererthese.

gewählt hat, nun für die CDU stimmt, lässt sich bei der Messung der Volatilität keine Veränderung ausmachen.

Da die AfD in allen untersuchten Bundesländern in das Parlament eingezogen ist und damit mindestens fünf Prozent der Stimmen geholt hat, lässt sich zunächst erwarten, dass die Volatilität eher gestiegen ist im Vergleich zur vorherigen Wahl. Des Weiteren soll betrachtet werden, ob sich die bisherigen Unterschiede zwischen Ost und West weiterhin feststellen lassen. Die Frage ist, ob sich in den ostdeutschen Bundesländern eine höhere Volatilität als in den westdeutschen Bundesländern feststellen lässt oder ob sich eher ein Trend zur Angleichung des Wahlverhaltens finden lässt.

Tabelle 8 zeigt die Volatilität bei der letzten sowie der vorangegangenen Parlamentswahl für die Bundesländer. Hamburg ist das einzige Bundesland, in dem die Volatilität stark gesunken ist, in Thüringen und Rheinland Pfalz ist sie auch gesunken, allerdings nur um 0,3 bzw. 0,8 Prozentpunkte, sodass von einer gleichbleibenden Volatilität gesprochen werden kann. In Bremen ist die Volatilität um 1,3 Prozentpunkte gestiegen und bewegt sich auf einem ähnlichen Niveau wie in den soeben genannten Bundesländern. Das ist insofern überraschend, da das Bremer Abgeordnetenhaus mit sieben Parteien das höchste Format aufweist. Anscheinend hat dies aber nur geringen Einfluss auf das Wahlverhalten.

In Sachsen steigt die Volatilität auch etwas an, es hat nach Hamburg aber den geringsten Wert der Volatilität und bestätigt die bisherige Einschätzung, dass es eher nicht die typischen Merkmale der ostdeutschen Parteiensysteme aufweist. In Brandenburg, Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin erhöht sich die Volatilität in einem Bereich zwischen 7,2 und 9 Prozentpunkten. Der stärkste Anstieg ist in Sachsen-Anhalt festzustellen. Hier erhöht sich die Volatilität um 17,1 Punkte.

Damit ist Sachsen-Anhalt nun das Bundesland mit der größten Volatilität, war es davor noch jenes mit der drittniedrigsten. Hamburg, das Land mit der vormals höchsten Volatilität, weist dagegen nun die geringste Volatilität vor. Dies spricht dafür, dass sich die Veränderungen, die sich bei der vorangegangenen Wahl im Parteiensystem ergeben haben, eher manifestieren. Berlin bleibt dagegen das Land mit der zweithöchsten Volatilität. Dies liegt auch daran, dass die Piratenpartei, die es 2011 ins Abgeordnetenhaus schaffte, dieses Mal wesentlich weniger Stimmen erhielt und wieder

	<b>Volatilität bei letzter Wahl</b>	<b>Volatilität bei vorangegangener Wahl</b>	<b>Veränderung (in Prozentpunkten)</b>
<b>Sachsen</b>	12,2 %	8,1 %	+ 4,1
<b>Brandenburg</b>	18,6 %	10,1 %	+ 8,5
<b>Thüringen</b>	16,2 %	16,5 %	- 0,3
<b>Hamburg</b>	10,9 %	20,7 %	- 9,8
<b>Bremen</b>	15,6 %	14,3 %	+ 1,3
<b>Baden-Württemberg</b>	24,5 %	15,5 %	+ 9,0
<b>Sachsen-Anhalt</b>	28,1 %	11,0 %	+ 17,1
<b>Rheinland-Pfalz</b>	15,1 %	15,9 %	- 0,8
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	21,1 %	13,9 %	+ 7,2
<b>Berlin</b>	26,8 %	19,0 %	+ 7,8

**Tabelle 8:** Volatilität bei letzter und vorangegangener Parlamentswahl der Bundesländer im Vergleich  
(Quelle: amtliche Wahlergebnisse; eigene Berechnung)

aus dem Parlament auszog. Hier scheint das Parteiensystem entsprechend weniger stabil zu sein.

Mit Blick auf den zeitlichen Unterschied der Wahlen macht sich bemerkbar, dass die fünf Bundesländern, in denen 2014 und 2015 gewählt wurde, eine geringere Volatilität aufweisen als die Bundesländer, in denen 2016 gewählt wurde – mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz. In den letzteren liegt die Volatilität jeweils bei über 20 %. Dies steht in direktem Zusammenhang mit den Wahlergebnissen für die AfD, so hat sie 2016 in allen Bundesländern bessere Ergebnisse erzielt als in den vorherigen Parlamentswahlen, zu denen sie angetreten ist.

Eine auffällige Beobachtung lässt sich zudem machen, wenn man einen Blick auf Unterschiede zwischen Ost und West wirft. Bei der vorangegangenen Wahl schienen sich diese im Hinblick auf die Erwartungen aus der Forschung umgekehrt zu haben, denn die niedrigsten Werte wiesen hier Sachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern aus. Dies scheint aber nur ein Momentzustand gewesen zu sein, denn bei den Wahlen, in denen die AfD angetreten ist, hat sich die Volatilität wie erläutert wieder erhöht. Da Berlin und Baden-Württemberg aber die zweit- und dritthöchsten Werte hinsichtlich der Volatilität vorweisen, lässt sich nicht verallgemeinern, dass die neuen Bundesländer höhere Volatilität aufweisen.



Der Kritik, dass quantitative Indikatoren teilweise zu wenig aussagen, soll an dieser Stelle Rechnung getragen werden, indem neben der Volatilität auch die Wählerwanderungen betrachtet werden. Wie bereits erläutert, wird aus der Betrachtung der aggregierten Volatilität nicht erkenntlich, wie sehr wirklich Wechselwahl stattgefunden hat. Dies ist für den Wettbewerb aber von großer Bedeutung, da Parteien – zumindest aus rationalistischer Perspektive – auf größere Wählerverluste an eine bestimmte Partei bei der nächsten Wahl reagieren werden, indem sie ihre Ausrichtung anpassen.

Im Folgenden wird daher in den Blick genommen, woher die Wählerschaft der AfD kommt. Hierfür wurden die Wählerwanderungsbilanzen zu den einzelnen Parlamentswahlen in den Bundesländern herangezogen. Die Daten wurden von Infratest-Dimap erhoben und den Wahlanalysen der Landtagswahlen der Konrad-Adenauer-Stiftung sowie den Analysen zur Wählerwanderung der Tagesschau entnommen. Mithilfe von Individualdaten, die in Wahltagsbefragungen erhoben werden, repräsentativen Wahl- und Bevölkerungsstatistiken, Vorwahlbefragungen sowie den amtlichen Wahlergebnissen werden so Modelle generiert, die die Wählerwanderungen zwischen den Parteien sowie von und zu der Gruppe der Nichtwähler darstellen. Dadurch lässt sich erkennen, aus welchen Lagern eine Partei Wähler gewinnen konnte und an welche sie Wähler verlor.<sup>19</sup>

Es muss bei der Wählerwanderungsbilanz darauf hingewiesen werden, dass die Zahlen nicht gänzlich die Realität abbilden. Addiert man die Stimmen der Wählerwanderungsbilanz in den einzelnen Ländern stimmt die Gesamtstimmenzahl nicht mit dem offiziellen Ergebnis überein. Dies ist auf die Methodik zurückzuführen, die Modelle sind schließlich nur Schätzungen. Nichtsdestotrotz geben die Zahlen einen ersten Aufschluss darüber, von welchen Parteien die AfD Wähler abziehen konnte. Ziel soll nicht sein, genau herauszufinden, wie viele Stimmen für die AfD woher kamen, sondern aus welchen Lagern die AfD gewinnen konnte und inwiefern sich hierbei ein Wandel über die Zeit feststellen lässt.

Tabelle 9 zeigt daher die Wählerwanderungsbilanz für die AfD in den zehn untersuchten Bundesländern. Die Prozentzahlen geben an, wie groß der Anteil der jeweiligen Wählergruppe an der Gesamtwählerschaft der AfD in dem entsprechenden

---

<sup>19</sup> Für genauere Informationen siehe Niedermayer/Hofrichter 2016: 273–274.

	<b>CDU</b>	<b>SPD</b>	<b>Linke</b>	<b>Grüne</b>	<b>FDP</b>	<b>NPD</b>	<b>Piraten</b>	<b>Sonstige Parteien</b>	<b>Nichtwähler</b>
<b>Sachsen</b> (145.000)	22,8 % (33.000)	5,5 % (8.000)	10,3 % (15.000)	2,1 % (3.000)	12,4 % (18.000)	9,0 % (13.000)		26,9 % (39.000)	11,0 % (16.000)
<b>Brandenburg</b> (107.000)	16,8 % (18.000)	11,2 % (12.000)	18,7 % (20.000)	0,9 % (1.000)	15,9 % (17.000)			25,2 % (27.000)	11,2 % (12.000)
<b>Thüringen</b> (93.000)	19,4 % (18.000)	12,9 % (12.000)	17,2 % (16.000)	1,1 % (1.000)	11,8 % (11.000)			24,7 % (23.000)	12,9 % (12.000)
<b>Hamburg</b> (38.000)	21,1 % (8.000)	18,4 % (7.000)	2,6 % (1.000)	2,6 % (1.000)	10,5 % (4.000)			23,7 % (9.000)	21,1 % (8.000)
<b>Bremen</b> (6.000)	33,3 % (2.000)	16,7 % (1.000)	0,0 % (0)	16,7 % (1.000)	8,3 % (500)				25,0 % (1.500)
<b>Baden-Württemberg</b> (750.000)	25,3 % (190.000)	12,0 % (90.000)	2,9 % (22.000)	9,3 % (70.000)	2,4 % (18.000)			20,1 % (151.000)	27,9 % (209.000)
<b>Sachsen-Anhalt</b> (250.000)	15,2 % (38.000)	8,0 % (20.000)	11,2 % (28.000)	1,2 % (3.000)	2,4 % (6.000)			21,6 % (54.000)	40,4 % (101.000)
<b>Rheinland-Pfalz</b> (237.000)	21,1 % (50.000)	15,6 % (37.000)	5,1 % (12.000)	2,1 % (5.000)	3,4 % (8.000)			19,0 % (45.000)	33,8 % (80.000)
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b> (153.000)	14,4 % (22.000)	9,8 % (15.000)	10,5 % (16.000)	2,0 % (3.000)		13,1 % (20.000)		14,4 % (22.000)	35,9 % (55.000)
<b>Berlin</b> (210.000)	18,6 % (39.000)	11,4 % (24.000)	5,7 % (12.000)	1,9 % (4.000)	1,9 % (4.000)		5,7 % (12.000)	21,9 % (46.000)	32,9 % (69.000)

**Tabelle 9:** Wählerwanderungsbilanzen der AfD Wählerschaft für die Parlamentswahlen der Bundesländer  
Abweichungen zu 100 % ergeben sich aus Rundungsfehlern, die Zahlen in Klammern geben die absolut erhaltenen Stimmen wieder.  
(Quelle: siehe Wählerwanderungsbilanzen unter Daten (Daten erhoben von Infratest-Dimap); eigene Berechnung der Prozentzahlen)

Bundesland ist und sind eine eigene Berechnung aus den in Klammern angegeben absoluten Zahlen, die den von Infratest-Dimap erhobenen Daten entnommen sind. Da die AfD in allen Ländern zum ersten Mal angetreten ist, finden sich nur Stimmengewinne wieder.

Es fällt auf, dass die AfD in den ersten vier hier betrachteten Landtagswahlen die meisten Stimmen von Wählern erhalten hat, die in der vorangegangenen Wahl für eine der sonstigen Parteien gestimmt haben. In den letzten fünf Landtagswahlen hat die AfD dagegen aus dem Lager der ehemaligen Nichtwähler die meisten Stimmen erhalten. Nur in Bremen kommt der größte Wähleranteil von der CDU, einer großen Partei, erst an zweiter Stelle folgt das Lager der Nichtwähler. Aufgrund der geringen Fallzahl sind die Daten für Bremen jedoch unter Vorbehalt zu betrachten.

Nimmt man in den Blick, von welcher der größeren Parteien die AfD Wähler abwerben konnte, so zeigt sich, dass in allen Fällen außer in Brandenburg die meisten Wähler ehemalige CDU Wähler waren. Dies deutet darauf hin, dass die AfD insbesondere mit der CDU um Wählerstimmen kämpft, wie es das rationalistische Raummodell erwarten lässt. Jedoch konnte die AfD in Brandenburg die meisten Wähler von den Linken für sich gewinnen, was eher gegen die rationalistische Erklärung spricht. Dies könnte ein Hinweis auf Protestwahl sein.<sup>20</sup> Es lässt sich insgesamt feststellen, dass die AfD in den ostdeutschen Ländern höhere Anteile an ehemaligen Wählern der Linken für sich gewinnen konnte als in Westdeutschland. Dies ist gewiss auch strukturell bedingt, da die Linke in Ostdeutschland stärker ist und damit mehr Wähler zum Abwerben vorhanden sind. Parallel dazu konnte die AfD in Westdeutschland eher mehr SPD-Wähler für sich gewinnen als in Ostdeutschland, allerdings ist das Ausmaß geringer als bei der Linken.

Von den Grünen konnte die AfD dagegen kaum Wähler abwerben, einzig in Bremen ist der Anteil relativ hoch (evtl. bedingt durch die geringe Fallzahl) und in Baden-Württemberg, wo die Grünen besonders stark sind. Eine spannende Betrachtung lässt sich dagegen mit Blick auf ehemalige FDP-Wähler machen. Der Anteil dieser ist 2016 nur marginal und kaum höher als der Anteil der Grünen-Wähler. 2014 und 2015 war der Anteil ehemaliger FDP-Wähler dagegen wesentlich höher. Dies könnte darauf hindeuten, dass die AfD mit dem Austritt Luckes und Teilen des liberal-konservativen

---

<sup>20</sup> Protestwahl als Motiv der Wahlentscheidung wird im Kapitel zur Wählerschaft der AfD erörtert und überprüft.

Flügels im Juli 2015 die Attraktivität für diese Wählergruppe verloren hat. Zuletzt gilt festzuhalten, dass die AfD in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern einen relativ großen Anteil ehemaliger NPD-Wähler abwerben konnte. Dies lässt auf einen direkten Zusammenhang zwischen dem Einzug der AfD und dem Auszug der NPD aus dem jeweiligen Landtag schließen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die AfD insbesondere ehemalige Wähler kleinerer Parteien und Nichtwähler für sich gewinnen konnte. Dies könnte zum einen ein Hinweis darauf sein, dass die AfD zum einen Politikangebote bereitstellte, die die etablierten Parteien nicht anboten, zum anderen könnte es ein Hinweis sein, dass sich der Parteienwettbewerb wieder polarisiert hat. Außerdem stimmte ein höherer Anteil ehemaliger CDU-Wähler für die AfD sowie sie auch viele ehemalige Wähler der Linken unterstützten, insbesondere in den neuen Bundesländern. Dies mag auf den ersten Blick überraschen. Lewandosky, der die AfD als rechtspopulistische Partei einstuft, erklärt dies wie folgt: „Dass die Wähler linker Parteien für konservativ-autoritäre Wert- und Ordnungsvorstellungen durchaus empfänglich sind, weiß man in den Sozialwissenschaften seit langem. Wahlerfolge der Rechtspopulisten tragen insofern dazu bei, dass sich die Achse des Parteiensystems insgesamt nach rechts verschiebt.“ (2015: 128). Ob dies zutrifft, untersucht der folgende Abschnitt.

#### **e) Polarisierung**

Mit Polarisierung wird die ideologisch-programmatische Distanz der einzelnen Parteien beschrieben. Eine der zentralen Streitfragen ist hierbei, wie der politische Raum aussieht, in dem die Parteien ihre jeweilige Position beziehen und miteinander konkurrieren. Als zentrale, strukturbildende Konfliktdimension wird dabei meist die Links-Rechts-Achse gesehen. Allerdings lässt sich der politische Raum auch anhand anderer Dimensionen aufziehen. So lässt sich ein zweidimensionaler Raum aufziehen, der aus einer sozioökonomischen und einer kulturellen Konfliktdimension besteht. Für die kulturelle Konfliktdimension gibt es verschiedene Konzepte der Erfassung, für Westeuropa wird dabei häufig auf die Dimension GAL-TAN (green-alternative-libertarian vs. traditional-authoritarian-nationalist) von Hooghe et al. (2002) oder auf Integration vs. Demarkation von Kriesi et al. (2008) zurückgegriffen.

Es hat sich jedoch gezeigt, dass diese kulturelle und die sozioökonomische Konfliktlinie nicht senkrecht zueinander stehen, sondern miteinander assoziiert werden (vgl. Wagschal/König 2015: 187). Die Links-Rechts-Dimension kann dann als eine „Superdimension“ (Franzmann 2016b: 66) bezeichnet werden, mit der „eine bestimmte Weltsicht und entsprechende Vereinfachung der Realität verbunden [ist]“ (Wagschal/König 2015: 187). Empirisch lässt sich für Deutschland zeigen, dass die Links-Rechts-Dimension auch ein bedeutendes Strukturierungsmerkmal für die Wahlentscheidung ist (Neundorfer 2012). Entsprechend wird im Folgenden die Polarisierung nur anhand der Links-Rechts-Achse erfasst.

Für die Messung der Parteipositionierungen gibt es diverse Möglichkeiten, die sich danach einteilen lassen, ob sie durch eine Literatur- oder Dokumentenanalyse, Experten- oder Bevölkerungsbefragungen oder das Abstimmungsverhalten von Abgeordneten bestimmt werden (Niedermayer 1996: 26; Debus 2009: 286–294). Dabei hat sich gezeigt, dass alle Methoden zu ähnlichen Ergebnissen kommen (vgl. van Spanje 2010: 572).

Aus zwei Gründen wird im Folgenden zur Messung der Polarisierung auf die Einschätzung der Bevölkerung zurückgegriffen. Zum einen bringt Debus (2009: 288) zwar die Kritik, dass Wähler unter Umständen die Position einer Partei nicht kennen, jedoch lässt sich dagegen argumentieren, „that the public’s perceptions of the parties create the basis of their voting choices — even if these perceptions are imperfect“ (Dalton/McAllister 2015: 767). Auch wenn Wähler die Position der Parteien also anders einschätzen, als diese sich selbst positionieren, mag diese Einschätzung gerade von größerer Bedeutung sein, da die Wähler aufgrund dessen ihre Wahlentscheidung treffen, unabhängig davon, wie sich die Partei aufgrund ihres Parteiprogramms positionieren lässt. Zum anderen sind es methodische Gründe und die Datenverfügbarkeit. Mit dem Comparative Manifesto Project gibt es zwar einen großen Datensatz an Parteipositionierungen, hier wird jedoch nicht die subnationale Ebene berücksichtigt. Eine eigene Analyse der Parteiprogramme wäre für diese Arbeit zu umfangreich geworden. Da für die Analyse der Wählerschaft im späteren Kapitel die Datensätze der German Longitudinal Electional Study (GLES) verwendet wurden, bot es sich daher an, diese auch für die Messung der Polarisierung heranzuziehen. Hier wurden die Befragten zu jeder Landtagswahl gebeten, die Landesparteien auf der Links-Rechts-Achse

einzuordnen. In die Analyse wurden die Antworten aller Wahlberechtigten aufgenommen.<sup>21</sup> Da zu den Wahlen in Bremen und Hamburg 2015 sowie Berlin 2016 keine Datensätze vorhanden sind, fallen diese aus der Betrachtung leider heraus.

Zur Messung der Polarisierung gibt es verschiedene Indikatoren, die jedoch unterschiedliche Problematiken mit sich bringen. Oftmals ist hierbei nicht klar, ob sich eine Veränderung aufgrund von Verschiebungen der Parteipositionierungen ergeben oder aufgrund von unterschiedlichen Machtverhältnissen, da die Stärke der Parteien mit einberechnet wird. (vgl. Schniewind 2012: 22–27) Im Folgenden werden daher erst die Parteipositionierungen auf der Links-Rechts-Achse graphisch dargestellt, bevor eine quantitative Betrachtung folgt.

Zur Messung wird der Index von Sigelman und Yough (1978) benutzt. Für die Berechnung dessen muss jedoch einen Schritt vorher das ideologische Zentrum des Parteiensystems bestimmt werden. Dieses wird an dieser Stelle nach Gross und Sigelmann (1984) gebildet, die eine Berechnung des „ideological center of gravity“ (ICG) vorschlagen, bei der die Positionen sowie die Sitzanteile der Parteien verwendet werden.<sup>22</sup> Die beiden Formeln lauten wie folgt:

$$\text{ICG} = \sum_{i=1}^n (f_i \times x_i)$$
$$P = \sum_{i=1}^n [f_i \times (x_i - \text{ICG})^2]$$

wobei: ICG = ideological center of gravity

P = Polarisierungsindex

n = Anzahl der im Parlament vertretenen Parteien

$f_i$  = Anteil der Mandate einer Partei i

$x_i$  = ideologische Position der Partei i

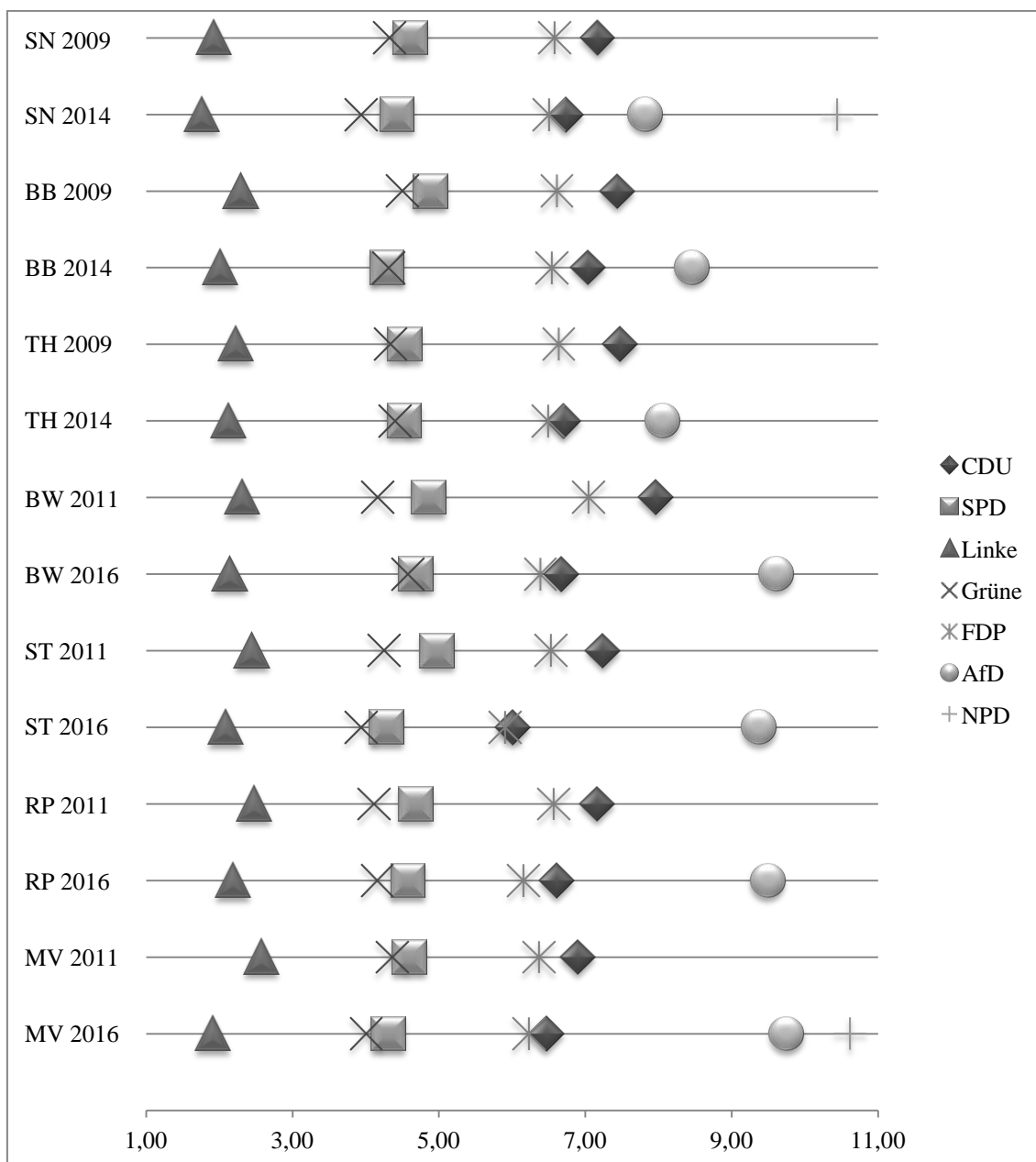
Abbildung 1 zeigt die Polarisierung für die Bundesländer bei der letzten sowie der vorangegangenen Parlamentswahl. Die Befragten konnten die Parteien auf einer Skala von 1 (= links) bis 11 (= rechts) einordnen. Es wird ersichtlich, dass alle etablierten Parteien über alle Bundesländer hinweg bei den letzten Wahlen weiter links verortet wurden als noch in der vorangegangenen Wahl – abgesehen von vier Ausnahmen. Die SPD wurde in Thüringen bei beiden Wahlen exakt gleich eingestuft, die Grünen sind in Thüringen und Rheinland-Pfalz minimal nach rechts und in Baden-Württemberg etwas

---

<sup>21</sup> Für eine genauere Beschreibung der Datensätze siehe Kapitel „Die Wählerschaft der AfD: Daten und Operationalisierung“. Die berechneten Werte der Polarisierung finden sich im Anhang.

<sup>22</sup> Die Vorgehensweise zur Berechnung der Polarisierung folgt damit dem von Schniewind (2012: 23–25) vorgeschlagenen Verfahren.

## Die AfD und die Parteiensysteme der deutschen Bundesländer



**Abbildung 1:** Parteipositionierungen auf der Links-Rechts-Achse in den Bundesländern im zeitlichen Vergleich  
 BB = Brandenburg, BW = Baden-Württemberg, MV = Mecklenburg-Vorpommern, SN = Sachsen, ST = Sachsen-Anhalt, TH = Thüringen  
 (Quelle: GLES ZA5304, ZA5325, ZA5327, ZA5328, ZA5330, ZA5738, ZA5739, ZA5740, ZA5741, ZA5742, ZA5743, ZA5744; eigene Berechnung)

nach rechts gerutscht. Außerdem lagen je SPD und Grüne sowie CDU und FDP bei der letzten Wahl näher zusammen, sodass sie noch deutlicher als zwei Lager wahrgenommen werden konnten.

In Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern war in der vorangegangenen Legislaturperiode die NPD mit im Landtag. Leider wurden die Wähler in diesen beiden

Bundesländern nur vor der letzten Wahl um die Einschätzung der Position der NPD gebeten, sodass für die vorangegangene Wahl keine Parteipositionierung vorliegt. Es lässt sich aber davon ausgehen, dass sie sich damals ähnlich weit rechts verorten ließ.

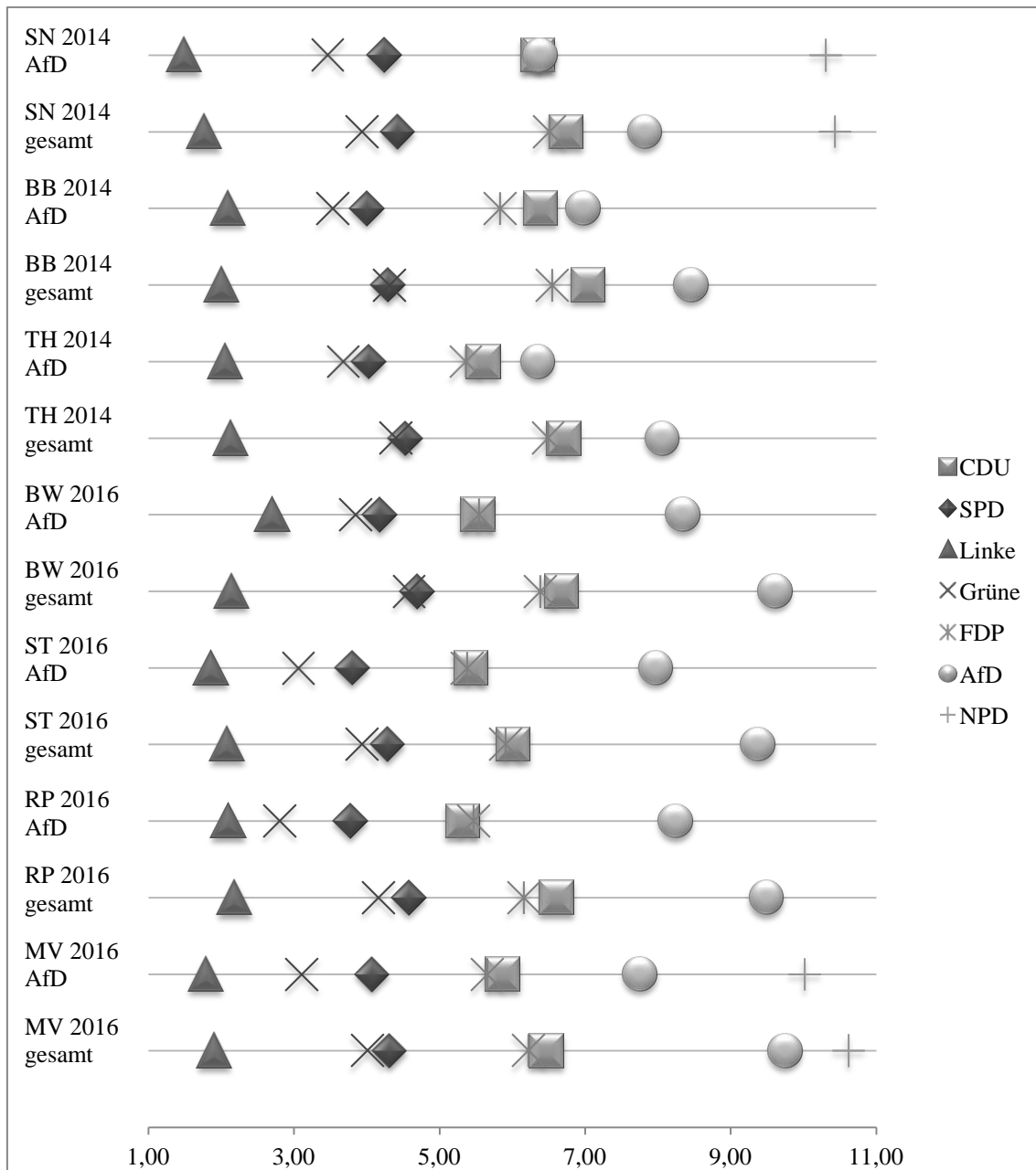
Die AfD wurde in allen Bundesländern weiter rechts verortet als die CDU. Darüber hinaus liegt die Position der AfD auch in allen Bundesländern weiter rechts als die der CDU bei der Wahl davor. Damit lässt sich konstatieren, dass durch das Hinzukommen der AfD die Bandbreite an ideologischen Positionen in allen Bundesländern, in denen die NPD nicht im Landtag war, gestiegen ist. In Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen ist das Spektrum der im Landtag vertretenen Positionen dagegen durch das Hinzukommen der AfD geringer geworden, da gleichzeitig die NPD ausgeschieden ist. Zusätzlich ist festzustellen, dass die AfD 2016 wesentlich weiter rechts steht als noch 2014. Dies spiegelt einen von den Wählern perzipierten Rechtsruck der AfD wider, der sich vermutlich auf den Austritt Luckes und eines großen Teils des liberal-konservativen Flügels 2015 zurückführen lässt.

Es stellt sich dennoch die Frage, ob die AfD-Wähler die Parteien bei der letzten Wahl ähnlich positioniert haben wie die Gesamtwählerschaft oder sich hier große Unterschiede zeigen. Da die AfD von sich ja behauptet, eine Alternative zu den politischen „Altparteien“ zu sein, könnte es sein, dass die Wähler der AfD anderen Parteien näher zusammen verorten. Abbildung 2 zeigt daher für alle untersuchten Bundesländer die Verortung der Parteien bei der letzten Wahl durch alle Wähler (wie bereits Abbildung 1) im Vergleich zur Verortung durch die Wählerschaft der AfD.

Es fällt auf, dass die Wähler der AfD alle Parteien – abgesehen von der Linken – weiter links einordnen als dies die Gesamtwählerschaft macht. Die AfD ist jedoch auch bei ihnen die am weitesten rechts stehende Partei außer in zwei Fällen. Zum einen wird in Mecklenburg-Vorpommern – analog zur Einordnung durch die Gesamtwählerschaft – die NPD von den AfD-Wählern noch weiter rechts eingeordnet, zum anderen wird in Sachsen ebenfalls die NPD weiter rechts eingeordnet als die AfD. Auffällig ist hier jedoch, dass die AfD-Wähler die AfD, die CDU und die FDP exakt gleich positionieren. Darüber hinaus lässt sich feststellen, dass die AfD-Wähler die CDU und FDP ganz generell ähnlich nah beieinander sehen wie die Gesamtwählerschaft, jedoch eine



## Die AfD und die Parteiensysteme der deutschen Bundesländer



**Abbildung 2:** Parteipositionierungen auf der Links-Rechts-Achse in den Bundesländern im Vergleich zwischen Gesamtwählerschaft und AfD-Wählern  
 BB = Brandenburg, BW = Baden-Württemberg, MV = Mecklenburg-Vorpommern, SN = Sachsen, ST = Sachsen-Anhalt, TH = Thüringen  
 (Quelle: GLES ZA5304, ZA5325, ZA5327, ZA5328, ZA5330, ZA5738, ZA5739, ZA5740, ZA5741, ZA5742, ZA5743, ZA5744; eigene Berechnung)

größere Distanz zwischen SPD und Grünen ausmachen. In Rheinland-Pfalz verorten sie die Grünen sogar näher bei der Linken als der SPD.

Ebenso wie von der Gesamtwählerschaft wird die AfD von ihren eigenen Wählern also 2016 wesentlich weiter rechts stehend wahrgenommen als noch 2014. Einen Rechtsruck

der Partei scheinen also nicht nur Personen, die der AfD eher kritisch gegenüberstehen, auszumachen, sondern auch die eigenen Anhänger. Der Unterschied zur Gesamtwählerschaft besteht folglich eher daraus, dass sie die etablierten Parteien weiter links sehen und das vertretene politische Spektrum ihrer Ansicht nach damit kleiner ist. Dies zeigt sich zudem daran, dass von den AfD-Wählern nur in drei Fällen etablierte Parteien rechts von der theoretischen Mitte stehend wahrgenommen wurden: die FDP in Sachsen, die CDU in Sachsen und die CDU in Brandenburg. Dies könnte dafür sprechen, dass die AfD hier ein Wählerpotential abdeckt, das vorher nicht bedient wurde. Damit wird sich in dieser Arbeit das spätere Kapitel zur Wählerschaft nochmal detaillierter auseinandersetzen.

Zuvor soll die graphische Darstellung zu Polarisierung des Parteiensystems jedoch noch ergänzt werden. Denn ihr Vorteil ist zwar, dass sie schnell einen Überblick darüber gibt, wo die Parteien zu verorten sind und welches politische Spektrum somit abgedeckt wird. Es wird jedoch nicht ersichtlich, wie polarisiert in Folge auch das Parlament ist, da weder hervorgeht, welche der Parteien im Parlament vertreten sind, noch mit wie vielen Sitzen. Hierfür hilft die Betrachtung des Volatilitätsindex.

Tabelle 10 bildet die Polarisierung für die einzelnen Länderparlamente nach dem Polarisierungsindex von Siegelman und Yough (1978) für die derzeitige und die vorangegangene Legislaturperiode ab. Es wird erkenntlich, dass sich in allen Landtagen außer dem sächsischen die Polarisierung durch den Einzug der AfD erhöht hat. Die Abnahme der Polarisierung in Sachsen liegt daran, dass die NPD nicht mehr im Landtag vertreten ist wie noch in der vorherigen Legislaturperiode.

Es ist außerdem festzustellen, dass 2016 ist ein starker Anstieg der Polarisierung im Vergleich zu den anderen analysierten Wahljahren zu verzeichnen ist. Dies liegt zum einem daran, dass die AfD weiter rechts verortet wurde, zum anderen, dass sie höhere Sitzanteile als noch 2014 erhielt. Bemerkenswert ist dabei, dass die Polarisierung auch in Mecklenburg-Vorpommern deutlich zugenommen hat, obwohl die noch weiter rechts stehende NPD nicht mehr in den Landtag gekommen ist. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass die AfD dort zweitstärkste Kraft geworden ist und damit erheblich zu einer Polarisierung im Landtag beigetragen hat.

	<b>Polarisierung derzeitige Legislaturperiode</b>	<b>Polarisierung vorangegangene Legislaturperiode</b>
<b>Sachsen</b>	12,24	16,44 <sup>23</sup>
<b>Brandenburg</b>	18,38 <sup>24</sup>	16,11
<b>Thüringen</b>	14,28	12,63
<b>Baden-Württemberg</b>	28,19	14,49
<b>Sachsen-Anhalt</b>	29,26	11,13
<b>Rheinland-Pfalz</b>	24,36	13,16
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	31,56	19,92 <sup>25</sup>

**Tabelle 10:** Polarisierung in den Länderparlamenten nach letzter und nach vorangegangener Wahl im Vergleich  
(Quelle: GLES ZA5304, ZA5325, ZA5327, ZA5328, ZA5330, ZA5738, ZA5739, ZA5740, ZA5741, ZA5742, ZA5743, ZA5744; eigene Berechnung)

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Polarisierung durch den Einzug der AfD in die Parlamente deutlich zugenommen hat. 2016 ist im Vergleich zu 2014 dabei ein Rechtsruck der AfD zu verzeichnen. Die anderen Parteien sind dabei im Vergleich zu ihrer Position bei der vorherigen Wahl weiter nach links gerückt, womit nun insgesamt ein größeres politisches Spektrum in den Parlamenten vorhanden ist. Des Weiteren hat sich die Distanz zwischen der SPD und den Grünen sowie zwischen der CDU und der FDP noch weiter verringert, was auf zwei Lager hindeutet.

## f) Segmentierung

Die bisherigen Betrachtungen der Merkmale der Parteiensysteme haben gezeigt, dass sich Veränderungen im Parteienwettbewerb finden lassen. Es stellt sich die Frage, ob sich folglich auch Veränderungen bei Regierungsbildungen ausmachen lassen. Die Segmentierung beschreibt dabei, inwiefern das Parlament segmentiert ist. Starke Segmentierung ist dadurch gekennzeichnet, dass Parteien nicht miteinander

<sup>23</sup> Für die NPD war keine Bestimmung der Parteiposition für die vorangegangene Legislaturperiode vorhanden. Daher wurde auf den Wert für die aktuelle Legislaturperiode zur Berechnung des Polarisierungsindex zurückgegriffen.

<sup>24</sup> Da für die BVB/Freie Wähler keine Bestimmung der Position vorhanden war, konnte sie nicht in die Berechnung mit einbezogen werden. Der tatsächliche Wert ist daher etwas niedriger. Je nach Position der BVB/Freien Wähler liegt der Wert der Polarisierung zwischen 18,03 und 18,38.

<sup>25</sup> Für die NPD war keine Bestimmung der Parteiposition für die vorangegangene Legislaturperiode vorhanden. Daher wurde auf den Wert für die aktuelle Legislaturperiode zur Berechnung des Polarisierungsindex zurückgegriffen.

koalitionswillig sind, schwache Segmentierung, wenn viele Koalitionen realpolitisch möglich sind.

Zur Erfassung der Segmentierung schlägt Niedermayer (1996) vor, die Anzahl der realpolitisch möglichen Koalitionen durch die Anzahl aller theoretisch möglichen Koalition zu teilen, um so einen Index für die Segmentierung zu erhalten. Dieses Vorgehen scheint für die vorliegende Arbeit jedoch aus zwei Gründen ungeeignet. Zum einen ist es ein schwieriges Unterfangen, klare Aussagen zu den realpolitischen Koalitionsoptionen zu finden, da diese nicht als Parteitagsbeschlüsse gefasst werden. Es muss also festgelegt werden, welche Politiker als relevant genug angesehen werden, sodass ihre öffentlichen Aussagen zu Koalitionsoptionen als gültig angesehen werden können. Zum anderen scheint die Gefahr groß, dass durch den Einzug der AfD der Index für Segmentierung sinkt, da Koalitionen mit ihr ausgeschlossen wurden. Dadurch könnte aber übersehen werden, dass neue – vorher undenkbbare - Regierungen zustande kommen, die Segmentierung also an anderer Stelle aufbricht.

Daher wird hier auf das Konzept der „party system closure“ von Mair (1997) zurückgegriffen, also der Betrachtung, inwiefern die Regierungsbildung als offen oder als geschlossen angesehen werden kann. Wie bereits erläutert, zeichnet sich ein geschlossenes Parteiensystem dadurch aus, dass Regierungen komplett bzw. gar nicht wechseln, nur bereits bekannte Koalitionen die Regierung bilden und nur Parteien in die Regierung kommen, die schon an der Macht waren. Offene Systeme sind dagegen durch partielle Wechsel der Regierungsparteien, innovative Koalitionen und dem Eintritt neuer Parteien in die Regierung gekennzeichnet. Hieran lässt sich dann auch ein Wandel des Parteiensystems festmachen. Mair schränkt hierbei jedoch ein, dass der Kontext beachtet werden muss: „This is far from being a uniform or standardized process, however, and any application of these guidelines requires sensitivity to the peculiarities of the case. [...] Not all cases of new governing alternatives or even of new parties arriving in government will constitute cases of party system change“ (2006: 67).

Mit Blick auf die Art des Regierungswechsels lässt sich feststellen, dass mit dem Einzug der AfD in die Landtage es nirgends einen vollständigen Regierungswechsel gab. In Sachsen, Thüringen, Hamburg, Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Berlin kam es jeweils zu einem partiellen Wechsel, in

Brandenburg, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern blieben dagegen die gleichen Parteien wie in der vorangegangenen Legislaturperiode in der Regierung.

Daran anknüpfend finden sich nur in einem Bundesland, in Thüringen, Parteien in der Regierung, die vorher noch keine Regierungsbeteiligung hatten. Dies sind die Linken, die darüber hinaus den Ministerpräsidenten (den ersten deutschen Ministerpräsident der Linken überhaupt) stellen, und die Grünen. In den anderen Regierungen sind alle Parteien bereits vorher in der Regierung beteiligt gewesen, was für deutsche Verhältnisse jedoch nicht sonderlich verwundernd ist, sind ja selbst die Parteiensysteme der neuen Bundesländer mittlerweile bereits 27 Jahre alt.

In vier Bundesländern – und damit in 40 % der Fälle – findet sich also eine innovative Regierungsformel. In Thüringen wurde 2014 die erste rot-rot-grüne Regierung aus Linke, SPD und Grünen gebildet. Dies war die erste rot-rot-grüne Regierung in ganz Deutschland. Eine weitere rot-rot-grüne, allerdings unter Führung der SPD, wurde 2016 in Berlin gebildet. In Rheinland-Pfalz kam es zur ersten Koalition sogenannten „Ampel-Koalition“ des Landes, bestehend aus SPD, FDP und Grünen. Die vierte innovative Regierung, die es so auch noch nie in einem anderen Bundesland gab, kam in Baden-Württemberg durch eine Koalition zwischen Grünen und CDU unter grüner Führung zustande.

Es lässt sich also zusammenfassen, dass bei Betrachtung der Regierungsbildung sich mit dem Einzug der AfD einiges getan hat. Es kam zu neuen Koalitionen, die Segmentierung scheint – unter den etablierten Parteien – folglich eher abgenommen zu haben. Beyme sieht – für Baden-Württemberg – einen klaren Zusammenhang zwischen der innovativen Regierungsbildung und dem Auftreten der AfD (2017: 206). Und Lucke zieht folgendes Fazit: „Wenn nichts mehr geht, die Große Koalition geht immer. Doch das gehört der Vergangenheit an. In zwei Landtagen, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt, reicht es nicht einmal mehr dafür. Und was heute als Deutschland-Koalition firmiert – nämlich Union, SPD und FDP – und teilweise nicht einmal für 50 Prozent der Wählerstimmen reicht, umfasste bis 1983 noch das gesamte Parteienspektrum. Deutlicher könnte die Veränderung nicht sein.“ (Lucke 2016: 5)

### **3. Zwischenfazit**

Mit dem Einzug der AfD in die Länderparlamente lassen sich auch Veränderungen auf Parteiensystemebene feststellen. Das Format und die Fragmentierung sind in den meisten Fällen angestiegen. Bei der Asymmetrie lässt sich zwar kaum Veränderung erkennen, jedoch haben sich die Machtverhältnisse sehr wohl verändert. Dies zeigt sich bei der Betrachtung der Segmentierung. In vier Bundesländern kam es zu einer komplett neuen Regierung. Mit Rückgriff auf die verschiedenen Stufen des Wandels nach SMITH! kann hier nicht mehr nur von temporärer Fluktuation gesprochen werden. Die – teilweise auch über alle Bundesländer hinweg – innovativen Regierungsformeln lassen mindestens einen begrenzten Wandel erkennen. Ob dies zu einem generellen Wandel führen wird, kann an dieser Stelle aufgrund des kurzen Zeithorizonts nicht geklärt werden.

Auch hat die Polarisierung in den meisten Landtagen zugenommen. Dass sich die Achse des Parteiensystems durch den Eintritt der AfD nach rechts verschoben hat, wie das die oben zitierte Erwartung von Lewandowsky (2015) ist, lässt sich nicht feststellen. Mit der AfD ist zwar eine Partei aufgetaucht, die rechts der etablierten Parteien steht, die anderen Parteien sind aber – außer der Linken – im Vergleich zur vorangegangenen Wahl alle weiter nach links gewandert. Auch lassen sich keine großen Unterschiede zwischen Ost- und West ausmachen, abgesehen davon, dass die AfD im Osten mehr Wähler von der Linken gewinnen konnte, welche dort aber auch stärker ist. Ansonsten sind innerdeutsche Unterschiede sogar teilweise zurückgegangen.

Die Volatilität ist insgesamt gestiegen. Die AfD hat dabei insbesondere auch ehemalige NPD Wähler für sich gewonnen und ist damit mit verantwortlich, dass diese nicht erneut in die Landtage Sachsens sowie Mecklenburg-Vorpommerns eingezogen ist. Die AfD konnte eben Wähler aller Parteien für sich gewinnen. Im folgenden Kapitel wird sich der Wählerschaft daher genauer gewidmet.

#### **IV DIE WÄHLERSCHAFT DER AfD**

In der bisherigen wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der AfD finden sich selbstverständlich auch Betrachtungen und Analysen ihrer Wählerschaft. Die meisten dieser beschäftigen sich mit Wählerdaten der Bundestagswahl 2013 (Häusler 2014; Schmitt-Beck 2014; Berbuir et al. 2015; Schwarzbözl/Fatke 2016), doch auch Analysen zur Wählerschaft bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 existieren, etwa von Wagner et al. (2015) sowie Schmitt-Beck (2016), der neben Individualdaten zur Europawahl auch Individualdaten zu den Landtagswahlen 2014 in Sachsen, Brandenburg und Thüringen verwendet. Ebenfalls mit der AfD in Brandenburg beschäftigen sich Botsch et al. (2015), die Aggregatdaten für die Analyse der Wählerschaft heranziehen. Des Weiteren gibt es wahlunabhängige Untersuchungen der Wählerschaft. Niedermayer/Hofrichter (2016) analysieren die Entwicklung der Wählerschaft der AfD auf gesamtdeutscher Ebene anhand von Daten von Infratest Dimap, während Kroh/Fetz (2016) sich für eine ähnliche Untersuchung auf das sozio-oekonomische Panel (SOEP) stützen. Zudem wird in der Leipziger Mitte-Studie zu rechtsextremen Einstellungen von Brähler et al. (2016) auf die Wählerschaft der AfD eingegangen.

Es wird jedoch deutlich, dass eine Analyse der Wählerschaft der AfD für die meisten Bundesländer noch fehlt. Dementsprechend werden im folgenden die wichtigsten Ergebnisse der bisherigen Forschung zur Wählerschaft der AfD wiedergegeben und um Erkenntnisse aus der Literatur zu rechtspopulistischen Parteien in anderen Ländern ergänzt, um anschließend die AfD-Wählerschaft der einzelnen Landtagswahlen zu untersuchen. Dies soll zum einen zeigen, inwiefern Unterschiede zwischen nationalstaatlicher und subnationaler Ebene sowie zwischen den einzelnen Bundesländern – insbesondere zwischen Ost und West – existieren, zum anderen, ob sich zeitlich eine Veränderung feststellen lässt, und zuletzt, inwiefern die Wählerschaft der AfD ähnliche Merkmale wie die Wählerschaft von rechtspopulistischen Parteien in anderen Ländern aufweist. Dies würde die These der AfD als rechtspopulistische Partei stärken bzw. schwächen, wenngleich klar ist, dass sich Populismus nicht allein anhand der Wähler ausmachen lässt (Müller 2015: 34).

## 1. Erklärungen für die Wahl rechtspopulistischer Parteien

Wie bereits die Betrachtung der Wählerwanderungsbilanzen in Kapitel III 2 d) *Volatilität* gezeigt hat, konnte die AfD bei den Landtagswahlen Wähler von allen Parteien abziehen sowie insbesondere auch vorherige Nichtwähler für sich mobilisieren. Das war auch bei den Wahlen zum Bundestag 2013 sowie zum Europäischen Parlament 2014 der Fall. Aus einer rationalistischen Denkrichtung ist schwer vorstellbar, dass eine Partei Wähler sowohl von Parteien mit gegensätzlichen Positionen auf der sozioökonomischen Konfliktdimension (Linke/FDP) als auch von Parteien mit gegensätzlichen Positionen auf der kulturellen Konfliktdimension (Grüne/CDU) für sich gewinnen kann. Daraus schließt Lewandowsky, dass es sich um eine Protestorientierung der Wählerschaft der AfD handelt, und sieht dies als Zeichen, dass die AfD populistisch agiert (2015: 128).

Die Argumentation hinter der Protestwahlhypothese ist die folgende. Die Wähler fühlen sich von den etablierten Parteien vernachlässigt und sehen ihre Meinung nicht mehr repräsentiert. Sie wenden sich daher an eine neue Partei, die sich durch ihren Anti-Establishment Charakter auszeichnet (vgl. van der Brug et al. 2000: 81–84). Dabei ist es unerheblich, ob die Partei sich selbst zu einer Protestpartei stilisiert oder die Stigmatisierung der etablierten Parteien zu diesem Image führt (Schwarzbözl/Fatke 2016: 278). Die Stimmabgabe basiert dementsprechend nicht auf einer ideologischen Nähe der Wähler zur Partei oder einer strategischen Entscheidung, um einer Partei zur Regierungsbildung zu verhelfen, sondern es spielen vielmehr emotionale und bisweilen irrationale Gründe eine Rolle. Die Stimmabgabe ist weniger ein Zeichen für die eine Partei als ein Zeichen gegen die anderen Parteien.

In einer Analyse über die Bundestagswahl kommen Schwarzbözl und Fatke (2016) allerdings nicht zum Ergebnis einer klaren Protestwahl. Zwar sind die Wähler der AfD überdurchschnittlich politikverdrossen und auf der sozioökonomischen Dimension inkohärent ausgerichtet, auf der kulturellen Konfliktdimension sind sie jedoch sehr kohärent. Dies lässt die Autoren schlussfolgern, „dass es sich bei der AfD keinesfalls um eine reine Protest- oder „catch-all“-Partei handelt“ (Schwarzbözl/Fatke 2016: 291). Mit Blick auf die Europawahl zeigen Wagner et al. (2015) auf ähnliche Weise, dass bei den Wählern der AfD von inhaltlich motivierten Wahlentscheidungen und nicht von vorwiegend Protestwahlmotiven gesprochen werden kann.



Die Erklärung hierfür könnte sein, dass die AfD auf der kulturellen Konfliktachse eine Position besetzen konnte, die von anderen Parteien nicht abgedeckt wird. „Die üblicherweise kontroversen Fragen über Einwanderung und europäische Integration [scheinen] die Wählerschaft der AfD eher zu einen“ (Schwarzbözl/Fatke 2016: 286). Dies deckt sich auch mit Studien über rechtspopulistische und rechtsradikale Parteien in anderen Ländern, die zu dem Ergebnis kommen, dass solche Parteien nicht einfach nur gewählt werden, um den etablierten Parteien einen „Denkzettel“ zu verpassen, sondern aufgrund ihrer Positionen (Ivarsflaten 2008; vgl. Spier 2010: 98–99; Wagner et al. 2015). Allerdings finden sich auch in diesen Analysen Motive einer Protestwahl, in einigen Ländern lassen sich rechtspopulistische Erfolge sogar allein durch Protestwahlmotive erklären.

Da die Landtagswahlen als „second-order elections“ (Reif/Schmitt 1980), also als Nebenwahlen betrachtet werden können, die von Wählern als weniger bedeutend angesehen werden als nationale Wahlen, lässt sich einerseits argumentieren, dass hier ein höheres Protestwahlpotential besteht als bei der Bundestagswahl. Andererseits kann die Europawahl als Wahl dritter Ordnung angesehen werden, der noch weniger Bedeutung zukommt als den Landtagswahlen (Langer et al. 2013: 454; 467). Da selbst bei der Europawahl inhaltlich motivierte Wahlentscheidungen getroffen wurden, lässt sich davon ausgehen, dass dies auch bei den Landtagswahlen der Fall war.

Ebenso wird nicht erwartet, dass sich im zeitlichen Verlauf bei den Wählern eine zunehmende Protestorientierung finden lässt. Gerade aufgrund der Tatsache, dass die AfD bei jeder Landtagswahl seit 2014 den Einzug ins Parlament geschafft hat, macht erwartbar, dass Wähler aufgrund von Inhalten die AfD wählen. Zudem gehen Wähler mit jedem Einzug der AfD in ein Landesparlament eher davon aus, dass die AfD auch bei ihnen den Einzug schafft, weil die AfD eben kein kurzzeitiges Phänomen ist und sie damit nicht befürchten müssen, dass ihre Stimme „verloren“ ist, weil die AfD an der Sperrklausel scheitert. Für Protestwähler sollte die Überlegung dagegen unbedeutend sein, ob ihre Stimme auch zu einem Sitz im Parlament verhilft oder nicht, geht es ihnen doch eher um die Signalwirkung an andere Parteien. Zum anderen kann die AfD als junge Partei mit der Zeit ihr Profil schärfen und damit klarer potentielle Wähler ansprechen. Folglich lautet die erste Hypothese zur Wählerschaft der AfD:

*H1: Die AfD wird in den Landtagswahlen nicht allein aus Protestorientierung, sondern aufgrund von Inhalten gewählt.*

Neben der Auseinandersetzung mit den Motiven der Wahl wird sich auch mit soziodemographischen und Einstellungsmerkmalen der AfD-Wähler befasst (Häusler 2014; Schmitt-Beck 2014, 2016; Brähler et al. 2016; Berbuir et al. 2015; Niedermayer/Hofrichter 2016; Kroh/Fetz 2016; Schwarzbözl/Fatke 2016; Krause et al. 2015). So zeigt sich, dass die AfD deutlich häufiger von Männern und eher von jüngeren Personen gewählt wird. Auf der Links-Rechts-Dimension ordnen sich AfD-Wähler eher weiter rechts ein und in Bezug auf Einwanderungsthemen sind AfD-Wähler für eine restriktivere Politik, sie sehen sich auf der kulturellen Dimension also näher am nationalstaatlich-autoritären Pol. Des Weiteren ist die Anhängerschaft der AfD unzufriedener mit der Politik und parteiverdrossener als andere Wähler. Daran anschließend finden sich bei AfD-Anhängern überdurchschnittlich häufig rechtspopulistische sowie rechtsextreme Einstellungen – insbesondere im Zeitverlauf –, wenngleich der überwiegende Teil der Wähler nicht als rechtsextrem bezeichnet werden kann. Auch waren sich AfD-Wähler sicherer, dass die Partei den Einzug in das Parlament schafft.

Ein weniger klares Bild ergibt sich allerdings hinsichtlich der Bildung und Erwerbstätigkeit der AfD-Wählerschaft. So finden sich Ergebnisse für eine über- (Berbuir et al. 2015) als auch eine unterdurchschnittliche (Brähler et al. 2016) Bildung der Wählerschaft, aber auch Ergebnisse, dass die Bildung keinen Effekt auf die Wahlentscheidung für die AfD hat (Schmitt-Beck 2014, 2016). Arbeitslose scheinen in der AfD-Wählerschaft unterrepräsentiert zu sein – wobei die Analyse auf Makroebene von (Botsch et al. 2015) hier die gegenteilige Wirkung nahelegt –, Arbeiter dagegen eher zur AfD zu neigen, wobei Schmitt-Beck (2014, 2016) auch hier keinen Einfluss dieser beruflichen Kategorisierung auf die Wahlentscheidung feststellen kann. AfD-Wähler scheinen aber insgesamt die eigene und allgemeine wirtschaftliche Situation prospektiv schlechter einzuschätzen als andere Wähler. Während Schmitt-Beck (2014, 2016) hier einen signifikanten Einfluss einer negativen Einschätzung der zukünftigen, allgemeinen Wirtschaftslage feststellt, können Schwarzbözl und Fatke (2016) dies nicht bestätigen.

Sollte es der Fall sein, dass eine negative Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung die Wahrscheinlichkeit der AfD-Wahl erhöht, so spricht dies dafür, dass die AfD eher von Modernisierungsverlierern gewählt wird (Decker/Lewandowsky 2012). Zusammenfassen lässt sich die Theorie der Modernisierungsverlierer wie folgt. Ökonomischer, kultureller und politischer Wandel in Industriegesellschaften führen dazu, dass „objektive oder zumindest subjektiv wahrgenommene ökonomische Marginalisierung, drohender Status- und Prestigeverlust sowie soziale Exklusion [...] auf das Individuum ein[wirken und] zu Handlungsunsicherheiten, Ohnmachts- und Vereinzelungserfahrungen und schlussendlich zur Ausbildung rechtsaffiner Einstellungsmuster [führen]“ (Spier 2010: 17). Hieraus entsteht die Nachfrage nach entsprechenden Politikangeboten, welche insbesondere von rechtspopulistischen Parteien bedient wird, die eine scheinbare Antwort geben auf das Gefühl vieler, dass es „bergab“ geht (Elchardus/Spruyt 2016: 116). Die herkömmlichen Arbeiterparteien, die von den betroffenen Personen früher gewählt wurden, sind dagegen wohl nicht mehr die „richtige Wahl“. Es geht also weniger um die objektive (wirtschaftliche) Lage, als um eine subjektive Einschätzung.

Die These der Modernisierungsverlierertheorie, die den Erfolg rechtspopulistischer Parteien erklären soll, ist demnach folgende: Die Globalisierungsprozesse auf Makroebene schaffen beim Individuum Deprivationsgefühle, die bei Modernisierungsverlierern zusammen mit rechtsaffinen Einstellungen schließlich zu einer Wahl rechtspopulistischer Parteien führen. Entsprechend lautet die zu prüfende These im Hinblick auf die AfD:

*H2: Die Wahlerfolge der AfD in den Landtagswahlen lassen sich dadurch erklären, dass sie insbesondere von Modernisierungsverlierern gewählt wurde.*

## **2. Daten und Operationalisierung**

Zur Analyse der Wählerschaft und der Überprüfung der Hypothesen wird auf die Daten der Befragungen zu den Landtagswahlen im Rahmen der German Longitudinal Election Study (GLES) zurückgegriffen. In den 16 Tagen direkt vor den einzelnen Landtagswahlen wurden in Landtagswahl-Boosts jeweils etwa 500 Personen im Rahmen eines Langfrist-Online-Trackings befragt. Die Grundgesamtheit bilden hierbei

Personen ab 18 Jahren, die in dem jeweiligen Bundesland leben und mindestens einmal wöchentlich das Internet nutzen. Die Auswahl der Befragten aus der Grundgesamtheit erfolgte auf der Basis eines vorab erstellten Quotenplans (Geschlecht, Alter, Bildung).<sup>26</sup> Leider liegen für die Landtagswahlen in Bremen und Hamburg 2015 sowie in Berlin 2016 keine Daten vor, da die Stadtstaaten aus den Untersuchungen der GLES ausgeschlossen wurden, weil „die Erfüllung der methodischen Standards hinsichtlich Repräsentativität der Stichprobe“ hier nicht garantiert werden konnten.<sup>27</sup> Dementsprechend werden im Nachfolgenden nur die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg 2014 sowie in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern 2016 analysiert.

Für die Analyse wurden alle Befragten eingeschlossen, die angegeben hatten, dass sie bestimmt, wahrscheinlich oder vielleicht zur Wahl gehen, und sich auch schon entschieden hatten, welche Partei sie wählen wollen sowie jene, die bereits per Briefwahl abgestimmt hatten. Der Ausschluss aus der Analyse von Personen, die sich noch nicht für eine Partei entschieden hatten, hat methodische Gründe. Würde man diese Personen mit in die Analyse mit aufnehmen, würde das die Zahl der Nicht-AfD-Wähler im Ergebnis deutlich steigern, wodurch diese Gruppe überschätzt werden würde, da sich in ihr relativ wahrscheinlich auch spätere AfD-Wähler befinden. Die Analyse würde damit verfälscht werden.

Zur Analyse wurde entsprechend eine Dummy Variable „AfD Wähler“ gebildet, die den Wert 1 hat, wenn Personen angegeben haben, dass sie beabsichtigen bei der Landtagswahl für die AfD zu stimmen oder dies per Briefwahl bereits gemacht haben. Für Personen, die sich für eine andere Partei entschieden haben, ist der Wert entsprechend 0. Des Weiteren wurde eine Dummy Variable „Geschlecht“ gebildet, mit dem Wert 0 für Männer und 1 für Frauen.

Für das Alter wurde eine metrische Variable gebildet, indem vom Wahljahr das Geburtsjahr abgezogen wurde. Dieses wurde um den Wert 44 zentriert, dem Durchschnittsalter in Deutschland<sup>28</sup>, um berechnen zu können, ob eine Abweichung von

---

<sup>26</sup> Für weiterführende Informationen siehe Schmitt-Beck et al. (2010) sowie die Homepage des GLES-Projekts (<http://gles.eu>).

<sup>27</sup> Antwort auf Nachfrage des Autors bei Sigrid Roßteutscher.

<sup>28</sup> Vgl. [https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/Durchschnittsalter\\_Zensus.html](https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/Durchschnittsalter_Zensus.html).

dem Mittelwert einen signifikanten Einfluss hat. Der niedrigste mögliche Wert ist demnach -26.

Für die Messung des Bildungsniveaus wurde eine metrische Variable mit den Werten 0, 1 und 2 gebildet. Hierbei wurde sich an den International Standard Classification of Education 1997 (ISCED-97) orientiert.<sup>29</sup> Die Level 1 und 2 wurden hierbei als 0 kodiert und stehen damit für ein niedriges Bildungsniveau, die Level 3 und 4 wurden als 1 kodiert und stehen für ein mittleres Bildungsniveau und die Level 5 und 6 wurden als 2 kodiert und stehen für ein hohes Bildungsniveau.

Die Befragten konnten sich zudem anhand einer Skala auf der Links-Rechts-Achse von 1 (links) bis 11 (rechts) einordnen. Auch hier wurde eine metrische Variable erstellt, die um die Mitte (6) zentriert wurde, um eine leichtere Betrachtung zu ermöglichen, ob die AfD-Wähler deutlich vom Mittelwert abweichen. Die Werte liegen entsprechend zwischen -5 und 5.

Die Variable zur Positionsbestimmung der Befragten auf der libertär-autoritären Dimension wurde dagegen mit dem Wertebereich von 1 (Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten erleichtert werden) bis 11 (Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten eingeschränkt werden) direkt aus dem Datensatz übernommen und nicht zentriert. Sie konnte nur für die deskriptive Statistik verwendet werden, da sie bei der Regressionsanalyse zu stark mit anderen Variablen korreliert. Das Gleiche gilt für die Variable zur Aufnahme von Flüchtlingen, die für die Befragungen zu den Landtagswahlen 2016 vorhanden ist, auch sie korreliert zu stark mit anderen Variablen und findet sich daher nur in der deskriptiven Statistik. Sie ist eine Dummy Variable, die den Wert 1 hat, wenn Befragte angaben, dass Deutschland weniger Flüchtlinge aufnehmen soll als bisher, und den Wert 0 für die Antworten genauso viele wie bisher oder mehr Flüchtlinge.

Des Weiteren wurde eine Dummy Variable zur Arbeitslosigkeit gebildet mit dem Wert 1 für erwerbslose Personen und 0 für alle anderen. Auch wurde eine Dummy Variable für Arbeiter gebildet mit dem Wert 1 für Beschäftigte, die ihren Beruf der Antwortkategorie „Arbeiter“ zugeordnet haben, und dem Wert 0 für alle Beschäftigten, die anderweitig tätig sind. Die Fallzahl für beide Variablen ist jedoch zu gering, sodass

---

<sup>29</sup> Siehe für genauere Informationen Baumann/Schulz 2015: 103–105.

sie nur für die deskriptive Statistik, nicht für die Regressionsanalyse verwendet werden konnten.

Zur Prüfung, ob Protestwahl- oder inhaltliche Motive die Wahl der AfD erklären, wurden mehrere Variablen herangezogen: Die Unzufriedenheit mit den Volksparteien, die Unzufriedenheit mit der Demokratie, die Frage nach dem wichtigsten politischen Problem, der Partei mit der größten Problemlösungskompetenz für jenes Problem, die Parteiidentifikation sowie die Erwartung, ob die AfD in das Parlament einziehen wird.

Für die Messung der Unzufriedenheit mit den Volksparten wurde eine Dummy Variable erstellt, die den Wert 1 annimmt, wenn die Befragten sowohl die CDU als auch die SPD auf einer Skala von -5 (halte überhaupt nichts von der Partei) bis 5 (halte sehr viel von der Partei) jeweils mit einem negativen Wert bedachten. Die Variable hat entsprechend den Wert 0, wenn die Befragten eine oder beide Parteien mit einem positiven Wert oder 0 bewerteten. Da die Fallzahl hier jedoch zu gering war, konnte die Variable nicht in die Regression mit aufgenommen werden.

Ebenso wurde eine Dummy Variable zur Demokratieunzufriedenheit gebildet. Sie hat den Wert 1, wenn die Befragten angaben, sehr unzufrieden oder unzufrieden mit der Demokratie zu sein, und den Wert 0, wenn die Befragten angaben, sehr zufrieden, zufrieden oder teils zufrieden, teils unzufrieden mit der Demokratie zu sein. Diese Variable wurde einmal für die Zufriedenheit auf Bundesebene und einmal für die Zufriedenheit auf Landesebene erstellt. Die Demokratieunzufriedenheit dient als Indikator für eine Protestwahl.

Die Befragten hatten die Möglichkeit anzugeben, was sie als das wichtigste politische Problem ansehen. Hieraus wurde eine Dummy Variable zu Asyl als wichtigstes Problem gebildet, die den Wert 1 annimmt, wenn Befragte Asyl als wichtigstes Problem angaben und den Wert 0, wenn sie ein anderes Problem wichtiger fanden. Auch diese Variable wurde sowohl auf Bundes- als auch Länderebene erstellt. Sollte das Asylproblem einen signifikanten Einfluss auf die Wahl haben, dient dies als Anzeichen dafür, dass die AfD aus inhaltlichen Gründen gewählt wurde.

Hieran anschließend wurden die Befragten gebeten, anzugeben, welche politische Partei ihrer Meinung nach das von ihnen genannte wichtigste politische Problem am besten zu lösen vermag. Es gab die Möglichkeit eine Partei zu nennen, keiner Partei die Problemlösungskompetenz zuzusprechen oder allen Parteien gleichermaßen. Hieraus

wurde eine Dummy Variable erstellt, ob die Problemlösungskompetenz bei der AfD gesehen wurde – wieder sowohl für Bundes- als auch Landesebene – mit den Werten 1 für ja und 0 für nein. Zusätzlich wurde auch eine Dummy Variable gebildet, ob die Befragten bei keiner Partei die Problemlösungskompetenz sehen (1=keine Partei, 0=andere Antwort). Sollte die Wahlentscheidung dadurch beeinflusst werden, dass die AfD als Problemlöser gesehen wird, deutet dies auf eine inhaltliche Wahl hin. Der Einfluss der Variable „keine Partei als Problemlöser“ dagegen deutet auf eine Protestwahl hin. Weiter wurde eine Dummy Variable zur Parteiidentifikation mit der AfD (1=vorhanden, 0=keine Identifikation mit AfD) gebildet. Auch diese dient als Indikator für inhaltliche Wahlmotive.

Zudem wurde eine Dummy Variable gebildet, ob die Befragten glauben, dass die AfD den Einzug in das Parlament schafft. Sie hat den Wert 1, wenn Personen antworteten, dass dies bestimmt oder wahrscheinlich der Fall ist, und den Wert 0, wenn mit vielleicht, wahrscheinlich nicht oder bestimmt nicht geantwortet wurde. Auch diese Variable ist ein Zeichen für inhaltliche Wahl, da Protestwähler aus rationalistischer Sicht nur ein Signal an die anderen Parteien senden wollen, dass sie mit deren Politik nicht einverstanden sind. Ihnen sollte es dabei aber egal sein, ob die Partei, der sie ihre Stimme geben, eine Chance auf den Einzug in das Parlament hat. Liegen inhaltliche Wahlmotive vor, spielt dagegen die Einzugswahrscheinlichkeit eine große Rolle, weil ein rationaler Wähler seine Stimme nicht „verlieren“ möchte und bei einer unsicheren Einzugswahrscheinlichkeit seine Stimme dann lieber einer anderen Partei gibt, die inhaltlich ähnliche Politikangebote bereitstellt aber relativ sicher auch im Parlament vertreten sein wird.

Für die Analyse wurde außerdem eine Dummy Variable erstellt, die angibt, ob Befragte keine Verbundenheit mit der Europäischen Union fühlen, um europakritische Haltungen zu erfassen. Sie hat den Wert 1, wenn Personen angaben, sich überhaupt nicht mit der EU verbunden zu fühlen, den Wert 0, wenn Personen angaben, sich mit der EU wenig verbunden, verbunden oder stark verbunden zu fühlen. Die Fallzahlen der nicht mit der EU-verbundenen Personen sind hierbei zu gering, um die Variable in die Regression mit einbeziehen zu können, sodass sie nur in der deskriptiven Statistik verwendet werden kann. Andere Variablen, die sich zur Messung von Wahlmotiven des Euroskeptizismus eignen könnten, finden sich im Datensatz nicht.

Zur Überprüfung der Modernisierungsverliererthese wurde die Einschätzung der Wirtschaftslage, die Angst vor Stellenverlust sowie die Sorge über die Flüchtlingskrise herangezogen. Für die wirtschaftliche Einschätzung wurden hierbei drei Dummy Variablen gebildet, einmal für die prospektive Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage, einmal für die prospektive Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Deutschland und einmal für die prospektive Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage im Bundesland. Es wurde jeweils nach der erwarteten Situation ein Jahr später gefragt. Die Dummy Variablen haben jeweils den Wert 1, wenn Befragte erwarteten, dass die Lage schlechter oder wesentlich schlechter sein wird, und den Wert 0, wenn Befragte erwarteten, dass die Lage gleich gut, besser oder wesentlich besser sein wird.

Des Weiteren wurde die metrische Variable zur Sorge über die Flüchtlingskrise mit in die Analyse aufgenommen (allerdings liegt diese Variable nur für die Landtagswahlen 2016 vor). Befragte sollten angeben, wie viel Angst ihnen die Flüchtlingskrise auf einer Skala von 1 (überhaupt keine) bis 7 (sehr große) macht. Sollte sich ein Einfluss auf die Wahl der AfD feststellen lassen, ist dies ein Anzeichen dafür, dass Gefühle der relativen Deprivation vorliegen, die zur Wahl der AfD führen.

Außerdem wurde eine Dummy Variable zur Angst vor einem Stellenverlust gebildet, die den Wert 1 hat, wenn Befragte angaben, Angst zu haben, die Stelle wechseln zu müssen oder sie ganz zu verlieren oder Angst vor beidem haben, und den Wert 0, wenn keine Angst vorlag. Da diese Frage von sehr vielen nicht beantwortet wurde (teilweise über ein Viertel der Befragten), kann diese Variable nicht in die Regression mit aufgenommen werden.

Im Folgenden werden erst die deskriptiven Statistiken vorgestellt, bevor in einem zweiten Schritt die Ergebnisse der Regressionsanalyse präsentiert werden. Die Wahl eines geeigneten Verfahrens ist grundsätzlich abhängig vom Messniveau der abhängigen Variable. Da die abhängige Variable die Wahlentscheidung für die AfD ist, also eine dichotome Variable, wurde ein binomiales Logit-Modell für die Analyse verwendet. Alle Berechnungen wurden mit Stata durchgeführt.



### 3. Ergebnisse

Wie sich die Wählerschaft der AfD zur Wählerschaft der anderen Parteien unterscheidet, wird anhand der nachfolgenden Tabellen gezeigt. Es gilt dabei zu beachten, dass das Alter um den Wert 44 zentriert wurde. Das Durchschnittsalter einer Personengruppe erhält man entsprechend, indem man den Mittelwert zu 44 addiert. Des Weiteren ist festzuhalten, dass der Anteil der AfD-Wähler in der Befragung nicht exakt dem Anteil der Personen entspricht, die auch tatsächlich für die AfD gestimmt haben. So ist der Anteil der AfD-Wähler in den GLES Daten zu hoch in Sachsen (15,0 % zu 9,7 % real) und Baden-Württemberg (16,7 % zu 15,1 %) und zu niedrig in Brandenburg (11,0 % zu 12,2 %), Thüringen (10,1 % zu 10,6 %), Sachsen-Anhalt (18,9 % zu 24,3 %), Rheinland-Pfalz (10,4 % zu 12,6 %), und Mecklenburg-Vorpommern (14,3 % zu 20,8 %). Die Unterschätzung der Wählerschaft in fünf von sieben Fällen kann zum einen ein Hinweis darauf sein, dass soziale Erwünschtheit bei den Befragten eine Rolle gespielt hat, zum anderen aber auch darauf, dass AfD-Wähler erst relativ spät entscheiden, ihre Stimme der AfD zu geben (Schmitt-Beck 2014). Auf jeden Fall wird so die Entscheidung, noch nicht entschlossene Wähler nicht zu den Nicht AfD-Wählern zu zählen, sondern aus der Analyse heraus zu lassen, bekräftigt.

Aufgrund der Masse an Daten wird nicht für alle Bundesländer die deskriptive Statistik detailliert wiedergegeben. Im Folgenden wird exemplarisch an der Landtagswahl in Sachsen 2014 demonstriert, wie die Werte zu lesen sind. Anschließend gibt eine weitere Tabelle einen Überblick über die Merkmale der AfD-Wählerschaft in den anderen Bundesländern. Die detaillierten deskriptiven Statistiken finden sich im Anhang.

Wie aus Tabelle 11 erkennbar wird, besteht die Wählerschaft der AfD bei der Landtagswahl in Sachsen 2014 zu 47,5 % aus Frauen und setzt sich somit überdurchschnittlich aus Männern zusammen. Die AfD-Wähler in Sachsen sind mit 47,3 Jahren im Durchschnitt etwas älter als der durchschnittliche sächsische Nicht AfD-Wähler, der 44,3 Jahre alt ist, und sie sind geringfügig schlechter gebildet. AfD-Wähler positionieren sich im Schnitt rechts der Mitte – und damit deutlich weiter rechts als die anderen Wähler, die sich links der politischen Mitte finden – und sie sind auf der libertär-autoritären Dimension deutlich näher am autoritären Pol, wobei sich auch die anderen Wähler mit einem Durchschnitt von 6,7 Punkten nicht ganz in der Mitte finden,

Die AfD und die Parteiensysteme der deutschen Bundesländer

Variable	alle Wähler		Nicht AfD-Wähler		AfD-Wähler	
	Obs	Mean	Obs	Mean	Obs	Mean
AfD-Wähler (0=nein / 1=ja)	408	0,150	347	0	61	1
Geschlecht (0=m / 1=w)	408	0,505	347	0,510	61	0,475
Alter (zentriert um 44)	408	0,745	347	0,326	61	3,131
Bildung (0=niedrig - 2=hoch)	406	1,325	345	1,342	61	1,230
Links-Rechts-Positionierung (-5=links - 5=rechts)	384	-0,958	325	-1,185	59	0,288
Position Libertär-autoritäre (1=libertär - 11=autoritär)	395	7,018	336	6,720	59	8,712
Arbeitslosigkeit (0=nein / 1=ja)	408	0,042	347	0,046	61	0,016
Arbeiter (0=nein / 1=ja)	408	0,115	347	0,104	61	0,180
Unzufriedenheit mit Volksparteien (0=nein / 1=ja)	408	0,105	347	0,081	61	0,246
Unzufriedenheit mit Demokratie (Bund) (0=nein / 1=ja)	402	0,139	341	0,114	61	0,279
Unzufriedenheit mit Demokratie (Land) (0=nein / 1=ja)	407	0,093	346	0,084	61	0,148
wichtigstes Problem: Asyl (Bund) (0=nein / 1=ja)	369	0,041	309	0,039	60	0,050
wichtigstes Problem: Asyl (Land) (0=nein / 1=ja)	346	0,035	290	0,038	56	0,018
Problemlösungskompetenz AfD (Bund) (0=nein / 1=ja)	369	0,079	309	0,016	60	0,400
Problemlösungskompetenz AfD (Land) (0=nein / 1=ja)	369	0,157	309	0,152	60	0,183
Problemlösungskompetenz keine Partei (Bund) (0=nein / 1=ja)	344	0,058	288	0,007	56	0,321
Problemlösungskompetenz keine Partei (Land) (0=nein / 1=ja)	344	0,113	288	0,122	56	0,071
Parteiidentifikation AfD (0=nein / 1=ja)	408	0,056	347	0	61	0,377
Einzug der AfD ins Parlament (0=nein / 1=ja)	401	0,369	340	0,294	61	0,787
Keine Verbundenheit mit EU (0=nein / 1=ja)	408	0,007	347	0,006	61	0,016
Eigene wirtschaftliche Lage prospektiv (0=gut / 1=schlecht)	407	0,143	346	0,136	61	0,180
Allgemeine wirtschaftliche Lage prospektiv (Bund) (0=gut / 1=schlecht)	407	0,224	346	0,202	61	0,344
Allgemeine wirtschaftliche Lage prospektiv (Land) (0=gut / 1=schlecht)	407	0,071	346	0,066	61	0,098
Angst vor Stellenverlust (0=nein / 1=ja)	277	0,209	236	0,212	41	0,195

**Tabelle 11:** Mittelwerte der Variablen für die Wählerschaft bei der Landtagswahl in Sachsen 2014  
(Quelle: GLES ZA5738; eigene Berechnung)

sondern etwas näher am autoritären Ende. Unter den AfD-Wählern finden sich unterdurchschnittlich viele Arbeitslose, aber überdurchschnittlich viele Arbeiter.

24,6 % der AfD-Wähler sind unzufrieden mit den beiden Volksparten CDU und SPD im Vergleich zu 8,1 % der Wähler anderer Parteien. Auch mit der Demokratie in Deutschland sowie in Sachsen sind die AfD-Wähler wesentlich unzufriedener. Der Anteil der AfD-Wähler, die das Asylproblem als wichtigstes politische Problem auf Bundesebene beschreiben, ist geringfügig höher als der Anteil bei den anderen Parteien, auf Landesebene ist dies umgekehrt. Während 40,0 % der AfD-Wähler meinen, dass die AfD das von ihnen genannte wichtigste Problem in Deutschland am besten lösen kann, glauben dies nur 1,6 % der Wähler anderer Parteien. Für das als wichtigstes bezeichnete politische Problem in Sachsen ist der Unterschied dagegen wesentlich geringer. 18,3 % der AfD-Wähler sehen hier die Problemlösungskompetenz bei der AfD im Vergleich zu 15,2 % der restlichen Wählerschaft. Keine Partei als geeignet zur Problemlösung auf Bundesebene sehen nur 0,7 % der Nicht-AfD-Wähler, unter den AfD-Wählern ist dieser Anteil dagegen bei 32,1 %. Auf Landesebene ist es dagegen umgekehrt, hier sehen die AfD-Wähler unterdurchschnittlich oft keine Partei zur Problemlösung befähigt.

37,7 % der sächsischen AfD-Wähler geben an, dass sie sich mit der AfD identifizieren, dagegen identifiziert sich kein einziger anderer Wähler mit der AfD. Auch hielten es 78,7 % der AfD-Wähler für sicher oder zumindest wahrscheinlich, dass die AfD den Einzug in den Landtag schafft, von den restlichen Wählern waren nur 29,4 % dieser Einschätzung. Es finden sich insgesamt kaum Personen, die sich überhaupt nicht mit der Europäischen Union verbunden fühlen, es sind unter den AfD-Wähler 1,6 %, unter den restlichen Wählern 0,6 %.

18,0 % der AfD-Wähler schätzen ihre wirtschaftliche Lage in einem Jahr schlechter ein, unter den restlichen Wählern sind es 13,6 %. Die prospektive allgemeine wirtschaftliche Lage in Deutschland wird von einem deutlich höheren Anteil der AfD-Wähler negativ eingeschätzt, hier sind es 34,4 % im Vergleich zu 20,2 % anderer Wähler, und auch für die Wirtschaftslage in Sachsen wird von den AfD-Wählern überdurchschnittlich eine schlechte Entwicklung erwartet. Angst, die eigene Stelle zu verlieren oder wechseln zu müssen, haben AfD-Wähler dagegen leicht unterdurchschnittlich häufig.

Die Ergebnisse zur Wählerschaft der AfD in Sachsen sind damit zum Großteil im Einklang mit der bisherigen Forschung. Unter den Wählern befinden sich überdurchschnittlich viele Männer und Personen, die mit der Demokratie und den (Volks-)Parteien unzufrieden sind. Sie positionieren sich auf der Links-Rechts-Achse weiter rechts als der Durchschnitt (und rechts von der Mitte) und sind auch autoritärer eingestellt bzw. wollen restriktivere Flüchtlingspolitik. Es wählen überproportional viele Arbeiter und unterdurchschnittlich viele Arbeitslose die AfD. Auch waren ein größerer Anteil der AfD-Wähler überzeugt, dass die AfD den Einzug in den Landtag schafft. Auch die negativere Einschätzung der Wirtschaftsentwicklung deckt sich mit bisherigen Ergebnissen.

Es stellt sich die Frage, ob sich diese Merkmale über alle Bundesländer hinweg finden lassen oder es länderspezifische oder Ost-West spezifische Unterschiede gibt. Auch von Interesse ist, ob sich eine Veränderung der Wählerschaft über die Zeit findet. Tabelle 12 gibt hierfür die Mittelwerte der einzelnen Variablen für die AfD-Wähler aus allen sieben untersuchten Bundesländer wieder. Zusätzlich gibt sie an, ob dieser Wert im Vergleich zu den Wählern der anderen Parteien im jeweiligen Bundesland höher oder geringer ausfällt.

Hinsichtlich des Geschlechts bestätigen sich die bisherigen Ausführungen. Die AfD wird in allen Bundesländern mehr von Männern als von Frauen gewählt. Auffällig ist, dass der Anteil der Männer bei den Landtagswahlen 2016 durchweg höher ist als bei den Wahlen 2014, wobei er in Rheinland-Pfalz einen Höchstwert von 71,4 % erreicht.

Im Hinblick auf das Alter findet sich dagegen kein einheitliches Bild. In Thüringen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ist das Durchschnittsalter der AfD-Wähler geringer als das der restlichen Wähler, in den anderen Bundesländern dagegen höher. Ob dies einen Ost-West Unterschied darstellt und Thüringen dabei einen Sonderfall darstellt, ist ungewiss und müsste anhand anderer Daten überprüft werden.

Bei der Betrachtung der Bildung zeigt sich, dass die AfD-Wählerschaft in allen Bundesländern außer Mecklenburg-Vorpommern etwas schlechter gebildet ist. Der Unterschied in Mecklenburg-Vorpommern zwischen den AfD-Wählern und den Wählern der anderen Parteien ist jedoch marginal. Entsprechend scheint die Wählerschaft der AfD insgesamt unterdurchschnittlich hoch gebildet zu sein.

	<b>Sachsen 2014</b>	<b>Brandenburg 2014</b>	<b>Thüringen 2014</b>	<b>Baden- Württemberg 2016</b>	<b>Sachsen- Anhalt 2016</b>	<b>Rheinland- Pfalz 2016</b>	<b>Mecklenburg- Vorpommern 2016</b>
Geschlecht (0=m / 1=w)	0,475 geringer	0,478 geringer	0,450 geringer	0,420 geringer	0,286 geringer	0,341 geringer	0,311 geringer
Alter (zentriert um 44)	3,131 höher	3,761 höher	-1,075 geringer	-1,580 geringer	3,974 höher	-0,227 geringer	3,279 höher
Bildung (0=niedrig - 2=hoch)	1,230 geringer	1,256 geringer	1,225 geringer	1,239 geringer	1,171 geringer	1,318 geringer	1,426 höher
Links-Rechts-Positionierung (-5=links - 5=rechts)	0,288 höher	0,273 höher	0,056 höher	1,186 höher	0,640 höher	1,349 höher	0,712 höher
Position Libertär-Autoritär (1=libertär - 11=autoritär)	8,712 höher	9,239 höher	8,825 höher	9,818 höher	10,093 höher	9,795 höher	9,700 höher
Flüchtlingsaufnahme (0=gleich oder mehr / 1=weniger)	/	/	/	0,985 höher	1 höher	0,977 höher	0,983 höher
Arbeitslosigkeit (0=nein / 1=ja)	0,016 geringer	0,087 höher	0,025 geringer	0,029 höher	0,052 höher	0,045 höher	0 geringer
Arbeiter (0=nein / 1=ja)	0,180 höher	0,087 höher	0,250 höher	0,275 höher	0,208 höher	0,182 höher	0,131 höher
Unzufriedenheit mit Volksparteien (0=nein / 1=ja)	0,246 höher	0,304 höher	0,175 höher	0,551 höher	0,558 höher	0,636 höher	0,557 höher
Unzufriedenheit mit Demokratie (Bund) (0=nein / 1=ja)	0,279 höher	0,326 höher	0,350 höher	0,493 höher	0,649 höher	0,636 höher	0,525 höher
Unzufriedenheit mit Demokratie (Land) (0=nein / 1=ja)	0,148 höher	0,217 höher	0,225 höher	0,269 höher	0,421 höher	0,512 höher	0,213 höher
wichtigstes Problem: Asyl (Bund) (0=nein / 1=ja)	0,050 höher	0,070 höher	0,114 höher	0,813 höher	0,635 höher	0,651 geringer	0,483 höher

wichtigstes Problem: Asyl (Land) (0=nein / 1=ja)	0,018 geringer	0,073 höher	0 geringer	0,772 höher	0,431 höher	0,571 höher	0,055 geringer
Problemlösungskompetenz AfD (Bund) (0=nein / 1=ja)	0,400 höher	0,395 höher	0,389 höher	0,594 höher	0,527 höher	0,581 höher	0,607 höher
Problemlösungskompetenz AfD (Land) (0=nein / 1=ja)	0,183 höher	0,302 höher	0,343 höher	0,483 höher	0,478 höher	0,512 höher	0,246 höher
Problemlösungskompetenz keine Partei (Bund) (0=nein / 1=ja)	0,321 höher	0,357 höher	0,361 höher	0,281 höher	0,270 geringer	0,372 höher	0,262 höher
Problemlösungskompetenz keine Partei (Land) (0=nein / 1=ja)	0,071 geringer	0,190 höher	0,171 geringer	0,350 höher	0,328 höher	0,341 höher	0,386 höher
Parteiidentifikation AfD (0=nein / 1=ja)	0,377 höher	0,261 höher	0,375 höher	0,348 höher	0,403 höher	0,386 höher	0,295 höher
Einzug der AfD ins Parlament (0=nein / 1=ja)	0,787 höher	0,750 höher	0,769 höher	0,897 höher	0,896 höher	0,909 höher	0,951 höher
Keine Verbundenheit mit EU (0=nein / 1=ja)	0,016 höher	0,022 höher	0 geringer	0,043 höher	0,039 höher	0,023 höher	0,016 höher
Eigene wirtschaftliche Lage prospektiv (0=gut / 1=schlecht)	0,180 höher	0,152 geringer	0,231 höher	0,304 höher	0,338 höher	0,432 höher	0,213 höher
Allgemeine wirtschaftliche Lage prospektiv (Bund) (0=gut / 1=schlecht)	0,344 höher	0,565 höher	0,325 höher	0,594 höher	0,649 höher	0,773 höher	0,500 höher
Allgemeine wirtschaftliche Lage prospektiv (Land) (0=gut / 1=schlecht)	0,098 höher	0,267 höher	0,175 geringer	0,439 höher	0,429 höher	0,568 höher	0,262 höher
Sorge Flüchtlingskrise (1=keine - 7=große Angst)	/	/	/	6,132 höher	5,506 höher	6,273 höher	5,633 höher
Angst vor Stellenverlust (0=nein / 1=ja)	0,195 geringer	0,229 höher	0,235 höher	0,135 höher	0,305 höher	0,152 höher	0,265 höher

**Tabelle 12:** Mittelwerte der Variablen für die AfD-Wählerschaft bei den Landtagswahlen im Vergleich

Geringer/höher gibt an, ob der Wert im Vergleich zu den restlichen Wählern im jeweiligen Bundesland höher oder geringer ist.

(Quelle: GLES ZA5738, ZA5739, ZA5740, ZA5741, ZA5742, ZA5743, ZA5744; eigene Berechnung)

Die AfD-Wähler verorten sich in allen Bundesländern rechts der Mitte und damit auch deutlich rechts der Wähler anderer Parteien, die sich überall links der Mitte einordnen. Über die Zeit findet sich hier keine auffällige Entwicklung, allerdings sind die AfD-Wähler in Ostdeutschland weiter links. Dies spiegelt wieder, dass sich die Wählerschaft in Ostdeutschland insgesamt weiter links positioniert als in Westdeutschland. Auf der libertär-autoritären Konfliktdimension sind die AfD-Wähler wesentlich näher am autoritären Pol zu finden als andere Wähler, die Distanz zum Pol ist 2016 im Vergleich zu 2014 nochmals geringer. Die starke Ausprägung dieser Variable ist jedoch auch methodisch bedingt, da die Messung anhand der Frage geschieht, ob die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erleichtert oder eingeschränkt werden sollten. Die Veränderung im Vergleich zu 2014 lässt sich daher höchstwahrscheinlich auf die hohe Salienz der Flüchtlingsthematik zurückführen. So sind auch fast alle AfD-Wähler der Meinung, dass Deutschland weniger Flüchtlinge aufnehmen sollte als bisher – der Anteil liegt zwischen 97,7 und 100 Prozent.

Im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit spiegelt die Untersuchung die bisherige Unklarheit der Forschung wider. Während in drei Bundesländern der Anteil an Arbeitslosen unter den AfD-Wähler unterdurchschnittlich ist, ist er in vier Bundesländern (davon in beiden westdeutschen) überdurchschnittlich. Klare Rückschlüsse lassen sich hieraus nicht ziehen.

Dagegen bestätigt sich die Erwartung, dass sich Arbeiter unter den AfD-Wähler überproportional häufig finden. Dies ist in allen sieben Bundesländern der Fall.

Darüber hinaus zeigt sich, dass die AfD-Wähler häufiger mit den Volksparteien und der Demokratie auf Bundesebene sowie auf Landesebene unzufrieden sind. Die Werte sind bei den Landtagswahlen 2016 für alle Variablen deutlich höher als noch 2014 – mit Ausnahme der Unzufriedenheit mit der Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern, die sich auf dem Niveau von 2014 bewegt.

Asyl wird überdurchschnittlich häufig von AfD-Wählern als wichtigstes politisches Problem genannt, wobei sich die Nennungen 2016 erheblich steigern, was vermutlich auf die erhöhte Salienz des Themas durch die sogenannte Flüchtlingskrise zurückzuführen ist. Überraschenderweise ist der Anteil von 65,1 % der AfD-Wähler in Rheinland-Pfalz, die auf Bundesebene das Thema Asyl als wichtigstes Problem betrachten, ein unterdurchschnittlicher Wert, da 67,7 % der Wähler der anderen Parteien

dieser Meinung sind. Es zeigt sich, dass das Thema Asyl vor der Flüchtlingskrise noch wesentlich unbedeutender war, insbesondere wurde es kaum als wichtigstes Problem für ein Bundesland gesehen. 2016 ist dies anders, wobei Mecklenburg-Vorpommern hier die Ausnahme macht. Die AfD-Wähler nennen Asyl unterdurchschnittlich häufig als wichtigstes Landesproblem, bei genauerer Betrachtung der Daten zeigt sich, dass sie hier eher wirtschaftliche Aspekte für wichtig erachten.

Wird der Blick auf die Lösungskompetenz gerichtet, sehen die AfD-Wähler häufiger die AfD als kompetent an, das von ihnen genannte Problem zu lösen, als Wähler anderer Parteien. Dieser Effekt zeigt sich sowohl für Bundes- als auch Landesebene und der Zuspruch an Problemlösungskompetenz steigt mit der Zeit auch. Zusätzlich sehen die AfD-Wähler auf Bundesebene häufiger keine Partei zur Lösung befähigt als andere Wähler, wobei 2016 ein kleinerer Teil dieser Meinung sind als noch 2014. Dies lässt sich eventuell dadurch erklären, dass die AfD sich bewiesen hat und nun mehr Personen ihr die Problemlösungskompetenz zusprechen. Für das wichtigste Problem auf Landesebene zeigt sich dagegen, dass 2016 der Anteil unter den AfD-Wählern überdurchschnittlich groß ist, der keine Partei zur Lösung fähig betrachtet.

Der Anteil der Wähler, die sich mit der AfD identifizieren, ist unter AfD-Wähler – wenig überraschend – deutlich höher als unter anderen Wählern. Jedoch ist dieser Anteil über die Zeit relativ konstant, die AfD gewinnt also kaum hinzu. AfD-Wähler haben zudem durchweg häufiger erwartet, dass die AfD in den Landtag einzieht. Außerdem fühlen sich AfD-Wähler überdurchschnittlich oft nicht mehr der EU verbunden. Der Anteil ist jedoch auch unter ihnen sehr gering, was darauf hindeutet, dass die Variable unzureichend geeignet ist, um Euroskeptizismus zu erfassen.

Die Entwicklung der eigenen wirtschaftlichen Lage wird von AfD-Wählern – außer in Brandenburg 2014 – wesentlich häufiger negativ eingeschätzt. Bei der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Deutschland ist die Einschätzung durchgängig überdurchschnittlich schlecht. Auch für wirtschaftliche Entwicklung im Bundesland sind die Erwartungen der AfD-Wähler – außer in Thüringen – überdurchschnittlich negativ. Für alle drei wirtschaftlichen Entwicklungen ist – mit geringfügigen Abweichungen – die Einschätzung der AfD-Wähler 2016 schlechter als noch 2014.

Anknüpfend an die bisherigen Erkenntnisse zur Einstellung der AfD-Wählerschaft zum Thema Flüchtlinge und Asyl lässt sich feststellen, dass ihnen die Flüchtlingskrise auch



überdurchschnittlich große Angst macht. Während die anderen Wähler sich um den Skalenmittelwert 4 positionieren, liegt der Durchschnittswert bei den AfD-Wählern zwischen 5,5 und 6,3. Die ostdeutschen Wähler sind hierbei weniger verängstigt als die westdeutschen.

Schließlich lässt sich festhalten, dass die AfD-Wähler eher Angst hatten, ihre Stelle zu verlieren oder wechseln zu müssen, nur in Sachsen äußerten die Wähler der anderen Parteien häufiger, dass sie Angst hätten. Auch bei dieser Variable lässt sich ein Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland festmachen, allerdings in die umgekehrte Richtung als bei der Flüchtlingskrise. Ein größerer Anteil der AfD-Wähler hat in Ostdeutschland Angst vor einem Stellenverlust als in Westdeutschland.

Im nächsten Schritt soll überprüft werden, inwiefern sich ein Einfluss dieser Merkmale auf die Wahlentscheidung ausmachen lässt. Es wurden hierbei zwei Modelle gebildet, eines mit den Variablen, die sich auf die Bundesebene beziehen, und eines mit den Variablen, die sich auf die Landesebene beziehen. Da diese Variablen untereinander stark korrelieren, konnten sie nicht zusammen in ein Modell aufgenommen werden. Hierbei hat sich gezeigt, dass das Modell mit den Variablen für die Bundesebene in fast allen Bundesländern eine höhere Erklärungskraft hat.<sup>30</sup> Aus Platzgründen werden daher nur diese Modelle interpretiert und die anderen Modelle aus der Betrachtung herausgelassen. Für jedes Bundesland finden sich jedoch je beide Modelle im Anhang.

Wie auch schon bei der deskriptiven Statistik werden an dieser Stelle aus Platzgründen nur die Ergebnisse einer logistischen Regression detailliert vorgestellt. Dabei handelt es sich wieder um die Landtagswahl in Sachsen 2014, da sie die erste Wahl war, in der die AfD in ein Landesparlament eingezogen ist.

Tabelle 13 gibt hierbei die Odds Ratios für die Wahl der AfD in Sachsen an. Es gilt zu beachten, dass hierbei nicht die Wahrscheinlichkeit, sondern die Chancen (engl.: Odds) betrachtet werden. Die Chance ist hierbei als der Quotient aus der Wahrscheinlichkeit, dass ein Ereignis eintritt, und der Wahrscheinlichkeit, dass ein Ereignis nicht eintritt, zu verstehen. Das Odds Ratio ist schließlich das Verhältnis zwischen den Chancen bei einem Anstieg einer unabhängigen Variable um eine Einheit zu den Chancen bei dem

---

<sup>30</sup> Das „Landesmodell“ für Rheinland-Pfalz hat eine Erklärungskraft von 0,764 im Vergleich zu 0,746 beim „Bundesmodell“. Das Landesmodell für Sachsen-Anhalt hat eine Erklärungskraft von 0,551 im Vergleich zu 0,550 beim Bundesmodell. Die Unterschiede sind hier also marginal, während beispielsweise in Thüringen die Erklärungskraft von 0,284 auf 0,473 durch die Verwendung des Bundesmodells stieg.

EQUATION	VARIABLES	AFD
AFD	Geschlecht	1.966 (0.928)
	Alter	1.048** (0.0195)
	Bildung	0.397* (0.205)
	o.Parteiidentifikation AfD	1 (0)
	Unzufriedenheit mit Demokratie (Bund)	1.779 (1.155)
	Problemlösungskompetenz AfD (Bund)	41.91*** (32.89)
	Problemlösungskompetenz keine Partei (Bund)	1.369 (0.814)
	Einzug der AfD ins Parlament	11.08*** (6.018)
	Eigene wirtschaftliche Lage prospektiv	1.227 (0.794)
	Allg. wirtschaftl. Lage prospektiv (Bund)	0.673 (0.378)
	Links-Rechts-Positionierung	1.428*** (0.175)
	wichtigstes Problem: Asyl (Bund)	0.465 (0.658)
	Constant	0.0434*** (0.0365)
	Observations	321
	chi2	88.54
	p	0
	r2_p	0.393
seEform in parentheses		
*** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1		

**Tabelle 13:** Odds Ratios für die Wahl der AfD bei der Landtagswahl in Sachsen 2014 (Bundesmodell)  
(Quelle: GLES ZA5738; eigene Berechnung)

gleichbleibenden Wert der Variable. Das Odds Ratio gibt also an, um welchen Faktor sich die relative Chance, die AfD zu wählen, verändert, wenn sich der Wert der entsprechenden unabhängigen Variable um eine Einheit erhöht. . Die Verwendung von Odds Ratios ist nötig, da sich die Koeffizienten einer logistischen Regression im Gegensatz zu den Odds Ratios nicht so einfach miteinander vergleichen lassen. Werte über 1 geben hierbei einen positiven Effekt an, Werte zwischen 0 und 1 einen negativen

Effekt. Möchte man die Stärke eines negativen und eines positiven Wertes direkt miteinander vergleichen, gilt es den Kehrwert des negativen Wertes zu berechnen.<sup>31</sup>

Betrachten wir die logistische Regression zur Wählerschaft der AfD in Sachsen 2014, so ist als erstes festzuhalten, dass die Variable zur Parteiidentifikation mit der AfD von Stata ausgelassen wurde. Grund hierfür ist, dass sie eine zu starke Kollinearität vorliegt.<sup>32</sup> Insgesamt haben fünf Variablen einen signifikanten Einfluss auf die Wahl der AfD, vier davon einen positiven. Das Pseudo-R<sup>2</sup> hat mit 0,393 einen Wert, der den Schluss zulässt, dass das Modell einige Erklärungskraft besitzt.

Der größte Einflussfaktor auf die Wahlentscheidung für die AfD ist, ob ein Wähler die AfD als Problemlöser für das von ihm als wichtigstes genanntes Problem ansieht. Ist er dieser Meinung, erhöht sich die Chance, dass er AfD wählt, um den Faktor 41,91. Den zweitgrößten Einfluss hat die Einschätzung, ob die AfD den Einzug in das Parlament schafft. Für einen Wähler, der dieser Meinung ist, erhöht sich die Chance die AfD zu wählen, im Vergleich zu Wählern, die sich da nicht sicher sind, um den Faktor 11,08. Das deutet darauf hin, dass die AfD aus inhaltlichen Motiven gewählt wurde, insbesondere da die Indikatoren für eine Protestwahl keine Signifikanz aufweisen. Entsprechend kann H1 für Sachsen als bestätigt angesehen werden.

Zusätzlich lässt sich feststellen, dass die Wahl der AfD durch die Selbstpositionierung auf der Links-Rechts Dimension beeinflusst wird. Ordnet sich ein Wähler eine Einheit weiter rechts von der Mitte ein (Skala von -5 bis +5), erhöht sich seine Chance, die AfD zu wählen, um den Faktor 1,428. Ordnet er sich auf der Skala am ganz rechten Rand an, erhöht sich seine Chance um den Faktor 5,938 ( $1,428^5$ ). Ordnet sich ein Wähler dagegen eine Einheit links von der Mitte ein, verringert sich seine Chance um den Faktor 0,700 ( $1/1,428$ ).

Ebenso hat das Alter einen – wenn auch geringen – positiven Effekt auf die AfD-Wahl. Mit jedem Jahr, dass ein Wähler älter als 44 Jahre ist, erhöht sich seine Chance, die AfD zu wählen, um den Faktor 1,048, mit jedem Jahr, das er jünger ist, verringert es sich dagegen um den Faktor 0,954. Mit steigendem Bildungsniveau verringert sich die Chance, die AfD zu wählen, je Einheit um den Faktor 0,397. Die Chance eines hoch

---

<sup>31</sup> Siehe für ausführliche Informationen zu logistischen Regressionsmodellen Long/Freeze (2014: 187–226), Backhaus et al. (2016: 283–324) und Kohler/Kreuter (2017: 350–405).

<sup>32</sup> Da dies aber nur in Sachsen der Fall war, wurde die Variable behalten.

gebildeten Wählers die AfD zu wählen, ist somit um den Faktor 0,158 geringer als die eines niedrig gebildeten Wählers.

Da die Indikatoren für Modernisierungsverlierer nicht signifikant sind, muss H2 in Sachsen abgelehnt werden. Diese Einschätzung wird dadurch noch unterstützt, dass sich in Sachsen nur ein unterdurchschnittlicher Anteil der AfD-Wählerschaft Sorgen um den Verlust ihrer bisherigen Stelle macht, wie die deskriptive Statistik bereits gezeigt hat.

Tabelle 14 zeigt die Ergebnisse der logistischen Regressionen für die Landtagswahlen in allen untersuchten sieben Bundesländern zusammen. Die geringste Erklärungskraft hat das Modell für Brandenburg mit einem Pseudo-R<sup>2</sup> von 0,390, die höchste Erklärungskraft kann das Modell mit einem Pseudo-R<sup>2</sup> von 0,746 bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz aufbringen, was ein sehr guter Wert ist. Da Stata für p über alle Bundesländer hinweg einen Wert von 0 ausgibt, kann auch die Nullhypothese, dass die unabhängigen Variablen keine zusätzliche Erklärungskraft liefern, abgelehnt werden.

Es zeigt sich, dass bis auf „Geschlecht“ und „Asyl als wichtigstes Problem“ alle Variablen zumindest in manchen Bundesländern die Wahlentscheidung für die AfD signifikant beeinflussen. Dass die Nennung von Asyl als wichtigstes politisches Problem keinen signifikanten Einfluss hat, obwohl viele AfD-Wähler dieses genannt haben, liegt vermutlich daran, dass es 2016 in der gesamten Bevölkerung von vielen als wichtigstes politisches Problem gesehen wird. Bei den Landtagswahlen 2014 dagegen war das Thema noch nicht so salient, sodass es für die AfD-Wahl auch damals nicht entscheidend war.

Das Alter hat in Sachsen und Brandenburg einen signifikant positiven Einfluss, in Rheinland-Pfalz einen signifikant negativen. Man kann dementsprechend nicht pauschalisieren, dass das Alter auf die AfD-Wahl einen positiven oder negativen Einfluss hat. Höhere Bildung verringert in Sachsen und Brandenburg die Chance, dass ein Wähler die AfD wählt, der Effekt ist in beiden Bundesländern aber nur auf dem 10 % Niveau signifikant. Die Positionierung auf der Links-Rechts-Achse hat bei allen Landtagswahlen außer der in Baden-Württemberg einen (höchst) signifikanten Einfluss auf die Wahlentscheidung. Je weiter rechts sich ein Wähler positioniert, desto größer wird die Chance, dass er die AfD wählt.

Die Parteiidentifikation mit der AfD ist in vier Bundesländern von signifikanter Bedeutung. Insbesondere in Baden-Württemberg wurde die Chance, die AfD zu wählen,

EQUATION	VARIABLES	Sachsen	Brandenburg	Thüringen	Baden- Württemberg	Sachsen- Anhalt	Rheinland- Pfalz	Mecklenburg- Vorpommern
AFD	Geschlecht	1.966 (0.928)	1.369 (0.661)	1.375 (0.743)	1.145 (0.705)	0.530 (0.259)	0.317 (0.252)	0.559 (0.295)
	Alter	<b>1.048**</b> (0.0195)	<b>1.041**</b> (0.0191)	1.006 (0.0214)	0.997 (0.0208)	1.012 (0.0184)	<b>0.952*</b> (0.0271)	1.002 (0.0181)
	Bildung	<b>0.397*</b> (0.205)	<b>0.438*</b> (0.200)	0.944 (0.544)	0.458 (0.252)	0.652 (0.282)	1.248 (0.904)	1.287 (0.609)
	Links-Rechts-Positionierung	<b>1.428***</b> (0.175)	<b>1.433***</b> (0.165)	<b>1.302*</b> (0.178)	1.114 (0.198)	<b>1.383***</b> (0.150)	<b>2.326***</b> (0.540)	<b>1.474***</b> (0.179)
	Parteiidentifikation AfD	omitted (0)	<b>4.922*</b> (4.189)	<b>13.58***</b> (13.57)	<b>505.6***</b> (1,177)	<b>27.67***</b> (32.00)	1.444 (1.896)	2.352 (2.292)
	Unzufriedenheit mit Demokratie (Bund)	1.779 (1.155)	1.422 (0.762)	2.027 (1.430)	<b>5.015**</b> (3.504)	<b>3.856***</b> (1.829)	1.875 (1.509)	<b>3.710**</b> (2.000)
	Problemlösungskompetenz AfD (Bund)	<b>41.91***</b> (32.89)	<b>18.15***</b> (12.61)	<b>49.07***</b> (47.16)	<b>183.2***</b> (177.0)	<b>12.46***</b> (8.121)	<b>213.7***</b> (278.6)	<b>41.52***</b> (28.67)
	Problemlösungskompetenz keine Partei (Bund)	1.369 (0.814)	<b>3.245**</b> (1.669)	<b>4.605**</b> (2.778)	<b>3.810**</b> (2.512)	1.035 (0.545)	<b>23.88***</b> (25.99)	<b>4.809***</b> (2.668)
	Einzug der AfD ins Parlament	<b>11.08***</b> (6.018)	<b>5.275***</b> (2.793)	<b>5.756***</b> (3.711)	<b>22.43***</b> (24.66)	<b>5.948**</b> (4.608)	4.655 (4.751)	<b>10.10**</b> (9.383)
	Eigene wirtschaftliche Lage prospektiv	1.227 (0.794)	<b>0.216*</b> (0.172)	0.251 (0.256)	<b>3.486*</b> (2.281)	1.087 (0.603)	1.391 (1.144)	1.332 (0.946)
	Allg. wirtschaftl. Lage prospektiv (Bund)	0.673	<b>3.311**</b>	0.616	<b>3.844*</b>	1.705	<b>4.690**</b>	1.091
	wichtigstes Problem: Asyl (Bund)	0.465 (0.658)	0.703 (0.669)	1.797 (1.618)	1.831 (1.377)	1.246 (0.580)	0.251 (0.224)	1.290 (0.658)
	Sorge Flüchtlingskrise				<b>1.613**</b> (0.351)	1.230 (0.161)	<b>3.089***</b> (1.169)	1.242 (0.183)
	Constant	0.0434*** (0.0365)	0.0342*** (0.0291)	0.0107*** (0.0112)	3.78e-05*** (7.82e-05)	0.00937*** (0.0115)	3.32e-06*** (1.05e-05)	0.00119*** (0.00177)
	Observations	321	363	337	346	365	366	384
	chi2	88.54	93.27	95.79	202.8	194.7	194.6	178.7
	p	0	0	0	0	0	0	0
	r2_p	0.393	0.390	0.473	0.684	0.550	0.746	0.560

**Tabelle 14:** Odds Ratios für die Wahl der AfD bei den Landtagswahlen im Vergleich

(Quelle: GLES ZA5738, ZA5739, ZA5740, ZA5741, ZA5742, ZA5743, ZA5744; eigene Berechnung)

(\*\*\* p<0.01, \*\* p<0.05, \* p<0.1)

hierdurch erheblich erhöht. In Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern ist dagegen kein Einfluss festzustellen.

Betrachtet man die Indikatoren für die Wahlmotive, so lässt sich feststellen, dass die AfD überall auch aus inhaltlichen Gründen gewählt wurde. In allen Bundesländern erhöht sich die Chance, dass ein Wähler für die AfD stimmt, höchst signifikant und deutlich, wenn er der AfD die Problemlösungskompetenz für das aus seiner Sicht wichtigste Problem zuschreibt. Auch erhöht sich die Chance, die AfD zu wählen, signifikant, wenn erwartet wurde, dass sie den Einzug in das jeweilige Parlament schafft, in allen Bundesländern außer Rheinland-Pfalz. Dies könnte daran liegen, dass hier auch die restlichen Wähler bereits mit dem Einzug der AfD rechneten.

Allerdings lassen sich auch Anzeichen für eine Protestwahl in allen Bundesländern ausmachen – abgesehen von Sachsen. Nur in Sachsen-Anhalt findet sich kein signifikanter Einfluss auf die AfD-Wahl, wenn man keiner Partei die Problemlösungskompetenz zuspricht. Dafür hat hier Demokratieunzufriedenheit Einfluss auf die AfD-Wahl, ebenso wie in Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern.

Entsprechend kann H1 für alle Bundesländer bestätigt werden. Die AfD wird nicht allein aufgrund von Protestwahlmotiven gewählt, sondern auch aufgrund ihrer Inhalte. Zwar zeigen auch Indikatoren für Protestwahlmotive einen Einfluss auf die Wahlentscheidung für die AfD an, diese sind aber weniger einflussreich als die inhaltlichen Motive.

Die Indikatoren für die Modernisierungsverliererhypothese sind dagegen nur teilweise signifikant. Es zeigt sich dabei ein klarer West-Ost-Unterschied. In Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern ist überhaupt kein Einfluss von einer negativen Einschätzung der eigenen und allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung sowie der Sorge über die Flüchtlingskrise festzustellen. In Brandenburg ist die prospektive Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage zwar signifikant und erhöht die Chance der AfD-Wahl um den Faktor 3,311, jedoch ist die prospektive Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage auch signifikant, aber in die andere Richtung. Da dieser Einfluss sogar noch größer ist (Faktor  $1/0,216=4,630$ ), kann auch hier die Modernisierungsthese nicht bestätigt werden. In Baden-Württemberg sind dagegen alle drei Indikatoren signifikant und mit positivem Einfluss und auch in

Rheinland-Pfalz erhöhen die Einschätzung der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung sowie die Sorge wegen der Flüchtlingskrise signifikant die Chance, die AfD zu wählen. Entsprechend wird die Hypothese H2 für die fünf ostdeutschen Bundesländer abgelehnt, für die beiden westdeutschen Bundesländer dagegen angenommen.

#### **4. Fazit zur Wählerschaft**

Die Wählerschaft ist über alle sieben untersuchten Bundesländer hinweg relativ ähnlich. Sie besteht mehrheitlich aus Männern, die eher gering gebildet sind und sowohl rechter als auch autoritärer eingestellt sind als der Durchschnittswähler. Überdurchschnittlich viele Arbeiter wählen die AfD, außerdem sind die AfD-Wähler für eine restriktivere Flüchtlingspolitik, sehen das Thema Asyl häufiger als andere Wähler als wichtigstes Problem und darüber hinaus öfter die AfD zur Lösung desselben befähigt, wenn überhaupt irgendeine Partei. Sie sind unzufriedener mit der Demokratie und den Volksparteien und schätzen die zukünftige Wirtschaftslage eher negativ ein, haben zudem häufiger Angst ihre Stelle zu verlieren. Die ostdeutschen AfD-Wähler verorten sich – parallel zur ostdeutschen Gesamtbevölkerung – weiter links als die westdeutschen, außerdem scheinen die AfD-Wähler im Osten überdurchschnittlich alt zu sein, die im Westen dagegen eher jünger als der Durchschnittswähler. Bei zwei Fällen für Westdeutschland sind diese Aussagen jedoch nur eine erste Einschätzung, die nicht verallgemeinert werden sollte. Keine klaren Ergebnisse zeigen sich bezüglich der Arbeitslosigkeit, der Anteil von Erwerbslosen an der AfD-Wählerschaft ist in einigen Bundesländern überdurchschnittlich, in anderen unterdurchschnittlich

Bezüglich der Wahlmotive lässt sich feststellen, dass sich bei allen Landtagswahlen außer der sächsischen Protestwahlmotive finden. Jedoch haben in allen Bundesländern auch inhaltliche Motive zur Wahl der AfD beigetragen und dies in einem höheren Ausmaß. Entsprechend kann davon gesprochen werden, dass die AfD mehr als nur ein Protestwahlphänomen ist. Die Indikatoren für die Modernisierungsverliererthese waren dagegen nur in den beiden westdeutschen Bundesländern signifikant. In Ostdeutschland scheint dies keine Erklärung für die Wahl der AfD zu sein.

Es stellt sich daher die Frage, wie sich dies auf die Arbeit der AfD in den Parlamenten auswirkt. Von ihr als rechtspopulistischer Partei könnte zum einen erwartet werden,

dass sie sich eher inszeniert und versucht, den politischen Betrieb zu stören, da sie in der Opposition eher geringe Chancen auf echten Policy-Einfluss hat und durch jede Form von Störung immerhin die Anti-Eliten-Haltung zutage fördert. Zum anderen könnte aber erwartet werden, dass sie – insbesondere vor dem Hintergrund der eben festgestellten inhaltlichen Motive vieler Wähler - zumindest versucht, ihre programmatischen Inhalte aus den Wahlprogrammen umzusetzen. Das folgende Kapitel soll hier einen kleinen Einblick gewähren.



## V DIE AfD IM PARLAMENT

Mit dem Einzug der AfD ist eine neue Partei in die Landtage gekommen, die die politische Arbeit nun mitgestalten kann. Für die etablierten Parteien stellt sich die Frage, wie sie mit dieser nun umgehen sollen. Aus der Literatur zu rechtspopulistischen Parteien lassen sich hierbei vier Möglichkeiten extrahieren: ignorieren, rechtliche und politische Isolation, Kooption oder Zusammenarbeit (Downs 2001). Für rechtsextreme Parteien wie die NPD wurde in der Vergangenheit ein „cordon sanitaire“ eingerichtet, also die Isolationsstrategie betrieben. Auch für die AfD scheint eine ähnliche Strategie betrieben zu werden, sie von der Parlamentsarbeit auszugrenzen.<sup>33</sup> Durch ihre Fraktionsgröße in manchen Parlamenten – beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern – ist aber denkbar, dass dies schwierig ist und die AfD auch inhaltliche Arbeit leisten kann.

Entgegen dem scheint es derzeit aber eher der Fall zu sein, dass die AfD nicht an inhaltlicher Arbeit interessiert ist. So nutzt sie beispielsweise das Europaparlament nicht zur aktiven Gestaltung von Gesetzen, sondern „als Schauplatz für Darstellung und Aufbau der eigenen Organisation“ (Werner 2015: 89). Ähnliches findet sich für die Arbeit in Brandenburg: „In der konkreten parlamentarischen Arbeit hat sich die Landtagsfraktion [der AfD in Brandenburg, Anm. d. Verf.] hingegen kaum profiliert und wenig professionalisiert. Sie beschränkte sich zumeist auf kalkulierte Provokationen während der Plenarsitzungen und einige schriftliche Eingaben.“ (Botsch et al. 2015: 165)

Dies sind Hinweise auf Obstruktion, also ein auf das Stören politischer Abläufe abgezieltes Verhalten. Die Arbeit im Parlament soll verlangsamt werden, um so dem Ansehen der Institution und der (Regierungs-)Parteien zu schaden (Grabbe/Groot 2014: 42). Da Zeit als wichtigstes Gut im parlamentarischen Prozess angesehen werden kann (Cox 2006: 142), ist eine Möglichkeit, die Debatten durch Redezeitüberschreitungen und Zwischenrufe zu stören. Eine andere Möglichkeit ist das Stellen vieler Anträge und Anfragen, um so neben zeitlichen Ressourcen, auch personelle Ressourcen zu binden.

---

<sup>3333</sup> Vgl. für Hamburg: [http://www.deutschlandradiokultur.de/afd-von-den-hamburgern-ausgegrenzt.1001.de.html?dram%3Aarticle\\_id=369779](http://www.deutschlandradiokultur.de/afd-von-den-hamburgern-ausgegrenzt.1001.de.html?dram%3Aarticle_id=369779) und für Brandenburg: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article153763539/AfD-muss-davon-ausgehen-dass-ihre-Arbeit-nichts-bewegt.html>.

Der Grund für ein solches Verhalten rechtspopulistischer Parteien findet sich darin, dass sie durch viele parlamentarische Anfragen den Wählern gegenüber sehr aktiv erscheinen und auf die angeblich zahlreichen Missstände hinweisen können. Anfragen und Änderungsanträge eignen sich hierfür besonders, da sie wenig Expertise und Zeit voraussetzen, aber selbst simple Anfragen behandelt werden müssen und damit Zeit binden. Darüber hinaus kann die Partei durch die womöglich kurzen Antworten und die Ablehnung ihrer Anträge Selbstviktimisierung betreiben und so ihre Anti-Establishment Haltung weiter glaubhaft verkaufen, auch wenn sie nun selbst mit den etablierten Parteien im Parlament sitzt.

Um diesen Ansatz genauer zu beleuchten, werden die Landtage in den zehn Bundesländern, in denen die AfD eingezogen ist, daraufhin untersucht, ob sich Anzeichen für Obstruktion finden oder die Partei auf dieser Ebene nicht doch teilweise versucht, inhaltlich zu arbeiten. Dafür wurde erhoben, wie viele kleine und große Anfragen, Anträge, Änderungsanträge, Gesetzesvorschläge sowie Wahlvorschläge von der AfD eingebracht wurden.<sup>34</sup> Der Untersuchungszeitraum war hierbei das letzte Quartal 2016, um auch Mecklenburg-Vorpommern und Berlin mit in die Analyse aufnehmen zu können. Da in Berlin die konstituierende Sitzung erst am 27. Oktober war, ist hier der Zeitraum etwas kürzer. In Mecklenburg-Vorpommern kamen die Abgeordneten dagegen am 4. Oktober bereits das erste Mal zusammen. Die Daten wurden den jeweiligen Datenbanken der Landesparlamente entnommen.

Neben der quantitativen Erfassung der Anträge wurden anschließend die Titel der einzelnen Dokumente dahingehend codiert, ob sie sich einem der beiden folgenden Themenblöcke zuordnen ließen: einerseits dem Themenkomplex Asyl, Migration und Integration, andererseits dem Themenkomplex der Inneren Sicherheit. Dazu zählen etwa Anfragen, die den Schutz der Polizei sicher stellen sollen, die Extremismus (oft von links) fürchten, aber auch Gesetzesvorschläge für ein liberaleres Waffenrecht im Bundesland. Dies sind Themen, die typisch für rechtspopulistische Parteien sind, außerdem hat die Analyse der Wahlprogramme aufgezeigt, dass diese Themen von der AfD auch in Wahlkämpfen eingehend thematisiert werden. Vor dem Hintergrund inhaltlicher Wahlmotive der AfD-Wählerschaft sollten diese Themen in der Parlamentsarbeit zu finden sein.

---

<sup>34</sup> Es gibt darüber hinaus noch andere parlamentarische Instrumente wie Dringlichkeitsanträge oder Entschließungsanträge, hiervon wurden im Untersuchungszeitraum aber keine gefunden.

	<b>Kleine Anfrage</b>	<b>Große Anfrage</b>	<b>Antrag</b>	<b>Änderungs- antrag</b>	<b>Wahl- vorschlag</b>	<b>Gesetzes- vorschlag</b>	<b>Gesamt</b>
<b>Sachsen</b>	198	1	6	234	1	1	441
<b>Brandenburg</b>	36	1	7	30	2	1	77
<b>Thüringen</b>	111	1	5	0	1	0	118
<b>Hamburg</b>	70	0	17	0	0	0	87
<b>Bremen</b>	1	0	3	0	0	0	4
<b>Baden- Württemberg</b>	115	2	20	1	0	0	138
<b>Sachsen-Anhalt</b>	121	0	17	2	1	3	144
<b>Rheinland-Pfalz</b>	128	0	25	0	3	0	156
<b>Mecklenburg- Vorpommern</b>	13	0	7	0	6	1	27
<b>Berlin</b>	37	2	6	0	0	0	45

**Tabelle 15:** Anzahl verschiedener parlamentarische Aktivitäten der AfD in untersuchten Bundesländern im vierten Quartal 2016  
(Quellen: Datenbanken der Landesparlamente)

Tabelle 15 zeigt die Anzahl der parlamentarischen Aktivitäten der AfD in den Bundesländern. Die deutlich meisten parlamentarischen Initiativen finden sich in Sachsen mit insgesamt 441 Stück. Die ist auf die Unmenge an Änderungsanträgen zurückzuführen, die sich auf das Budget 2017 beziehen. Aber auch viele kleine Anfragen finden sich hier. Zusammen mit der hohen Anzahl an kleinen Anfragen deutet das auf Obstruktion hin. Die Linke hat als größte Oppositionspartei in dem Landtag zwar mit 343 kleinen Anfragen eine höhere Anzahl gestellt, jedoch haben sie 27 Abgeordnete im Vergleich zu den 14 der AfD – also pro Abgeordnetem weniger kleine Anfragen – und auch nur 60 Änderungsanträge gesamt. Auch mit den 30 Änderungsanträgen in Brandenburg ist die AfD-Fraktion in ihrem Landtag Spitzenreiter. Kaum parlamentarische Initiativen finden sich in Bremen, hier sitzt seit der Spaltung der AfD im Sommer 2015 aber auch nur noch ein AfD Abgeordnete in der Bürgerschaft. Relativ niedrige Werte finden sich auch in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, da hier die parlamentarische Arbeit erst angelaufen ist und die Abgeordneten noch gänzlich unerfahren sind.

Anträge wurden dagegen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg besonders häufig verwendet. In vielen Parlamenten findet sich hier die Forderung nach der Abschaffung von öffentlich-rechtlichen Rundfunkgebühren beziehungsweise nach der Neugliederung

	<b>Aktivitäten gesamt</b>	<b>davon bezogen auf Innere Sicherheit</b>	<b>davon bezogen auf Asyl, Migration und Integration</b>
<b>Sachsen</b>	441	6,1 % (27)	5,0 % (22)
<b>Brandenburg</b>	77	10,4 % (8)	28,6 % (22)
<b>Thüringen</b>	118	36,4 % (43)	21,2 % (25)
<b>Hamburg</b>	87	12,6 % (11)	17,2 % (15)
<b>Bremen</b>	4	75,0 % (3)	0,0 % (0)
<b>Baden-Württemberg</b>	135	11,1 % (15)	12,6 % (17)
<b>Sachsen-Anhalt</b>	144	12,5 % (18)	12,5 % (18)
<b>Rheinland-Pfalz</b>	156	2,6 % (4)	5,1 % (8)
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	27	3,7 % (1)	7,4 % (2)
<b>Berlin</b>	45	17,8 % (8)	28,9 % (13)

**Tabelle 16:** Anteil der parlamentarischen Aktivitäten mit Bezug zu den Themen Innere Sicherheit beziehungsweise Asyl, Migration und Integration  
(Quellen: Datenbanken der Landesparlamente; eigene Auswertung; Werte in Klammern geben die absoluten Zahlen an)

der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten. Diese waren in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Bremen und Brandenburg in ihrem Inhalt wortwörtlich gleich, was auf eine Vernetzung der Fraktionen über die Bundesländer hinweg spricht (und damit im Rückblick auf das Kapitel zur Organisationsstruktur eher gegen die lose gekoppelte Anarchie). Andere Anträge beziehen sich auf einzelne kommunale Probleme und sind daher als inhaltliche Arbeit zu betrachten. Sehr selten finden sich dagegen echte Gesetzesvorschläge, wie beispielsweise in Sachsen-Anhalt mit dem „Gesetz zur vorübergehenden personellen Verstärkung der Landespolizei (Wachpolizeidienstgesetz - WachPolG)“.

Tabelle 16 zeigt den Anteil der parlamentarischen Aktivitäten, die einen Bezug zu den Themenkomplexen Innere Sicherheit beziehungsweise Asyl, Migration und Integration haben. Es fällt auf, dass der größte Anteil an Initiativen zur Inneren Sicherheit in Bremen vorliegt, hier ist die Gesamtzahl parlamentarischer Aktivitäten jedoch auch äußerst gering. Danach folgt Thüringen, hier liegt der Anteil bei 36,4 %. Zusammen mit

den Initiativen zu Asyl, Migration und Integration ergibt sich damit ein Anteil von über 50 %, der allein auf diese beiden Themen fällt. Auch in Berlin und Brandenburg sind die Werte zu migrationsbezogenen Themen relativ hoch. Trotz der kurzen Zeit hat die AfD in Berlin also schon inhaltliche Arbeit begonnen – ob diese nur symbolträchtig oder fundiert ist, kann an dieser Stelle jedoch nicht beurteilt werden. In Mecklenburg-Vorpommern finden sich dagegen kaum Initiativen zu den beiden Themenblöcken, obwohl diese über 20 % des Inhalts ihres Wahlprogramms ausgemacht haben. Auch in Rheinland-Pfalz und Sachsen liegt ist der Anteil der parlamentarischen Aktivitäten, die diesen beiden Themenblöcken zugeordnet werden können, sehr gering – wobei dies in Sachsen an der hohen Anzahl an Änderungsanträgen zum Budget liegt. In allen anderen Bundesländern machen die Themen Innere Sicherheit sowie Asyl, Migration und Integration den Inhalt von knapp einem Viertel oder mehr aller parlamentarischen Aktivitäten aus.

Es lässt sich damit schließen, dass in der parlamentarischen Arbeit der AfD insbesondere in Sachsen und Brandenburg Zeichen von Obstruktion festzustellen sind. Darüber hinaus bilden mit den Themenkomplexen Innere Sicherheit und Asyl, Migration und Integration klassische Themen rechter Parteien ihre Schwerpunkte. Ausnahme sind hierbei nur Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern, wobei es im zweiten Fall daran liegt, dass die Legislaturperiode gerade erst angefangen hat. Insgesamt lässt sich folglich zusammenfassen, dass die AfD in ihrer parlamentarischen Arbeit in den Landtagen rechtspopulistische Züge erkennen lässt. Die vorgenommene Analyse bietet hier jedoch nur einen ersten Ansatzpunkt und es bedarf genauerer Betrachtungen.

## C) Fazit

Die vorliegende Arbeit hat sich näher mit der AfD und ihrem Einfluss auf die Parteiensysteme der deutschen Bundesländer auseinandergesetzt. Dafür wurde neben der Programmatik auch die Organisationsstruktur der AfD betrachtet. Nach den Erkenntnissen zu den Veränderungen auf Parteiensebene wurden die AfD-Wähler in den einzelnen Bundesländern für ein tieferes Verständnis detailliert betrachtet. Abschließend wurde ein Blick auf die parlamentarische Arbeit der AfD geworfen.

Als zentrales Ergebnis lässt sich festhalten, dass mit dem Einzug der AfD klare Veränderungen auf Parteiensebene festzustellen sind. Insbesondere die Bildung von vier vorher so noch nicht da gewesenen Regierungskoalitionen in den Bundesländern zeugt von mehr als nur temporärer Fluktuation, sondern deutet einen Wandel an. Unklar ist dabei, inwiefern diese Veränderung auf die AfD selbst als Partei zurückzuführen ist oder sie das richtige Gelegenheitsfenster nutzte, also nur zur richtigen Zeit am richtigen Ort war. Da die Wahlentscheidung für die AfD aber häufig aufgrund von inhaltlichen Wahlmotiven getroffen wurde, scheint sie zumindest thematisch die richtigen Politikangebote zu liefern. Da sie sich für eine junge Partei auf eine relativ breite Mitgliederbasis stützen kann und auch strukturell mit ihren Kreisverbänden gut aufgestellt ist, ist zu erwarten, dass die AfD eher nicht so schnell von der politischen Bildfläche verschwindet. Für die parlamentarische Arbeit bedeutet dies, zumindest wenn sie erst einmal so weiter macht wie bisher –, dass rechte Politikinhalte öfter thematisiert werden, zusätzlich aber auch gegen Obstruktion angekämpft werden muss.

Wenn der stellvertretende Parteivorsitzende Gauland seine Partei davor warnt, in Regierungsverantwortung zu gehen<sup>35</sup>, deutet das eher nicht auf konstruktive Parlamentsarbeit hin. Da die AfD aber auf kommunaler Ebene bereits in Regierungsverantwortung ist<sup>36</sup>, da sie beispielsweise in Berlin Stadträte stellt, könnte hier untersucht werden, wie sich dieser Umstand auswirkt. Hier stellt sich anschließend auch die Frage, inwiefern die AfD der Legitimationsfunktion nachkommt, die Parteien erfüllen sollten (Alemann 2010). Gerade durch die populistische Berufung auf einen

---

<sup>35</sup> Vgl. <http://www.tagesspiegel.de/politik/afd-parteivize-alexander-gauland-regierungsverantwortung-waere-fuer-afd-toedlich/12958898.html>.

<sup>36</sup> Vgl. <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-09/afd-berlin-landtagswahl-stadtraete-arbeit-bezirke>.

wahren Volkswillen, den Populisten zu kennen und zu vertreten meinen, scheint diese Funktion ja gestört zu sein (vgl. Müller 2015).

Letztlich gilt zu fragen, ob die Etablierung einer rechtspopulistischen AfD in Deutschland zu mehr Populismus und einer Diskursverschiebung nach rechts führt. Wenn die Fraktionsvorsitzende der Linken im Bundestag Sahra Wagenknecht die Schuld am Attentat am Berliner Weihnachtsmarkt im Dezember 2016 Angela Merkel gibt, weil zu wenig Mittel für die Polizei vorhanden sind und die Grenzen geöffnet wurden<sup>37</sup>, klingt das jedenfalls sehr untypisch für eine linke Partei. Zumindest etwas klingt hier jedoch die Idee Chantal Mouffes (2016) durch, dass dem Rechtspopulismus mit einem Linkspopulismus begegnet werden muss. Vielleicht wäre dies der Demokratie förderlich, vielleicht führt dies jedoch eher zu einer Polarisierung und Spaltung der Gesellschaft.

---

<sup>37</sup> Vgl. [www.zeit.de/politik/deutschland/2017-01/sahra-wagenknecht-angela-merkel-fluechtlingskrise-berlin-anschlag-kritik](http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-01/sahra-wagenknecht-angela-merkel-fluechtlingskrise-berlin-anschlag-kritik).

## Literatur

- Albertazzi, Daniele/Mueller, Sean* 2013: Populism and Liberal Democracy. Populists in Government in Austria, Italy, Poland and Switzerland, in: *Government & Opposition* 48: 3, 343–371.
- Alemann, Ulrich v.* 2010: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland (Grundwissen Politik, Band 26), Wiesbaden.
- Arzheimer, Kai* 2015: The AfD. Finally a Successful Right-Wing Populist Eurosceptic Party for Germany?, in: *West European Politics* 38: 3, 535–556.
- Arzheimer, Kai/Schmitt, Annette* 2014: Der ökonomische Ansatz, in: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hrsg.): *Handbuch Wahlforschung*, Wiesbaden, 331–403.
- Backhaus, Klaus/Erichson, Bernd/Plinke, Wulff/Weiber, Rolf* 2016: *Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung*, Berlin.
- Baier, Walter* 2016: Europe on the Precipice. The Crisis of the Neoliberal Order and the Ascent of Right-Wing Populism, in: *New Labor Forum* 25: 3, 48–55.
- Balzer, Imre* 2016: Die Elite des „Volks“? Eine empirische Untersuchung des politischen Spitzenpersonals der „Alternative für Deutschland“ (unveröffentlichte Masterarbeit), Berlin.
- Bardi, Luciano/Mair, Peter* 2008: The Parameters of Party Systems, in: *Party Politics* 14: 2, 147–166.
- Baumann, Horst/Schulz, Sonja* 2015: ALLBUS 2014 - Variable Report. Studien-Nr. 5240, Köln.
- Bebnowski, David* 2015: Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei, Wiesbaden.
- Bender, Justus/Frasch, Timo* 2016: Atombomben auf Besenstiele. Die AfD im Saarland, in: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/die-afd-im-saarland-will-nicht-aufgeloeset-werden-14506567.html>, 31.10.2016.
- Benz, Arthur* 2003: Reformpromotoren oder Reformblockierer? Die Rolle der Parteien im Bundesstaat, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B29-30/2003, 32–38.
- Berbair, Nicole/Lewandowsky, Marcel/Siri, Jasmin* 2015: The AfD and its Sympathisers. Finally a Right-Wing Populist Movement in Germany?, in: *German Politics* 24: 2, 154–178.
- Beyme, Klaus von* 2017: *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden.
- Blondel, Jean* 1968: Party Systems and Patterns of Government in Western Democracies, in: *Canadian Journal of Political Science* 1: 2, 180–203.
- Blumenstiel, Jan E./Rattinger, Hans* 2012: Warum haben Sie das getan? Subjektive Gründe der Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2009, in: Schmitt-Beck, Rüdiger (Hrsg.): *Wählen in Deutschland*, Baden-Baden, 251–275.
- Botsch, Gideon/Kopke, Christoph/Lorenz, Alexander* 2015: Wie agiert die "Alternative für Deutschland" vor Ort? Das Fallbeispiel Brandenburg, in: Melzer,



- Ralf/Molthagen, Dietmar (Hrsg.): Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn, 146–166.
- Brähler, Elmar/Kiess, Johannes/Decker, Frank 2016: Politische Einstellungen und Parteipräferenz. Die Wähler/innen, Unentschiedene und Nichtwähler 2016, in: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. (Die Leipziger Mitte-Studie 2016), Gießen, 67–94.
- Bräuninger, Thomas/Debus, Marc 2012: Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern, Wiesbaden.
- Burck, Kerstin/Kunz, Volker/Frings, Cornelia 2012: Wahlen im Mehrebenensystem des deutschen Föderalismus. Die Wahlen in den Bundesländern und Kommunen, in: Gabriel, Oscar W./Westle, Bettina (Hrsg.): Wählerverhalten in der Demokratie. Eine Einführung, Baden-Baden, 297–325.
- Caiani, Manuela/Graziano, Paolo R. 2016: Varieties of Populism. Insights from the Italian Case, in: Italian Political Science Review/Rivista Italiana di Scienza Politica 46: Special Issue 2, 243–267.
- Casal Bértoa, Fernando 2016: Political Parties or Party Systems? Assessing the ‘Myth’ of Institutionalisation and Democracy, in: West European Politics: online first, 1–28.
- Ceyhan, Sara 2016: Konservativ oder doch schon rechtspopulistisch? Die politischen Positionen der AfD-Parlamentskandidaten im Parteienvergleich, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 26: 1, 49–76.
- Cox, Gary W. 2006: The Organization of Democratic Legislatures, in: Wittman, Donald A./Weingast, Barry R./Cox, Gary W. (Hrsg.): The Oxford Handbook of Political Economy, Oxford, 141–161.
- Dalton, Russell J./McAllister, Ian 2015: Random Walk or Planned Excursion? Continuity and Change in the Left-Right Positions of Political Parties, in: Comparative Political Studies 48: 6, 759–787.
- de Vries, Catherine E./Hobolt, Sara B. 2012: When Dimensions Collide. The Electoral Success of Issue Entrepreneurs, in: European Union Politics 13: 2, 246–268.
- Debus, Marc 2009: Analysing Party Politics in Germany with New Approaches for Estimating Policy Preferences of Political Actors, in: German Politics 18: 3, 281–300.
- Decker, Frank 2006: Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven, in: Decker, Frank (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden, 9–32.
- Decker, Frank 2012: Warum der parteiförmige Rechtspopulismus in Deutschland so erfolglos ist, in: Vorgänge 51: 1, 21–28.
- Decker, Frank 2016: Die »Alternative für Deutschland« aus der vergleichenden Sicht der Parteienforschung, in: Häusler, Alexander (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden, 7–23.

- Decker, Frank/Lewandowsky, Marcel* 2012: Die rechtspopulistische Parteienfamilie, in: Jun, Uwe/Höhne, Benjamin (Hrsg.): Parteienfamilien. Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett?, Opladen, 268–281.
- Detterbeck, Klaus* 2011: Parteien und Parteiensystem (UTB, Band 3575), Konstanz.
- Downs, Anthony* 1957: An Economic Theory of Democracy, New York, NY.
- Downs, William M.* 2001: Pariahs in Their Midst. Belgian and Norwegian Parties React to Extremist Threats, in: West European Politics 24: 3, 23–42.
- Duverger, Maurice* 1951: Les Partis Politiques, Paris.
- Elchardus, Mark/Spruyt, Bram* 2016: Populism, Persistent Republicanism and Declinism. An Empirical Analysis of Populism as a Thin Ideology, in: Government & Opposition 51: 1, 111–133.
- Enelow, James M./Hinich, Melvin J.* 1990: Introduction, in: Enelow, James M./Hinich, Melvin J. (Hrsg.): Advances in the Spatial Theory of Voting, Cambridge, 1–11.
- Farrer, Benjamin* 2015: Connecting Niche Party Vote Change in First- and Second-Order Elections, in: Journal of Elections, Public Opinion and Parties 25: 4, 482–503.
- Franzmann, Simon T.* 2014: Die Wahlprogrammatik der AfD in vergleichender Perspektive, in: Mitteilungen des Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung 20, 115–124.
- Franzmann, Simon T.* 2016a: Calling the Ghost of Populism. The AfD's Strategic and Tactical Agendas until the EP Election 2014, in: German Politics, 1–23.
- Franzmann, Simon T.* 2016b: Opposition und Staat. Zur Grundlegung der Parteiendemokratie, in: Bukow, Sebastian/Jun, Uwe/Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Parteien zwischen Zivilgesellschaft und Staat. Zum Verhältnis von Parteienstaat und Parteiendemokratie, Wiesbaden, 51–83.
- Friedrich, Sebastian* 2015: Der Aufstieg der AfD. Neokonservative Mobilmachung in Deutschland, Berlin.
- Gidron, Noam/Bonikowski, Bart* 2013: Varieties of Populism. Literature Review and Research Agenda, in: Weatherhead Working Paper Series No. 13-0004, 1–38.
- Golosov, Grigori V.* 2013: Towards a Classification of the World's Democratic Party Systems, Step 1. Identifying the Units, in: Party Politics 19: 1, 122–142.
- Grabbe, Heather/Groot, Nadja* 2014: Populism in the European Parliament. What Implications for the Open Society?, in: The International Spectator 49: 4, 33–46.
- Gross, Donald A./Sigelman, Lee* 1984: Comparing Party Systems. A Multidimensional Approach, in: Comparative Politics 16: 4, 463.
- Haas, Melanie/Jun, Uwe/Niedermayer, Oskar* 2008: Die Parteien und Parteiensysteme der Bundesländer. Eine Einführung, in: Jun, Uwe/Haas, Melanie/Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden, 9–38.
- Harmel, Robert/Janda, Kenneth* 1994: An Integrated Theory of Party Goals and Party Change, in: Journal of Theoretical Politics 6: 3, 259–287.

- Häusler, Alexander* 2014: Mut zur Wahrheit? Entstehungskontext, Entwicklung und gesellschaftspolitische Positionen der „Alternative für Deutschland“, Berlin.
- Häusler, Alexander* (Hrsg.) 2016: Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden.
- Häusler, Alexander/Roeser, Rainer* 2015: Zwischen Euro-Kritik und rechtem Populismus. Merkmale und Dynamik des Rechtsrucks der AfD, in: Melzer, Ralf/Molthagen, Dietmar (Hrsg.): Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn, 124–145.
- Häusler, Alexander/Roeser, Rainer* 2016: Die »Alternative für Deutschland«. Eine Antwort auf die rechtspopulistische Lücke?, in: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden, 101–128.
- Hensel, Alexander/Geiges, Lars/Pausch, Robert/Förster, Julika* 2016: Die AfD vor den Landtagswahlen 2016. Programme, Profile und Potenziale (OBS-Arbeitspapier 20), Frankfurt a.M.
- Hooghe, Liesbet/Marks, Gary/Wilson, Carole J.* 2002: Does Left/Right Structure Party Positions on European Integration?, in: Comparative Political Studies 35: 8, 965–989.
- Hug, Simon* 2001: Altering Party Systems. Strategic Behavior and the Emergence of New Political Parties in Western Democracies, Ann Arbor, MI.
- Inglehart, Ronald* 1977: The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics, Princeton, NJ.
- Ivarsflaten, Elisabeth* 2008: What Unites Right-Wing Populists in Western Europe? Re-Examining Grievance Mobilization Models in Seven Successful Cases, in: Comparative Political Studies 41: 1, 3–23.
- Jun, Uwe* 2010: Parteien als fragmentierte Organisationen im Wandel. Eine Einführung, in: Jun, Uwe/Höhne, Benjamin (Hrsg.): Parteien als fragmentierte Organisationen. Erfolgsbedingungen und Veränderungsprozesse, Opladen, 11–34.
- Katz, Richard S./Mair, Peter* 1993: The Evolution of Party Organizations in Europe. The Three Faces of Party Organization, in: American Review of Politics 14, 593–617.
- Kelnberger, Josef* 2016: AfD-Machtkampf unter Aufsicht, in: <http://www.sueddeutsche.de/politik/baden-wuerttemberg-afd-machtkampf-unter-aufsicht-1.3044329>, 21.6.2016.
- Klein, Markus/Rosar, Ulrich* 2016: Problem-Peer und die (Über-)Mutter der Nation. Kanzlerkandidaten und Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2013, in: Schoen, Harald/Weßels, Bernhard (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2013, Wiesbaden, 91–109.
- Kohler, Ulrich/Kreuter, Frauke* 2017: Datenanalyse mit Stata. Allgemeine Konzepte der Datenanalyse und ihre praktische Anwendung, Berlin.
- Kopke, Christoph/Lorenz, Alexander* 2014: „Wenn ich benenne, was Menschen umtreibt, bin ich Demokrat.“. Der Wahlkampfauftritt der „Alternative für

- Deutschland“ (AfD) zur Landtagswahl 2014 in Brandenburg (Studie im Auftrag der Partei DIE LINKE, Landesverband Brandenburg), Potsdam.
- Krause, Daniela/Küpper, Beate/Zick, Andreas* 2015: Zwischen Wut und Druck. Rechtspopulistische Einstellungen in der Mitte, in: Melzer, Ralf/Molthagen, Dietmar (Hrsg.): Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn, 44–60.
- Kriesi, Hanspeter/Grande, Edgar/Lachat, Romain/Dolezal, Martin/Bornschier, Simon/Frey, Timotheos* 2008: West European Politics in the Age of Globalization, Cambridge.
- Kroh, Martin/Fetz, Karolina* 2016: Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit Gründung der Partei deutlich verändert, in: DIW Wochenbericht: 34, 711–719.
- Laakso, Markku/Taagepera, Rein* 1979: “Effective” Number of Parties. A Measure with Application to West Europe, in: Comparative Political Studies 12: 1, 3–27.
- Langer, Wolfgang/Rademacher, Christian/Völkl, Kerstin* 2013: Rationale Wähler im Mehrebenensystem? Individuelle Wahlabsichten bei Bundestags-, Landtags- und Europawahlen 2009, in: Weßels, Bernhard/Schoen, Harald/Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009, Wiesbaden, 452–474.
- Lehnert, Matthias/Miller, Bernhard/Wonka, Arndt* 2007: Na Und? Überlegungen zur theoretischen und gesellschaftlichen Relevanz in der Politikwissenschaft, in: Gschwend, Thomas/Schimmelfennig, Frank (Hrsg.): Forschungsdesign in der Politikwissenschaft. Probleme, Strategien, Anwendungen, Frankfurt a.M., 39–60.
- Lewandowsky, Marcel* 2015: Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 25: 1, 119–134.
- Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein* 1967: Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments. An Introduction, in: Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein (Hrsg.): Party Systems and Voter Alignments. Cross National Perspectives, New York, NY, 1–64.
- Long, J. S./Freese, Jeremy* 2014: Regression Models for Categorical Dependent Variables Using Stata, College Station, TX.
- Lucke, Albrecht von* 2016: Volksparteien im Visier. Der Angriff der AfD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2016: 4, 5–8.
- Mainwaring, Scott/Scully, Timothy R.* 1995: Introduction. Party Systems in Latin America, in: Mainwaring, Scott/Scully, Timothy R. (Hrsg.): Building Democratic Institutions. Party Systems in Latin America, Stanford, Calif., 1–34.
- Mainwaring, Scott/Torcal, Mariano* 2006: Party System Institutionalization and Party System Theory after the Third Wave of Democratization, in: Katz, Richard S./Crotty, William (Hrsg.): Handbook of Party Politics, London, 204–227.
- Mair, Peter* 1990: Parameters of Change, in: Mair, Peter (Hrsg.): The West European Party System, Oxford, 208–217.
- Mair, Peter* 1997: Party System Change. Approaches and Interpretations, Oxford.

- Mair, Peter* 2006: Party System Change, in: Katz, Richard S./Crotty, William (Hrsg.): Handbook of Party Politics, London, 63–73.
- Meguid, Bonnie M.* 2005: Competition Between Unequals. The Role of Mainstream Party Strategy in Niche Party Success, in: American Political Science Review 99: 3, 347–359.
- Meguid, Bonnie M.* 2008: Party Competition between Unequals. Strategies and Electoral Fortunes in Western Europe, Cambridge.
- Merkle, Susanne* 2016: Populistische Elemente in der Kommunikation der Alternative für Deutschland. Eine qualitative Analyse von Wahlwerbung und Pressemitteilungen im Europawahlkampf 2014, in: Holtz-Bacha, Christina (Hrsg.): Europawahlkampf 2014. Internationale Studien zur Rolle der Medien, Wiesbaden, 129–152.
- Mershon, Carol/Shvetsova, Olga* 2013: Party System Change in Legislatures Worldwide. Moving Outside the Electoral Arena, New York, NY.
- Mouffe, Chantal* 2016: In Defence of Left-Wing Populism, in: <https://theconversation.com/in-defence-of-left-wing-populism-55869>, 29.4.2016.
- Mudde, Cas* 2004: The Populist Zeitgeist, in: Government & Opposition 39: 4, 542–563.
- Mudde, Cas* 2007: Populist Radical Right Parties in Europe, Cambridge.
- Müller, Jan-Werner* 2015: Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin.
- Nestler, Christian* 2016: Die Alternative für Deutschland (AfD) im Wahljahr 2016 (Heinrich-Böll-Stiftung: Policy Paper No. 16), in: [https://www.boell.de/sites/default/files/turntable/https\\_\\_\\_gutvertreten.boell.de\\_site\\_s\\_default\\_files\\_2016-04-nestler-afd.pdf](https://www.boell.de/sites/default/files/turntable/https___gutvertreten.boell.de_site_s_default_files_2016-04-nestler-afd.pdf); 26.7.2016.
- Nestler, Christian/Rohgalf, Jan* 2014: Eine deutsche Angst – Erfolgreiche Parteien rechts von der Union. Zur AfD und den gegenwärtigen Gelegenheitsstrukturen des Parteienwettbewerbs, in: Zeitschrift für Politik 61: 4, 389–413.
- Neundorfer, Anja* 2012: Die Links-Rechts-Dimension auf dem Prüfstand. Ideologisches Wählen in Ost- und Westdeutschland 1990-2008, in: Schmitt-Beck, Rüdiger (Hrsg.): Wählen in Deutschland, Baden-Baden, 227–250.
- Niedermayer, Oskar* 1996: Zur systematischen Analyse der Entwicklung von Parteiensystemen, in: Gabriel, Oscar W./Falter, Jürgen W. (Hrsg.): Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien, Frankfurt a.M., 19–49.
- Niedermayer, Oskar* 2003: Die Entwicklung des deutschen Parteiensystems bis nach der Bundestagswahl 2002, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2002, Opladen, 9–41.
- Niedermayer, Oskar* 2016: Parteimitglieder in Deutschland. Version 2016-NEU, in: Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum: 26, 1–82.
- Niedermayer, Oskar/Hofrichter, Jürgen* 2016: Die Wählerschaft der AfD. Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 47: 2, 267–285.
- Nohlen, Dieter* 2014: Wahlrecht und Parteiensystem. Zur Theorie und Empirie der Wahlsysteme, Bonn.

- Otjes, Simon/Louwerse, Tom* 2015: Populists in Parliament. Comparing Left-Wing and Right-Wing Populism in the Netherlands, in: *Political Studies* 63: 1, 60–79.
- Panebianco, Angelo* 1988: *Political Parties. Organization and Power*, Cambridge.
- Pappas, Takis S.* 2016: Modern Populism. Research Advances, Conceptual and Methodological Pitfalls, and the Minimal Definition, in: Thomson, William R. (Hrsg.): *Oxford Research Encyclopedia of Politics*, Online Version, <http://politics.oxfordre.com/view/10.1093/acrefore/9780190228637.001.0001/acrefore-9780190228637-e-17>.
- Pedersen, Mogens N.* 1979: The Dynamics of European Party Systems. Changing Patterns of Electoral Volatility, in: *European Journal of Political Research* 7: 1, 1–26.
- Priester, Karin* 2017: Rechtspopulismus. Ein umstrittenes theoretisches und politisches Phänomen, in: Virchow, Fabian/Langebach, Martin/Häusler, Alexander (Hrsg.): *Handbuch Rechtsextremismus*, Wiesbaden, 533–560.
- Reif, Karlheinz/Schmitt, Hermann* 1980: Nine Second-Order National Elections. A Conceptual Framework for the Analysis of European Election, in: *European Journal of Political Research* 8: 1, 3–44.
- Rensmann, Lars* 2006: Populismus und Ideologie, in: Decker, Frank (Hrsg.): *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, Wiesbaden, 59–80.
- Rooduijn, Matthijs/Pauwels, Teun* 2011: Measuring Populism. Comparing Two Methods of Content Analysis, in: *West European Politics* 34: 6, 1272–1283.
- Roßteutscher, Sigrid/Scherer, Philipp* 2013: Links und rechts im politischen Raum. Eine vergleichende Analyse der ideologischen Entwicklung in Ost- und Westdeutschland, in: Weißels, Bernhard/Schoen, Harald/Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009*, Wiesbaden, 380–406.
- Sartori, Giovanni* 1976: *Parties and Party Systems*, Cambridge.
- Schattschneider, Elmer E.* 1960: *The Semisovereign People. A Realist's View of Democracy in America*, New York, NY.
- Schmitt-Beck, Rüdiger* 2014: Euro-Kritik, Wirtschaftspessimismus und Einwanderungsskepsis. Hintergründe des Beinahe-Wahlerfolges der Alternative für Deutschland (AfD) bei der Bundestagswahl 2013, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 45: 1, 94–112.
- Schmitt-Beck, Rüdiger* 2016: The ‘Alternative für Deutschland in the Electorate’. Between Single-Issue and Right-Wing Populist Party, in: *German Politics*, 1–25.
- Schmitt-Beck, Rüdiger/Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Weißels, Bernhard* 2010: Die deutsche Wahlforschung und die German Longitudinal Election Study (GLES), in: Faulbaum, Frank/Wolf, Christof (Hrsg.): *Gesellschaftliche Entwicklungen im Spiegel der empirischen Sozialforschung*, Wiesbaden, 141–172.
- Schniewind, Aline* 2012: *Die Parteiensysteme der Bundesländer im Vergleich. Bestandsaufnahme und Entwicklungen*, Berlin.

- Schwarzbözl, Tobias/Fatke, Matthias* 2016: Außer Protesten nichts gewesen? Das politische Potenzial der AfD, in: Politische Vierteljahresschrift 57: 2, 276–299.
- Siaroff, Alan* 2000: Comparative European Party Systems. An Analysis of Parliamentary Elections Since 1945, New York, NY.
- Sigelman, Lee/Yough, Syng N.* 1978: Left-Right Polarization In National Party Systems. A Cross-National Analysis, in: Comparative Political Studies 11: 3, 355–379.
- Smith, Gordon* 1989: A System Perspective on Party System Change, in: Journal of Theoretical Politics 1: 3, 349–363.
- Spier, Tim* 2010: Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa, Wiesbaden.
- Strom, Kaare* 1990: A Behavioral Theory of Competitive Political Parties, in: American Journal of Political Science 34: 2, 565.
- Strøm, Kaare/Müller, Wolfgang C.* 1999: Political Parties and Hard Choices, in: Müller, Wolfgang C./Strom, Kaare (Hrsg.): Policy, Office, or Votes? How Political Parties in Western Europe Make Hard Decisions, Cambridge, 1–35.
- Taggart, Paul A.* 2000: Populism, Buckingham.
- van der Brug, Wouter/Fennema, Meindert/Tillie, Jean* 2000: Anti-Immigrant Parties in Europe. Ideological or Protest Vote?, in: European Journal of Political Research 37: 1, 77–102.
- van Spanje, J.* 2010: Contagious Parties. Anti-Immigration Parties and Their Impact on Other Parties' Immigration Stances in Contemporary Western Europe, in: Party Politics 16: 5, 563–586.
- Wagner, Eiko/Lewandowsky, Marcel/Giebler, Heiko* 2015: Alles neu macht der Mai? Die Alternative für Deutschland (AfD) und die Europawahl 2014, in: Kaeding, Michael/Switek, Niko (Hrsg.): Die Europawahl 2014. Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler, Wiesbaden, 137–148.
- Wagschal, Uwe/König, Pascal* 2015: Die Links-Rechts-Positionierung der Parteien bei den Bundestagswahlen 2005 bis 2013. Eine empirische Analyse anhand des Wahl-O-Mat, in: Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2013. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden, 185–210.
- Ware, Alan* 1996: Political Parties and Party Systems, Oxford.
- Werner, Alban* 2015: Was ist, was will, wie wirkt die AfD?, Karlsruhe.
- Wiesendahl, Elmar* 1998: Parteien in Perspektive. Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien, Opladen.
- Wiesendahl, Elmar* 2006: Parteien. Entstehung und Entwicklung von Parteien, Parteiendemokratie in Modell und Wirklichkeit, Mitglieder und Finanzen der Parteien, Wandlungen in der deutschen Parteienlandschaft, Frankfurt a.M.
- Wodak, Ruth/Khosravinik, Majid/Mral, Brigitte* (Hrsg.) 2013: Right-Wing Populism in Europe. Politics and Discourse, London.
- Wolinetz, Steven B.* 2006: Party Systems and Party System Types, in: Katz, Richard S./Crotty, William (Hrsg.): Handbook of Party Politics, London, 51–62.

## Daten

### Amtliche Wahlergebnisse

#### Baden Württemberg 2006

*Statistisches Landesamt Baden-Württemberg* 2006: Endgültige Ergebnisse der Wahl zum Landtag von Baden-Württemberg am 26. März 2006, Stuttgart.

#### Baden Württemberg 2011

*Hin, Monika* 2011: Endgültige Ergebnisse der Landtagswahl am 27. März 2011, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 6.

#### Baden Württemberg 2016

*Statistisches Landesamt Baden-Württemberg* 2016: Endgültiges Ergebnis der Landtagswahl am 13.03.2016. Land Baden-Württemberg, in: <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Wahlen/Landtag/02035000.tab?R=LA>, 28.12.2016.

#### Berlin 2006/2011

*Amt für Statistik Berlin-Brandenburg* 2011: Wahlen in Berlin am 18. September 2011. Bericht der Landeswahlleiterin (Statistischer Bericht B VII 2 - 3 – 5j / 11), Potsdam.

#### Berlin 2016

*Amt für Statistik Berlin-Brandenburg* 2016: Wahlen in Berlin am 18. September 2016. Bericht der Landeswahlleiterin (Statistischer Bericht B VII 2-3 – 5j / 16), Potsdam.

#### Brandenburg 2004/2009

*Amt für Statistik Berlin-Brandenburg* 2009: Wahl zum 5. Brandenburger Landtag am 27. September 2009. Wahlbericht (Statistischer Bericht B VII 2-3 – 5j / 16), Potsdam.

#### Brandenburg 2014

*Amt für Statistik Berlin-Brandenburg* 2014: Wahl zum 6. Brandenburger Landtag am 14. September 2014. Endgültiges Ergebnis (Statistischer Bericht B VII 2 - 2 – 5j / 14), Potsdam.

#### Bremen 2007/2008

*Statistisches Landesamt Bremen/Landeswahlleiter* 2008: Wahl zur Bremischen Bürgerschaft am 13. Mai 2007. Endgültiges Ergebnis neu verkündet, Pressemitteilung vom 10.07.2008, Bremen.

#### Bremen 2011

*Statistisches Landesamt Bremen* 2011: Wahlen im Land Bremen 22. Mai 2011. Landtagswahl Bremische Bürgerschaft, in: Statistische Mitteilungen 113.

#### Bremen 2015

*Statistisches Landesamt Bremen* 2015: Bürgerschaftswahl (Landtag) am 10. Mai 2015 im Land Bremen. Endgültiges Wahlergebnis, in: Statistische Mitteilungen 119.



Hamburg 2008

*Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein* 2008: Endgültiges Ergebnis der Bürgerschaftswahl 2008, in: [http://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Wahlen/Hamburg/B%C3%BCrgerschaftswahlen/2008/EndgueltigesErgebnisBuererschaftswahl\\_LL\\_und\\_WkL-Stimmen2008.pdf](http://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Wahlen/Hamburg/B%C3%BCrgerschaftswahlen/2008/EndgueltigesErgebnisBuererschaftswahl_LL_und_WkL-Stimmen2008.pdf), 28.12.2016.

Hamburg 2011

*Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein* 2011: Ergebnis der Bürgerschaftswahl 2011, in: [http://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Wahlen/Hamburg/B%C3%BCrgerschaftswahlen/2011/vorl%C3%A4ufig/Die\\_wichtigsten\\_Ergebnisse/BueWA02\\_neu.pdf](http://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Wahlen/Hamburg/B%C3%BCrgerschaftswahlen/2011/vorl%C3%A4ufig/Die_wichtigsten_Ergebnisse/BueWA02_neu.pdf), 28.12.2016.

Hamburg 2015

*Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein* 2015: Ergebnis der Bürgerschaftswahl 2015, in: [http://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Wahlen/Hamburg/B%C3%BCrgerschaftswahlen/2015/endgueltig/Hauptdokumente/buewa02\\_2015e.pdf](http://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Wahlen/Hamburg/B%C3%BCrgerschaftswahlen/2015/endgueltig/Hauptdokumente/buewa02_2015e.pdf), 28.12.2016.

Mecklenburg-Vorpommern 2006/2011

*Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern* 2012: Wahl zum Landtag von Mecklenburg-Vorpommern am 4. September 2011. Endgültiges Ergebnis, in: Statistische Hefte Wahlheft 1/2012, Schwerin.

Mecklenburg-Vorpommern 2016

*Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern* 2016: Wahl zum Landtag von Mecklenburg-Vorpommern am 4. September 2016. Endgültiges Ergebnis, in: Statistische Hefte Mecklenburg-Vorpommern 13: Wahlheft 2, Schwerin.

Rheinland-Pfalz 2006/2011

*Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz* 2011: Die Wahl zum 16. Landtag Rheinland-Pfalz am 27. März 2011. Endgültige Ergebnisse, Bad Ems.

Rheinland-Pfalz 2016

*Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz* 2011: Die Wahl zum 17. Landtag Rheinland-Pfalz am 13. März 2016. Ergebnisse der Wahl, Bad Ems.

Sachsen 2004

*Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen* 2004: Statistisches Jahrbuch Sachsen 2004. 13. Jahrgang, Kamenz.

Sachsen 2009

*Freistaat Sachsen Landeswahlleiterin* 2009: Endgültiges amtliches Wahlergebnis der Landtagswahl 2009 im Freistaat Sachsen, Pressemitteilung Nr. 47/2009 am 11.09.2009, Kamenz.

Sachsen 2014

*Freistaat Sachsen Landeswahlleiterin* 2009: Endgültiges amtliches Wahlergebnis der Landtagswahl 2014 im Freistaat Sachsen, Medieninformation der Landeswahlleiterin 36/2014 am 12.09.2014, Kamenz.

Sachsen-Anhalt 2006/2011

*Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt* 2011: Wahl des 6. Landtages von Sachsen-Anhalt am 20. März 2011. Endgültige Ergebnisse (B VII 5j/11), Halle (Saale).

Sachsen-Anhalt 2016

*Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt* 2011: Endgültiges Ergebnis, in: <http://www.stala.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt16/fms/fms2111311.html>, 28.12.2016.

*Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt* 2011: Sitzverteilung im Landtag von Sachsen-Anhalt. Endgültiges Ergebnis, in: <http://www.stala.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt16/fms/fms2111318.html>, 28.12.2016.

Thüringen 2004/2009

*Thüringer Landesamt für Statistik* 2009: Landtagswahl in Thüringen am 30. August 2009. Endgültige Ergebnisse, Erfurt.

Thüringen 2014

*Thüringer Landesamt für Statistik* 2009: Landtagswahl in Thüringen am 14. September 2014. Endgültige Ergebnisse nach Wahl- und Landkreisen, Erfurt.

**German Longitudinal Electional Study (GLES) Datensätze**

GLES ZA5304

*Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Weßels, Bernhard/Bieber, Ina/Bytzek, Evelyn/Scherer, Philipp* 2010: Multi-Level-Panel (GLES 2009). GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5304 Datenfile Version 2.1.0, doi:10.4232/1.10363.

GLES ZA5325

*Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Weßels, Bernhard/Bieber, Ina/Bytzek, Evelyn/Scherer, Philipp* 2015: Langfrist-Online-Tracking zur Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2011 (GLES 2009). GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5325 Datenfile Version 3.0.0, doi:10.4232/1.12390.

GLES ZA5327

*Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Weßels, Bernhard/Bieber, Ina/Bytzek, Evelyn/Scherer, Philipp* 2015: Langfrist-Online-Tracking zur Landtagswahl Rheinland-Pfalz 2011 (GLES 2009). GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5327 Datenfile Version 3.0.0, doi:10.4232/1.12391.

GLES ZA5328

*Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Weßels, Bernhard/Bieber, Ina/Bytzek, Evelyn/Scherer, Philipp* 2015: Langfrist-Online-Tracking zur Landtagswahl Baden-Württemberg 2011 (GLES 2009). GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5328 Datenfile Version 3.0.0, doi:10.4232/1.12392.

GLES ZA5330

*Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Weßels, Bernhard/Bieber, Ina/Bytzek, Evelyn/Scherer, Philipp* 2011: Langfrist-Online-Tracking zur Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2011 (GLES 2009). GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5330 Datenfile Version 1.0.0, doi:10.4232/1.11053.

GLES ZA5738

*Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Weßels, Bernhard/Wolf, Christof/Henckel, Simon/Bieber, Ina/Scherer, Philipp* 2015: Langfrist-Online-Tracking zur Landtagswahl Sachsen 2014 (GLES). GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5738 Datenfile Version 2.0.0, doi:10.4232/1.12283.

GLES ZA5739

*Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Weßels, Bernhard/Wolf, Christof/Henckel, Simon/Bieber, Ina/Scherer, Philipp* 2015: Langfrist-Online-Tracking zur Landtagswahl Brandenburg 2014 (GLES). GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5739 Datenfile Version 2.0.0, doi:10.4232/1.12284.

GLES ZA5740

*Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Weßels, Bernhard/Wolf, Christof/Henckel, Simon/Bieber, Ina/Scherer, Philipp* 2015: Langfrist-Online-Tracking zur Landtagswahl Thüringen 2014 (GLES). GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5740 Datenfile Version 2.0.0, doi:10.4232/1.12285.

GLES ZA5741

*Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Schoen, Harald/Weßels, Bernhard/Wolf, Christof/Henckel, Simon/Bieber, Ina/Scherer, Philipp* 2016: Langfrist-Online-Tracking zur Landtagswahl in Baden-Württemberg 2016 (GLES). GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5741 Datenfile Version 1.0.0, doi: 10.4232/1.12531.

GLES ZA5742

*Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Schoen, Harald/Weßels, Bernhard/Wolf, Christof/Henckel, Simon/Bieber, Ina/Scherer, Philipp* 2016: Langfrist-Online-Tracking zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2016 (GLES). GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5742 Datenfile Version 1.0.0, doi: 10.4232/1.12532.

GLES ZA5743

*Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Schoen, Harald/Weßels, Bernhard/Wolf, Christof/Henckel, Simon/Bieber, Ina/Scherer, Philipp* 2016: Langfrist-Online-Tracking zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 2016 (GLES). GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5743 Datenfile Version 1.0.0, doi: 10.4232/1.12533.

GLES ZA5744

*Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Schoen, Harald/Weßels, Bernhard/Wolf, Christof/Henckel, Simon/Bieber, Ina/Scherer, Philipp* 2016: Langfrist-Online-Tracking zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2016 (GLES). GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5744 Datenfile Version 1.0.0, doi: 10.4232/1.12674.

## **Wählerwanderungsbilanzen von Infratest-Dimap**

### **Baden Württemberg 2016**

*Neu, Viola* 2016: Landtagswahl in Baden-Württemberg am 13. März 2016: Wahlanalyse, Amtliches Endergebnis, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin.

*Tagesschau* o.J.: Baden-Württemberg 2016: Wählerwanderungen, in: <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-BW/analyse-wanderung.shtml>, 04.01.2017.

### **Berlin 2016**

*Neu, Viola/Pokorny, Sabine* 2016: Abgeordnetenhauswahl in Berlin am 18. September 2016: Wahlanalyse, Endgültiges Ergebnis, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin.

*Tagesschau* o.J.: Berlin 2016: Analysen Wählerwanderungen, in: <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-18-LT-DE-BE/analyse-wanderung.shtml>, 04.01.2017.

### **Brandenburg 2014**

*Neu, Viola* 2014: Landtagswahl in Brandenburg am 14. September 2014: Wahlanalyse, Endgültiges Wahlergebnis, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin.

*Tagesschau* o.J.: Landtagswahl Brandenburg 2014: Analysen Wählerwanderung, in: <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-09-14-LT-DE-BB/analyse-wanderung.shtml>, 04.01.2017.

### **Bremen 2015**

*Tagesschau* o.J.: Bürgerschaftswahl 2015 Bremen: Analysen Wählerwanderung, in: <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2015-05-10-LT-DE-HB/analyse-wanderung.shtml>, 04.01.2017.

### **Hamburg 2015**

*Neu, Viola* 2015: Bürgerschaftswahl in Hamburg am 15. Februar 2015: Wahlanalyse, Amtliches Endergebnis, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin.

*Tagesschau* o.J.: Bürgerschaftswahl 2015 Hamburg: Analysen Wählerwanderung, in: <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2015-02-15-LT-DE-HH/analyse-wanderung.shtml>, 04.01.2017.

### **Mecklenburg-Vorpommern 2016**

*Neu, Viola/Pokorny, Sabine* 2016: Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 4. September 2016: Wahlanalyse, Endgültiges Ergebnis, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin.

*Tagesschau* o.J.: Mecklenburg-Vorpommern 2016: Wählerwanderungen, in: <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-04-LT-DE-MV/analyse-wanderung.shtml>, 04.01.2017.

### **Rheinland-Pfalz 2016**

*Pokorny, Sabine* 2016: Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 13. März 2016: Wahlanalyse, Amtliches Endergebnis, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin.

*Tagesschau* o.J.: Rheinland-Pfalz 2016: Wählerwanderungen, in: <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-RP/analyse-wanderung.shtml>, 04.01.2017.

#### Sachsen 2014

*Neu, Viola* 2014: Landtagswahl in Sachsen am 31. August 2014: Wahlanalyse, Endgültiges Wahlergebnis, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin.

*Tagesschau* o.J.: Landtagswahl Sachsen 2014: Analysen Wählerwanderung, in: <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-08-31-LT-DE-SN/analyse-wanderung.shtml>, 04.01.2017.

#### Sachsen-Anhalt 2016

*Neu, Viola/Pokorny, Sabine* 2016: Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 13. März 2016: Wahlanalyse, Amtliches Endergebnis, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin.

*Tagesschau* o.J.: Sachsen-Anhalt 2016: Wählerwanderungen, in: <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-ST/analyse-wanderung.shtml>, 04.01.2017.

#### Thüringen 2014

*Neu, Viola* 2014: Landtagswahl in Thüringen am 14. September 2014: Wahlanalyse, Endgültiges Wahlergebnis, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin.

*Tagesschau* o.J.: Landtagswahl Thüringen 2014: Analysen Wählerwanderung, in: <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-09-14-LT-DE-TH/analyse-wanderung.shtml>, 04.01.2017.

### **Wahlprogramme der AfD**

*AfD Baden-Württemberg* 2016: Für unser Land – für unsere Werte.

Landtagswahlprogramm 2016 der AfD Baden-Württemberg, Stuttgart.

*AfD Berlin* 2016: Berlin macht Blau. Das Wahlprogramm der AfD Berlin, Berlin.

*AfD Brandenburg* 2014: Mut zu Brandenburg – bodenständig und frei leben.

Wahlprogramm der Alternative für Deutschland in Brandenburg zur Landtagswahl am 14. September 2014, Potsdam.

*AfD Bremen* 2015: Wahlprogramm 2015, Bremen.

*AfD Hamburg* 2015: Alternative für Deutschland Landesverband Hamburg

Wahlprogramm Bürgerschaftswahl 2015, Hamburg.

*AfD Mecklenburg-Vorpommern* 2016: Für unser Land und unsere Kinder. Unser

Programm zur Landtagswahl am 4.9.2016, Neubrandenburg.

*AfD Rheinland-Pfalz* 2015: Mit Herz und Verstand für unser Land. Wahlprogramm des

Landesverbandes Rheinland-Pfalz der Alternative für Deutschland zur Landtagswahl 2016, Mainz.

*AfD Sachsen-Anhalt* 2015: “Wir für unsere Heimat”. Wahlprogramm zur Landtagswahl am 13. März 2016, Magdeburg.

*AfD Sachsen* 2014: AfD Sachsen Wahlprogramm 2014, Dresden.

*AfD Thüringen* 2014: Wahlprogramm der Alternative für Deutschland in Thüringen zur Landtagswahl am 14. September 2014, Erfurt.

## Anhang

### Analyse Wahlprogramme

	Anzahl Seiten	Anzahl Absätze Bezüge zum Volk	Anzahl Absätze Eliten- kritik	Anzahl Absätze beide Indikato- ren
<b>Sachsen</b> (140 Absätze)				
Präambel	1	1		2
I Familie	2,5			
II Bildung – Hochschule – Wissenschaft	3,5			
III Finanzen und Wirtschaft	8			
VI Sachsen in Deutschland und der Welt	3			
V Gesundheitspolitik	0,5			
VI Sicherheit und Rechtsstaat	2	2		
VII Medien und Kultur	1,5	1		
VIII Schlussbemerkungen	0,5	1		
<b>Brandenburg</b> (139 Absätze)				
I. Grundlegende Fehlentwicklungen stoppen –Ein Politikwechsel ist notwendig	1	2		2
II. Brandenburgs Zukunftsperspektiven – Chancen ergreifen, Risiken entgegenwirken	1,5	2		
III. Unser Programm für Brandenburg	28,5			
A. Identität, Zusammenhalt und Lebensqualität in Brandenburg stärken	3			
B. Familie stärken	2			
C. Erlebnis- und Kreativraum für Jugendliche schaffen	1			
D. Langes Leben im ländlichen Raum	1			
E. Bildungshunger wecken, lernende Gesellschaft fördern	5,5			
F. Kulturpolitik: Kultur wertschätzen und fördern	0,5			
G. Freiheit und Sicherheit gewährleisten	6,5	5		
H. Arbeit und Kaufkraft schaffen	6	1		
I. Flächendeckenden Ausbau des Internet- Breitbandnetzes verwirklichen	0,5			
J. Verkehrsknotenpunkte und Märkte der Kommunikation schaffen	0,5			
K. Aderlass durch BER-Abenteuer beenden	1			
M. Für eine zukunftsorientierte und transparente Haushalts- und Finanzpolitik	1			
IV. Wahlaufwurf	0,5		1	

<b>Thüringen</b> (157 Absätze)				
Präambel	2	5		1
Familie	1,5			
Demographie und Zuwanderung	1			
Gesundheit	1			
Bildung, Wissenschaft und Kultur	5	3		
Verwaltung, Innere Sicherheit, Recht	3	2		
Offenes Regierungs- und Verwaltungshandel	2			
Haushaltspolitik, Wirtschaft, Verkehr und Tourismus	5			
Landwirtschaft	3			
Energieversorgung	3			1
Schlußbetrachtung	1			1
<b>Hamburg</b> (200 Absätze)				
1. Präambel	1,5	2		2
2. Hamburgs Zukunft braucht Bildung	4,5			
3. Wirtschaftspolitik, Forschung und Finanzen	4,5	2		
4. Innere Sicherheit	3,5	1		
5. Zuwanderung und Asyl	2		1	
6. Verkehrspolitik, Stadtentwicklung und Wohnungsbau	3,5	1	1	
7. Soziales, Gesundheit, Senioren und Umwelt	4	1	2	
8. Schlusswort	0,5	1	1	1
<b>Bremen</b> (326 Absätze)				
Präambel	1,5	1	3	
1 Bildung, Familie und Soziales	15	3	2	1
2 Finanzen und Wirtschaft	17,5	3	1	
3 Innere Sicherheit	8,5		2	1
4 Integration und Zuwanderung	4	4		
5 Lebendige Demokratie	5	5		1
6 Schlusswort	1			
<b>Baden-Württemberg</b> (373 Absätze)				
1. Präambel	3	4	1	6
2. Für mehr Sicherheit und eine wirksamere Verbrechensbekämpfung	6,5	3	1	
3. Für mehr direkte Demokratie, Bürgerrechte und Datenschutz	3	4	1	
4. Für ein Ende der Massenzuwanderung und des Asylmissbrauchs	8	10	1	6
5. Für Sparsamkeit, Verantwortung und Transparenz im Umgang mit Steuermitteln	2	1		

6. Für den Schutz der Familie als Fundament unserer Gesellschaft	5	2		
7. Für ein differenziertes, leistungsorientiertes Bildungssystem	6,5			
8. Für eine Landespolitik als Partner unserer Wirtschaft	4	5		
9. Für eine leistungsfähige Infrastruktur im Land	1,5	2		
10. Für sichere Energieversorgung und bezahlbare Energie	5	5		1
11. Für ein gutes und langes Leben im ländlichen Raum	7,5	6	1	
12. Für ein starkes und finanzierbares Gesundheitssystem	3			
<b>Rheinland-Pfalz</b>				
(193 Absätze)				
Präambel	2	10		1
1. Direkte Demokratie	2	5	1	1
2. Familie und Kinder	2	2		
3. Bildung und Schule	2			1
4. Integration, Einwanderung und Asyl	2	4		
5. Innere Sicherheit	2	2		
6. Energieversorgung	2	2		
7. Gesundheit	2		1	
8. Wirtschaft und Arbeit	2	3		
9. Finanzen und öffentliche Haushalte	2			1
10. Infrastruktur und ländlicher Raum	2	1	1	
11. Öffentliche Verwaltung	2	3	1	
12. Forschung, Lehre und Innovation	2	1		
<b>Sachsen-Anhalt</b>				
(270 Absätze)				
Präambel	3	7	1	3
1. Familienpolitik	7,5	1		
2. Bildung	8	5		
3. Zuwanderung, Asyl und Integration	10	11	1	1
4. Wirtschafts-, Finanz- und Mittelstands-politik, Energie- und Verkehrspolitik/Politik für den ländlichen Raum	16	4		
5. Verwaltung, Innere Sicherheit, Recht	12,5	10		
Wahlaufwurf	0,5	1		1
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>				
(164 Absätze)				
Präambel	1	6		1
1. Unsere Familien unterstützen!	2	1		
2. Land bester Bildung!	2,5	2		
3. Sicher leben!	2	2	1	
4. Arbeit, Zusammenhalt, Lebensqualität!	2	6		1
5. Verfolgten helfen, Asylmissbrauch	2	2		



## Die AfD und die Parteiensysteme der deutschen Bundesländer

	verhindern				
	6. Wirtschaft stärken!	4	5		
	7. Solide Finanzen!	1	2	1	
	8. Mehr Demokratie!	1	2		2
	9. Medien, Kunst und Kultur	1	2		
<b>Berlin</b>					
(341 Absätze)					
	Vorwort	1	3		1
	1. Präambel	2	3	3	2
	2. Familie und Kinder	2,5	1		
	3. Schule, Hochschule und Forschung	3,5	1		
	4. Innere Sicherheit und Justiz	4,5			
	5. Einwanderung und Integration	4,5	4		
	6. Wohnen, Verkehr und Städtebau	4,5	1	1	
	7. Finanzen, Verwaltung und direkte Demokratie	2	3	1	1
	8. Arbeit und Soziales	1,5		1	
	9. Wirtschaft	2,5			
	10. Energie	1			1
	11. Gesundheit	1,5			
	12. Kultur und Medien	1,5			
	13. Natur und Umwelt	2			

**Tabelle 17:** Analyse der Wahlprogramme der AfD zu den Landtagswahlen  
(Quelle: Wahlprogramme der AfD; eigene Auswertung)

## Parteipositionierungen

<b>Alle Wahlberechtigten 2009</b>					
Variable	Obs	Mean	Std.	Dev.	Min
CDU	311	7,17	1,80	1	11
CSU	287	7,76	2,05	1	11
SPD	311	4,61	1,80	1	11
FDP	307	6,58	1,90	1	11
Grüne	305	4,33	1,70	1	11
Linke	324	1,93	1,42	1	10
<b>Alle Wahlberechtigten 2014</b>					
Variable	Obs	Mean	Std.	Dev.	Min
CDU	435	6,74	1,94	1	11
SPD	435	4,43	1,58	1	11
Linke	445	1,76	1,27	1	11
Grüne	433	3,94	1,61	1	11
NPD	438	10,44	1,80	1	11
FDP	431	6,51	1,93	1	11
AfD	389	7,82	2,51	1	11
<b>AfD-Wähler 2014</b>					
Variable	Obs	Mean	Std.	Dev.	Min
CDU	57	6,35	2,12	1	11
SPD	58	4,24	1,96	1	11
Linke	59	1,49	1,01	1	6
Grüne	58	3,47	1,72	1	7
NPD	58	10,31	1,79	1	11
FDP	57	6,37	2,03	3	11
AfD	55	6,38	2,04	1	10

**Tabelle 18:** Parteipositionierungen in Sachsen 2009 und 2014 nach Gesamtwählerschaft und AfD-Wählern  
(Quelle: GLES ZA5304, ZA5738; eigene Berechnung)

<b>Alle Wahlberechtigten 2009</b>					
Variable	Obs	Mean	Std.	Dev.	Min
CDU	225	7,44	1,84	1	11
CSU	199	7,96	1,98	1	11
SPD	226	4,88	1,90	1	11
FDP	218	6,61	1,70	1	11
Grüne	221	4,50	1,71	1	11
Linke	229	2,30	1,77	1	9
<b>Alle Wahlberechtigten 2014</b>					
Variable	Obs	Mean	Std.	Dev.	Min
CDU	433	7,04	1,95	1	11
SPD	436	4,29	1,62	1	11
Linke	442	2,01	1,38	1	9
Grüne	423	4,31	1,64	1	11
FDP	407	6,55	2,06	1	11
AfD	379	8,46	2,44	1	11
<b>AfD-Wähler 2014</b>					
Variable	Obs	Mean	Std.	Dev.	Min
CDU	41	6,39	2,31	1	11
SPD	41	4,00	1,88	1	11
Linke	42	2,10	1,30	1	5
Grüne	41	3,54	1,69	1	7
FDP	41	5,83	1,83	1	10
AfD	41	6,98	1,92	1	11

**Tabelle 19:** Parteipositionierungen in Brandenburg 2009 und 2014 nach Gesamtwählerschaft und AfD-Wählern  
(Quelle: GLES ZA5304, ZA5739; eigene Berechnung)

<b>Alle Wahlberechtigten 2009</b>					
Variable	Obs	Mean	Std.	Dev.	Min
CDU	436	7,48	1,94	1	11
CSU	392	8,14	2,25	1	11
SPD	439	4,53	1,76	1	11
FDP	431	6,64	1,82	1	11
Grüne	432	4,34	1,67	1	10
Linke	431	2,22	1,89	1	11
<b>Alle Wahlberechtigten 2014</b>					
Variable	Obs	Mean	Std.	Dev.	Min
CDU	429	6,71	1,94	1	11
SPD	429	4,53	1,68	1	10
Linke	440	2,13	1,65	1	11
Grüne	421	4,40	1,62	1	10
FDP	401	6,49	1,98	1	11
AfD	357	8,06	2,60	1	11
<b>AfD-Wähler 2014</b>					
Variable	Obs	Mean	Std.	Dev.	Min
CDU	35	5,60	1,67	1	9
SPD	35	4,03	1,56	1	8
Linke	36	2,06	1,55	1	7
Grüne	34	3,68	1,68	1	8
FDP	33	5,36	1,80	1	9
AfD	34	6,35	1,81	2	10

**Tabelle 20:** Parteipositionierungen in Thüringen 2009 und 2014 nach Gesamtwählerschaft und AfD-Wählern

(Quelle: GLES ZA5304, ZA5740; eigene Berechnung)

<b>Alle Wahlberechtigten 2011</b>					
Variable	Obs	Mean	Std. Dev.	Min	Max
CDU	422	7,96	2,13	1	11
SPD	417	4,86	1,95	1	11
FDP	414	7,05	2,02	1	11
Linke	424	2,32	2,12	1	11
Grüne	414	4,16	2,08	1	11
<b>Alle Wahlberechtigten 2016</b>					
Variable	Obs	Mean	Std.	Dev.	Min
CDU	447	6,68	1,89	1	11
SPD	443	4,69	1,43	1	11
Linke	445	2,15	1,56	1	11
Grüne	443	4,58	1,70	1	11
FDP	428	6,39	1,80	1	11
AfD	440	9,61	2,43	1	11
<b>AfD-Wähler 2016</b>					
Variable	Obs	Mean	Std.	Dev.	Min
CDU	61	5,52	2,18	1	11
SPD	61	4,18	1,86	1	11
Linke	61	2,70	2,16	1	11
Grüne	59	3,85	2,14	1	11
FDP	61	5,54	2,12	1	9
AfD	61	8,34	2,34	1	11

**Tabelle 21:** Parteipositionierungen in Baden-Württemberg 2011 und 2016 nach Gesamtwählerschaft und AfD-Wählern  
(Quelle: GLES ZA5328, ZA5741; eigene Berechnung)

<b>Alle Wahlberechtigten 2011</b>					
Variable	Obs	Mean	Std. Dev.	Min	Max
CDU	434	7,24	2,16	1	11
SPD	434	4,98	2,09	1	11
FDP	424	6,53	2,21	1	11
Linke	452	2,45	1,94	1	11
Grüne	425	4,25	1,86	1	11
<b>Alle Wahlberechtigten 2016</b>					
Variable	Obs	Mean	Std.	Dev.	Min
CDU	457	6,01	2,16	1	11
SPD	458	4,29	1,70	1	11
Linke	461	2,09	1,52	1	11
Grüne	444	3,94	1,79	1	11
FDP	422	5,91	2,02	1	11
AfD	458	9,37	2,37	1	11
<b>AfD-Wähler 2016</b>					
Variable	Obs	Mean	Std.	Dev.	Min
CDU	71	5,44	2,44	1	11
SPD	70	3,80	1,97	1	10
Linke	72	1,86	1,38	1	6
Grüne	66	3,06	1,94	1	9
FDP	65	5,38	1,97	1	11
AfD	72	7,97	2,03	1	11

**Tabelle 22:** Parteipositionierungen in Sachsen-Anhalt 2011 und 2016 nach Gesamtwählerschaft und AfD-Wählern  
(Quelle: GLES ZA5325, ZA5742; eigene Berechnung)

<b>Alle Wahlberechtigten 2011</b>					
Variable	Obs	Mean	Std. Dev.	Min	Max
CDU	428	7,16	2,28	1	11
SPD	434	4,69	1,91	1	11
FDP	419	6,58	1,98	1	11
Linke	437	2,48	2,19	1	11
Grüne	420	4,12	1,98	1	11
<b>Alle Wahlberechtigten 2016</b>					
Variable	Obs	Mean	Std.	Dev.	Min
CDU	432	6,61	2,03	1	11
SPD	431	4,58	1,75	1	11
Linke	435	2,19	1,74	1	11
Grüne	422	4,16	1,75	1	11
FDP	405	6,16	1,90	1	11
AfD	439	9,49	2,60	1	11
<b>AfD-Wähler 2016</b>					
Variable	Obs	Mean	Std.	Dev.	Min
CDU	41	5,32	2,07	1	10
SPD	40	3,78	2,25	1	11
Linke	40	2,10	2,13	1	11
Grüne	40	2,80	1,94	1	8
FDP	34	5,47	2,12	1	10
AfD	41	8,24	1,62	5	11

**Tabelle 23:** Parteipositionierungen in Rheinland-Pfalz 2011 und 2016 nach Gesamtwählerschaft und AfD-Wählern  
(Quelle: GLES ZA5327, ZA5743; eigene Berechnung)

Die AfD und die Parteiensysteme der deutschen Bundesländer

<b>Alle Wahlberechtigten 2011</b>					
Variable	Obs	Mean	Std.	Dev.	Min
CDU	402	6,90	2,27	1	11
SPD	404	4,60	2,10	1	11
FDP	389	6,37	2,28	1	11
Linke	419	2,58	2,33	1	11
Grüne	401	4,36	2,16	1	11
<b>Alle Wahlberechtigten 2016</b>					
Variable	Obs	Mean	Std.	Dev.	Min
CDU	467	6,47	1,80	1	11
SPD	470	4,31	1,51	1	11
FDP	447	6,23	1,81	1	11
Linke	471	1,91	1,19	1	9
Grüne	461	4,01	1,67	1	11
NPD	472	10,62	1,34	1	11
AfD	470	9,75	1,82	1	11
<b>AfD-Wähler 2016</b>					
Variable	Obs	Mean	Std.	Dev.	Min
CDU	54	5,87	1,98	1	10
SPD	56	4,07	1,75	1	9
FDP	53	5,66	1,95	1	11
Linke	58	1,79	1,45	1	9
Grüne	55	3,11	2,40	1	11
NPD	56	10,02	2,03	1	11
AfD	57	7,75	1,64	1	11

**Tabelle 24:** Parteipositionierungen in Mecklenburg-Vorpommern 2011 und 2016 nach Gesamtwählerschaft und AfD-Wählern  
(Quelle: GLES ZA5330, ZA 5744; eigene Berechnung)



**Deskriptive Statistiken der Wählerschaft der AfD**

Variable	alle Wähler		Nicht AfD-Wähler		AfD-Wähler	
	Obs	Mean	Obs	Mean	Obs	Mean
AfD-Wähler (0=nein / 1=ja)	417	0,110	371	0	46	1
Geschlecht (0=m / 1=w)	417	0,513	371	0,518	46	0,478
Alter (zentriert um 44)	417	2,602	371	2,458	46	3,761
Bildung (0=niedrig - 2=hoch)	410	1,395	367	1,411	43	1,256
Links-Rechts-Positionierung (-5=links - 5=rechts)	400	-1,003	356	-1,160	44	0,273
Position Libertär-autoritäre (1=libertär - 11=autoritär)	400	7,498	354	7,271	46	9,239
Arbeitslosigkeit (0=nein / 1=ja)	417	0,046	371	0,040	46	0,087
Arbeiter (0=nein / 1=ja)	417	0,084	371	0,084	46	0,087
Unzufriedenheit mit Volksparteien (0=nein / 1=ja)	417	0,110	371	0,086	46	0,304
Unzufriedenheit mit Demokratie (Bund) (0=nein / 1=ja)	413	0,162	367	0,142	46	0,326
Unzufriedenheit mit Demokratie (Land) (0=nein / 1=ja)	410	0,124	364	0,113	46	0,217
wichtigstes Problem: Asyl (Bund) (0=nein / 1=ja)	389	0,054	346	0,052	43	0,070
wichtigstes Problem: Asyl (Land) (0=nein / 1=ja)	365	0,019	324	0,012	41	0,073
Problemlösungskompetenz AfD (Bund) (0=nein / 1=ja)	389	0,057	346	0,014	43	0,395
Problemlösungskompetenz AfD (Land) (0=nein / 1=ja)	389	0,231	346	0,223	43	0,302
Problemlösungskompetenz keine Partei (Bund) (0=nein / 1=ja)	378	0,061	336	0,024	42	0,357
Problemlösungskompetenz keine Partei (Land) (0=nein / 1=ja)	378	0,188	336	0,188	42	0,190
Parteiidentifikation AfD (0=nein / 1=ja)	417	0,038	371	0,011	46	0,261
Einzug der AfD ins Parlament (0=nein / 1=ja)	409	0,384	365	0,340	44	0,750
Keine Verbundenheit mit EU (0=nein / 1=ja)	417	0,017	371	0,016	46	0,022
Eigene wirtschaftliche Lage prospektiv (0=gut / 1=schlecht)	417	0,153	371	0,154	46	0,152
Allgemeine wirtschaftliche Lage prospektiv (Bund) (0=gut / 1=schlecht)	416	0,317	370	0,286	46	0,565
Allgemeine wirtschaftliche Lage prospektiv (Land) (0=gut / 1=schlecht)	413	0,143	368	0,128	45	0,267
Angst vor Stellenverlust (0=nein / 1=ja)	284	0,194	249	0,189	35	0,229

**Tabelle 25:** Mittelwerte der Variablen für die Wählerschaft bei der Landtagswahl in Brandenburg 2014  
(Quelle: GLES ZA5739; eigene Berechnung)

# Die AfD und die Parteiensysteme der deutschen Bundesländer

Variable	alle Wähler		Nicht AfD-Wähler		AfD-Wähler	
	Obs	Mean	Obs	Mean	Obs	Mean
AfD-Wähler (0=nein / 1=ja)	398	0,101	358	0	40	1
Geschlecht (0=m / 1=w)	398	0,457	358	0,458	40	0,450
Alter (zentriert um 44)	398	1,246	358	1,506	40	-1,075
Bildung (0=niedrig - 2=hoch)	397	1,353	357	1,367	40	1,225
Links-Rechts-Positionierung (-5=links - 5=rechts)	377	-1,072	341	-1,191	36	0,056
Position Libertär-autoritäre (1=libertär - 11=autoritär)	391	7,130	351	6,937	40	8,825
Arbeitslosigkeit (0=nein / 1=ja)	398	0,038	358	0,039	40	0,025
Arbeiter (0=nein / 1=ja)	398	0,141	358	0,128	40	0,250
Unzufriedenheit mit Volksparteien (0=nein / 1=ja)	398	0,128	358	0,123	40	0,175
Unzufriedenheit mit Demokratie (Bund) (0=nein / 1=ja)	393	0,176	353	0,156	40	0,350
Unzufriedenheit mit Demokratie (Land) (0=nein / 1=ja)	391	0,105	351	0,091	40	0,225
wichtigstes Problem: Asyl (Bund) (0=nein / 1=ja)	366	0,036	331	0,027	35	0,114
wichtigstes Problem: Asyl (Land) (0=nein / 1=ja)	344	0,003	309	0,003	35	0
Problemlösungskompetenz AfD (Bund) (0=nein / 1=ja)	369	0,051	333	0,015	36	0,389
Problemlösungskompetenz AfD (Land) (0=nein / 1=ja)	350	0,034	315	0	35	0,343
Problemlösungskompetenz keine Partei (Bund) (0=nein / 1=ja)	369	0,244	333	0,231	36	0,361
Problemlösungskompetenz keine Partei (Land) (0=nein / 1=ja)	350	0,177	315	0,178	35	0,171
Parteiidentifikation AfD (0=nein / 1=ja)	398	0,045	358	0,008	40	0,375
Einzug der AfD ins Parlament (0=nein / 1=ja)	393	0,384	354	0,342	39	0,769
Keine Verbundenheit mit EU (0=nein / 1=ja)	398	0,015	358	0,017	40	0
Eigene wirtschaftliche Lage prospektiv (0=gut / 1=schlecht)	396	0,154	357	0,146	39	0,231
Allgemeine wirtschaftliche Lage prospektiv (Bund) (0=gut / 1=schlecht)	396	0,303	356	0,301	40	0,325
Allgemeine wirtschaftliche Lage prospektiv (Land) (0=gut / 1=schlecht)	398	0,133	358	0,128	40	0,175
Angst vor Stellenverlust (0=nein / 1=ja)	281	0,192	247	0,186	34	0,235

**Tabelle 26:** Mittelwerte der Variablen für die Wählerschaft bei der Landtagswahl in Thüringen 2014  
(Quelle: GLES ZA5740; eigene Berechnung)

Die AfD und die Parteiensysteme der deutschen Bundesländer

Variable	alle Wähler		Nicht AfD-Wähler		AfD-Wähler	
	Obs	Mean	Obs	Mean	Obs	Mean
AfD-Wähler (0=nein / 1=ja)	413	0,167	344	0	69	1
Geschlecht (0=m / 1=w)	413	0,484	344	0,497	69	0,420
Alter (zentriert um 44)	413	0,649	344	1,096	69	-1,580
Bildung (0=niedrig - 2=hoch)	405	1,314	338	1,328	67	1,239
Links-Rechts-Positionierung (-5=links - 5=rechts)	375	-0,333	316	-0,617	59	1,186
Position Libertär-autoritäre (1=libertär - 11=autoritär)	401	6,983	335	6,424	66	9,818
Flüchtlingsaufnahme (0=gleich oder mehr / 1=weniger)	394	0,627	327	0,554	67	0,985
Arbeitslosigkeit (0=nein / 1=ja)	413	0,015	344	0,012	69	0,029
Arbeiter (0=nein / 1=ja)	413	0,107	344	0,073	69	0,275
Unzufriedenheit mit Volksparteien (0=nein / 1=ja)	413	0,165	344	0,087	69	0,551
Unzufriedenheit mit Demokratie (Bund) (0=nein / 1=ja)	404	0,168	337	0,104	67	0,493
Unzufriedenheit mit Demokratie (Land) (0=nein / 1=ja)	409	0,078	342	0,041	67	0,269
wichtigstes Problem: Asyl (Bund) (0=nein / 1=ja)	396	0,705	332	0,684	64	0,813
wichtigstes Problem: Asyl (Land) (0=nein / 1=ja)	357	0,546	300	0,503	57	0,772
Problemlösungskompetenz AfD (Bund) (0=nein / 1=ja)	396	0,111	332	0,018	64	0,594
Problemlösungskompetenz AfD (Land) (0=nein / 1=ja)	364	0,096	304	0,020	60	0,483
Problemlösungskompetenz keine Partei (Bund) (0=nein / 1=ja)	396	0,260	332	0,256	64	0,281
Problemlösungskompetenz keine Partei (Land) (0=nein / 1=ja)	364	0,190	304	0,158	60	0,350
Parteiidentifikation AfD (0=nein / 1=ja)	413	0,063	344	0,006	69	0,348
Einzug der AfD ins Parlament (0=nein / 1=ja)	408	0,667	340	0,621	68	0,897
Keine Verbundenheit mit EU (0=nein / 1=ja)	413	0,015	344	0,009	69	0,043
Eigene wirtschaftliche Lage prospektiv (0=gut / 1=schlecht)	412	0,155	343	0,125	69	0,304
Allgemeine wirtschaftliche Lage prospektiv (Bund) (0=gut / 1=schlecht)	413	0,458	344	0,430	69	0,594
Allgemeine wirtschaftliche Lage prospektiv (Land) (0=gut / 1=schlecht)	403	0,236	337	0,196	66	0,439
Sorge Flüchtlingskrise (1=keine - 7=große Angst)	409	4,440	341	4,103	68	6,132
Angst vor Stellenverlust (0=nein / 1=ja)	286	0,115	234	0,111	52	0,135

**Tabelle 27:** Mittelwerte der Variablen für die Wählerschaft bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg 2016  
(Quelle: GLES ZA5741; eigene Berechnung)

Die AfD und die Parteiensysteme der deutschen Bundesländer

Variable	alle Wähler		Nicht AfD-Wähler		AfD-Wähler	
	Obs	Mean	Obs	Mean	Obs	Mean
AfD-Wähler (0=nein / 1=ja)	408	0,189	331	0	77	1
Geschlecht (0=m / 1=w)	408	0,449	331	0,486	77	0,286
Alter (zentriert um 44)	408	1,331	331	0,716	77	3,974
Bildung (0=niedrig - 2=hoch)	401	1,347	325	1,388	76	1,171
Links-Rechts-Positionierung (-5=links - 5=rechts)	397	-1,093	322	-1,497	75	0,640
Position Libertär-autoritäre (1=libertär - 11=autoritär)	402	7,154	327	6,480	75	10,093
Flüchtlingsaufnahme (0=gleich oder mehr / 1=weniger)	388	0,675	311	0,595	77	1
Arbeitslosigkeit (0=nein / 1=ja)	408	0,044	331	0,042	77	0,052
Arbeiter (0=nein / 1=ja)	408	0,127	331	0,109	77	0,208
Unzufriedenheit mit Volksparteien (0=nein / 1=ja)	408	0,230	331	0,154	77	0,558
Unzufriedenheit mit Demokratie (Bund) (0=nein / 1=ja)	399	0,283	325	0,200	74	0,649
Unzufriedenheit mit Demokratie (Land) (0=nein / 1=ja)	403	0,189	327	0,135	76	0,421
wichtigstes Problem: Asyl (Bund) (0=nein / 1=ja)	391	0,581	317	0,568	74	0,635
wichtigstes Problem: Asyl (Land) (0=nein / 1=ja)	371	0,340	306	0,320	65	0,431
Problemlösungskompetenz AfD (Bund) (0=nein / 1=ja)	389	0,116	315	0,019	74	0,527
Problemlösungskompetenz AfD (Land) (0=nein / 1=ja)	372	0,108	305	0,026	67	0,478
Problemlösungskompetenz keine Partei (Bund) (0=nein / 1=ja)	389	0,293	315	0,298	74	0,270
Problemlösungskompetenz keine Partei (Land) (0=nein / 1=ja)	372	0,237	305	0,216	67	0,328
Parteiidentifikation AfD (0=nein / 1=ja)	408	0,078	331	0,003	77	0,403
Einzug der AfD ins Parlament (0=nein / 1=ja)	404	0,718	327	0,676	77	0,896
Keine Verbundenheit mit EU (0=nein / 1=ja)	408	0,025	331	0,021	77	0,039
Eigene wirtschaftliche Lage prospektiv (0=gut / 1=schlecht)	406	0,175	329	0,137	77	0,338
Allgemeine wirtschaftliche Lage prospektiv (Bund) (0=gut / 1=schlecht)	408	0,390	331	0,329	77	0,649
Allgemeine wirtschaftliche Lage prospektiv (Land) (0=gut / 1=schlecht)	406	0,214	329	0,164	77	0,429
Sorge Flüchtlingskrise (1=keine - 7=große Angst)	406	4,158	329	3,842	77	5,506
Angst vor Stellenverlust (0=nein / 1=ja)	286	0,224	227	0,203	59	0,305

**Tabelle 28:** Mittelwerte der Variablen für die Wählerschaft bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2016  
(Quelle: GLES ZA5742; eigene Berechnung)

Die AfD und die Parteiensysteme der deutschen Bundesländer

Variable	alle Wähler		Nicht AfD-Wähler		AfD-Wähler	
	Obs	Mean	Obs	Mean	Obs	Mean
AfD-Wähler (0=nein / 1=ja)	422	0,104	378	0	44	1
Geschlecht (0=m / 1=w)	422	0,481	378	0,497	44	0,341
Alter (zentriert um 44)	422	1,370	378	1,556	44	-0,227
Bildung (0=niedrig - 2=hoch)	412	1,415	368	1,427	44	1,318
Links-Rechts-Positionierung (-5=links - 5=rechts)	398	-0,759	355	-1,014	43	1,349
Position Libertär-autoritäre (1=libertär - 11=autoritär)	406	6,623	362	6,238	44	9,795
Flüchtlingsaufnahme (0=gleich oder mehr / 1=weniger)	395	0,600	351	0,553	44	0,977
Arbeitslosigkeit (0=nein / 1=ja)	422	0,019	378	0,016	44	0,045
Arbeiter (0=nein / 1=ja)	422	0,085	378	0,074	44	0,182
Unzufriedenheit mit Volksparteien (0=nein / 1=ja)	422	0,118	378	0,058	44	0,636
Unzufriedenheit mit Demokratie (Bund) (0=nein / 1=ja)	415	0,173	371	0,119	44	0,636
Unzufriedenheit mit Demokratie (Land) (0=nein / 1=ja)	415	0,106	372	0,059	43	0,512
wichtigstes Problem: Asyl (Bund) (0=nein / 1=ja)	408	0,674	365	0,677	43	0,651
wichtigstes Problem: Asyl (Land) (0=nein / 1=ja)	374	0,479	332	0,467	42	0,571
Problemlösungskompetenz AfD (Bund) (0=nein / 1=ja)	408	0,074	365	0,014	43	0,581
Problemlösungskompetenz AfD (Land) (0=nein / 1=ja)	381	0,066	340	0,012	41	0,512
Problemlösungskompetenz keine Partei (Bund) (0=nein / 1=ja)	408	0,275	365	0,263	43	0,372
Problemlösungskompetenz keine Partei (Land) (0=nein / 1=ja)	381	0,197	340	0,179	41	0,341
Parteiidentifikation AfD (0=nein / 1=ja)	422	0,045	378	0,005	44	0,386
Einzug der AfD ins Parlament (0=nein / 1=ja)	419	0,632	375	0,600	44	0,909
Keine Verbundenheit mit EU (0=nein / 1=ja)	422	0,009	378	0,008	44	0,023
Eigene wirtschaftliche Lage prospektiv (0=gut / 1=schlecht)	421	0,147	377	0,114	44	0,432
Allgemeine wirtschaftliche Lage prospektiv (Bund) (0=gut / 1=schlecht)	421	0,392	377	0,347	44	0,773
Allgemeine wirtschaftliche Lage prospektiv (Land) (0=gut / 1=schlecht)	417	0,213	373	0,172	44	0,568
Sorge Flüchtlingskrise (1=keine - 7=große Angst)	417	4,055	373	3,794	44	6,273
Angst vor Stellenverlust (0=nein / 1=ja)	291	0,117	258	0,112	33	0,152

**Tabelle 29:** Mittelwerte der Variablen für die Wählerschaft bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 2016  
(Quelle: GLES ZA5743; eigene Berechnung)

Die AfD und die Parteiensysteme der deutschen Bundesländer

Variable	alle Wähler		Nicht AfD-Wähler		AfD-Wähler	
	Obs	Mean	Obs	Mean	Obs	Mean
AfD-Wähler (0=nein / 1=ja)	426	0,143	365	0	61	1
Geschlecht (0=m / 1=w)	426	0,455	365	0,479	61	0,311
Alter (zentriert um 44)	426	2,481	365	2,348	61	3,279
Bildung (0=niedrig - 2=hoch)	422	1,422	361	1,421	61	1,426
Links-Rechts-Positionierung (-5=links - 5=rechts)	413	-1,196	354	-1,514	59	0,712
Position Libertär-autoritäre (1=libertär - 11=autoritär)	419	6,745	359	6,251	60	9,700
Flüchtlingsaufnahme (0=gleich oder mehr / 1=weniger)	404	0,577	344	0,506	60	0,983
Arbeitslosigkeit (0=nein / 1=ja)	426	0,016	365	0,019	61	0
Arbeiter (0=nein / 1=ja)	426	0,070	365	0,060	61	0,131
Unzufriedenheit mit Volksparteien (0=nein / 1=ja)	426	0,192	365	0,132	61	0,557
Unzufriedenheit mit Demokratie (Bund) (0=nein / 1=ja)	419	0,167	358	0,106	61	0,525
Unzufriedenheit mit Demokratie (Land) (0=nein / 1=ja)	422	0,088	361	0,066	61	0,213
wichtigstes Problem: Asyl (Bund) (0=nein / 1=ja)	417	0,314	357	0,286	60	0,483
wichtigstes Problem: Asyl (Land) (0=nein / 1=ja)	404	0,064	349	0,066	55	0,055
Problemlösungskompetenz AfD (Bund) (0=nein / 1=ja)	419	0,110	358	0,025	61	0,607
Problemlösungskompetenz AfD (Land) (0=nein / 1=ja)	407	0,047	350	0,014	57	0,246
Problemlösungskompetenz keine Partei (Bund) (0=nein / 1=ja)	419	0,212	358	0,204	61	0,262
Problemlösungskompetenz keine Partei (Land) (0=nein / 1=ja)	407	0,167	350	0,131	57	0,386
Parteiidentifikation AfD (0=nein / 1=ja)	426	0,049	365	0,008	61	0,295
Einzug der AfD ins Parlament (0=nein / 1=ja)	422	0,813	361	0,789	61	0,951
Keine Verbundenheit mit EU (0=nein / 1=ja)	426	0,012	365	0,011	61	0,016
Eigene wirtschaftliche Lage prospektiv (0=gut / 1=schlecht)	425	0,106	364	0,088	61	0,213
Allgemeine wirtschaftliche Lage prospektiv (Bund) (0=gut / 1=schlecht)	423	0,284	363	0,248	60	0,500
Allgemeine wirtschaftliche Lage prospektiv (Land) (0=gut / 1=schlecht)	423	0,113	362	0,088	61	0,262
Sorge Flüchtlingskrise (1=keine - 7=große Angst)	423	3,761	363	3,452	60	5,633
Angst vor Stellenverlust (0=nein / 1=ja)	301	0,203	252	0,190	49	0,265

**Tabelle 30:** Mittelwerte der Variablen für die Wählerschaft bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2016  
(Quelle: GLES ZA5744; eigene Berechnung)

## Logistische Modelle zur Wählerschaft der AfD

EQUATION	VARIABLES	(1) AFD	(2) AFD
AFD	Geschlecht	1.966 (0.928)	1.424 (0.664)
	Alter	1.048** (0.0195)	1.025 (0.0173)
	Bildung	0.397* (0.205)	0.516 (0.245)
	o.Parteiidentifikation AfD	1 (0)	1 (0)
	Unzufriedenheit mit Demokratie (Bund)	1.779 (1.155)	
	Problemlösungskompetenz AfD (Bund)	41.91*** (32.89)	
	Problemlösungskompetenz keine Partei (Bund)	1.369 (0.814)	
	Einzug der AfD ins Parlament	11.08*** (6.018)	8.661*** (4.508)
	Eigene wirtschaftliche Lage prospektiv	1.227 (0.794)	0.801 (0.522)
	Allg. wirtschaftl. Lage prospektiv (Bund)	0.673 (0.378)	
	Links-Rechts-Positionierung	1.428*** (0.175)	1.402*** (0.162)
	wichtigstes Problem: Asyl (Bund)	0.465 (0.658)	
	Unzufriedenheit mit Demokratie (Land)		1.322 (0.867)
	Problemlösungskompetenz AfD (Land)		14.82*** (13.94)
	Problemlösungskompetenz keine Partei (Land)		0.912 (0.615)
	Allg. wirtschaftl. Lage prospektiv (Land)		1.060 (0.866)
	wichtigstes Problem: Asyl (Land)		0.213 (0.297)
	Constant	0.0434*** (0.0365)	0.0690*** (0.0541)
	Observations	321	304
	chi2	88.54	62.27
	p	0	3.51e-09
	r2_p	0.393	0.298

seEform in parentheses

\*\*\* p<0.01, \*\* p<0.05, \* p<0.1

**Tabelle 31:** Odds Ratios für die Wahl der AfD bei der Landtagswahl in Sachsen 2014 (Bundes- und Landesmodell)  
(Quelle: GLES ZA5738; eigene Berechnung)

Die AfD und die Parteiensysteme der deutschen Bundesländer

EQUATION	VARIABLES	(1) AFD	(2) AFD
AFD	Geschlecht	1.369 (0.661)	0.764 (0.362)
	Alter	1.041** (0.0191)	1.044** (0.0192)
	Bildung	0.438* (0.200)	0.512 (0.222)
	Parteiidentifikation AfD	4.922* (4.189)	6.443** (5.368)
	Unzufriedenheit mit Demokratie (Bund)	1.422 (0.762)	
	Problemlösungskompetenz AfD (Bund)	18.15*** (12.61)	
	Problemlösungskompetenz keine Partei (Bund)	3.245** (1.669)	
	Einzug der AfD ins Parlament	5.275*** (2.793)	3.546*** (1.728)
	Eigene wirtschaftliche Lage prospektiv	0.216* (0.172)	0.139** (0.127)
	Allg. wirtschaftl. Lage prospektiv (Bund)	3.311** (1.601)	
	Links-Rechts-Positionierung	1.433*** (0.165)	1.384*** (0.149)
	wichtigstes Problem: Asyl (Bund)	0.703 (0.669)	
	Unzufriedenheit mit Demokratie (Land)		1.154 (0.754)
	Problemlösungskompetenz AfD (Land)		10.54*** (7.257)
	Problemlösungskompetenz keine Partei (Land)		1.236 (0.732)
	Allg. wirtschaftl. Lage prospektiv (Land)		3.163** (1.823)
	wichtigstes Problem: Asyl (Land)		1.452 (2.083)
	Constant	0.0342*** (0.0291)	0.0836*** (0.0644)
	Observations	363	340
	chi2	93.27	72.00
	p	0	1.35e-10
	r2_p	0.390	0.326

seEform in parentheses  
\*\*\* p<0.01, \*\* p<0.05, \* p<0.1

**Tabelle 32:** Odds Ratios für die Wahl der AfD bei der Landtagswahl in Brandenburg 2014 (Bundes- und Landesmodell)  
(Quelle: GLES ZA5739; eigene Berechnung)



# Die AfD und die Parteiensysteme der deutschen Bundesländer

EQUATION	VARIABLES	(1) AFD	(2) AFD
AFD	Geschlecht	1.375 (0.743)	1.275 (0.717)
	Alter	1.006 (0.0214)	0.971 (0.0210)
	Bildung	0.944 (0.544)	0.644 (0.353)
	Parteiidentifikation AfD	13.58*** (13.57)	109.8*** (138.5)
	Unzufriedenheit mit Demokratie (Bund)	2.027 (1.430)	
	Problemlösungskompetenz AfD (Bund)	49.07*** (47.16)	
	Problemlösungskompetenz keine Partei (Bund)	4.605** (2.778)	
	Einzug der AfD ins Parlament	5.756*** (3.711)	3.179* (1.897)
	Eigene wirtschaftliche Lage prospektiv	0.251 (0.256)	0.349 (0.426)
	Allg. wirtschaftl. Lage prospektiv (Bund)	0.616 (0.426)	
	Links-Rechts-Positionierung	1.302* (0.178)	1.148 (0.149)
	wichtigstes Problem: Asyl (Bund)	1.797 (1.618)	
	Unzufriedenheit mit Demokratie (Land)		1.421 (1.343)
	o.Problemlösungskompetenz AfD (Land)		1 (0)
	Problemlösungskompetenz keine Partei (Land)		0.826 (0.640)
	Allg. wirtschaftl. Lage prospektiv (Land)		1.496 (1.139)
	o.wichtigstes Problem: Asyl (Land)		1 (0)
	Constant	0.0107*** (0.0112)	0.0453*** (0.0397)
	Observations	337	310
	chi2	95.79	42.10
	p	0	7.20e-06
	r2_p	0.473	0.284

seEform in parentheses  
\*\*\* p<0.01, \*\* p<0.05, \* p<0.1

**Tabelle 33:** Odds Ratios für die Wahl der AfD bei der Landtagswahl in Thüringen 2014 (Bundes- und Landesmodell)  
(Quelle: GLES ZA5740; eigene Berechnung)

# Die AfD und die Parteiensysteme der deutschen Bundesländer

EQUATION	VARIABLES	(1) AFD	(2) AFD
AFD	Geschlecht	1.145 (0.705)	0.793 (0.465)
	Alter	0.997 (0.0208)	0.997 (0.0216)
	Bildung	0.458 (0.252)	1.121 (0.569)
	Parteiidentifikation AfD	505.6*** (1,177)	
	Unzufriedenheit mit Demokratie (Bund)	5.015** (3.504)	
	Problemlösungskompetenz AfD (Bund)	183.2*** (177.0)	
	Problemlösungskompetenz keine Partei (Bund)	3.810** (2.512)	
	Einzug der AfD ins Parlament	22.43*** (24.66)	13.98*** (13.27)
	Eigene wirtschaftliche Lage prospektiv	3.486* (2.281)	1.955 (1.208)
	Allg. wirtschaftl. Lage prospektiv (Bund)	3.844* (2.970)	
	Links-Rechts-Positionierung	1.114 (0.198)	1.492** (0.256)
	wichtigstes Problem: Asyl (Bund)	1.831 (1.377)	
	Sorge Flüchtlingskrise	1.613** (0.351)	1.354 (0.296)
	o. Parteiidentifikation AfD		1 (0)
	Unzufriedenheit mit Demokratie (Land)		2.241 (1.795)
	Problemlösungskompetenz AfD (Land)		21.36*** (15.65)
	Problemlösungskompetenz keine Partei (Land)		10.11*** (6.561)
	Allg. wirtschaftl. Lage prospektiv (Land)		3.561** (2.048)
	wichtigstes Problem: Asyl (Land)		1.712 (1.062)
	Constant	3.78e-05*** (7.82e-05)	0.000198*** (0.000351)
	Observations	346	305
	chi2	202.8	103.6
	p	0	0
	r2_p	0.684	0.506

seEform in parentheses  
 \*\*\* p<0.01, \*\* p<0.05, \* p<0.1

**Tabelle 34:** Odds Ratios für die Wahl der AfD bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg 2016 (Bundes- und Landesmodell)  
 (Quelle: GLES ZA5741; eigene Berechnung)

Die AfD und die Parteiensysteme der deutschen Bundesländer

EQUATION	VARIABLES	(1) AFD	(2) AFD
AFD	Geschlecht	0.530 (0.259)	0.808 (0.395)
	Alter	1.012 (0.0184)	1.034* (0.0203)
	Bildung	0.652 (0.282)	0.490 (0.221)
	Parteiidentifikation AfD	27.67*** (32.00)	37.22*** (47.12)
	Unzufriedenheit mit Demokratie (Bund)	3.856*** (1.829)	
	Problemlösungskompetenz AfD (Bund)	12.46*** (8.121)	
	Problemlösungskompetenz keine Partei (Bund)	1.035 (0.545)	
	Einzug der AfD ins Parlament	5.948** (4.608)	4.004* (2.870)
	Eigene wirtschaftliche Lage prospektiv	1.087 (0.603)	1.322 (0.734)
	Allg. wirtschaftl. Lage prospektiv (Bund)	1.705 (0.857)	
	Links-Rechts-Positionierung	1.383*** (0.150)	1.384*** (0.160)
	wichtigstes Problem: Asyl (Bund)	1.246 (0.580)	
	Sorge Flüchtlingskrise	1.230 (0.161)	1.394** (0.195)
	Unzufriedenheit mit Demokratie (Land)		2.254 (1.163)
	Problemlösungskompetenz AfD (Land)		12.21*** (8.525)
	Problemlösungskompetenz keine Partei (Land)		5.066*** (2.680)
	Allg. wirtschaftl. Lage prospektiv (Land)		1.442 (0.754)
	wichtigstes Problem: Asyl (Land)		0.547 (0.281)
		0.00937*** (0.0115)	0.0101*** (0.0120)
	Observations	365	348
	chi2	194.7	181.4
	p	0	0
	r2_p	0.550	0.551

seEform in parentheses

\*\*\* p<0.01, \*\* p<0.05, \* p<0.1

**Tabelle 35:** Odds Ratios für die Wahl der AfD bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2016 (Bundes- und Landesmodell)  
(Quelle: GLES ZA5742; eigene Berechnung)

Die AfD und die Parteiensysteme der deutschen Bundesländer

EQUATION	VARIABLES	(1) AFD	(2) AFD
AFD	Geschlecht	0.317 (0.252)	0.388 (0.317)
	Alter	0.952* (0.0271)	0.926** (0.0328)
	Bildung	1.248 (0.904)	2.814 (2.195)
	Parteiidentifikation AfD	1.444 (1.896)	4.886 (5.784)
	Unzufriedenheit mit Demokratie (Bund)	1.875 (1.509)	
	Problemlösungskompetenz AfD (Bund)	213.7*** (278.6)	
	Problemlösungskompetenz keine Partei (Bund)	23.88*** (25.99)	
	Einzug der AfD ins Parlament	4.655 (4.751)	6.144 (7.176)
	Eigene wirtschaftliche Lage prospektiv	1.391 (1.144)	3.573 (3.221)
	Allg. wirtschaftl. Lage prospektiv (Bund)	4.690** (3.583)	
	Links-Rechts-Positionierung	2.326*** (0.540)	2.611*** (0.695)
	wichtigstes Problem: Asyl (Bund)	0.251 (0.224)	
	Sorge Flüchtlingskrise	3.089*** (1.169)	3.171*** (1.409)
	Unzufriedenheit mit Demokratie (Land)		2.048 (1.723)
	Problemlösungskompetenz AfD (Land)		141.6*** (177.5)
	Problemlösungskompetenz keine Partei (Land)		14.27*** (12.65)
	Allg. wirtschaftl. Lage prospektiv (Land)		5.275* (4.634)
	wichtigstes Problem: Asyl (Land)		0.144** (0.129)
	Constant	3.32e-06*** (1.05e-05)	1.42e-06*** (5.12e-06)
	Observations	366	339
	chi2	194.6	187.9
	p	0	0
	r2_p	0.746	0.764

seEform in parentheses  
\*\*\* p<0.01, \*\* p<0.05, \* p<0.1

**Tabelle 36:** Odds Ratios für die Wahl der AfD bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 2016 (Bundes- und Landesmodell)  
(Quelle: GLES ZA5743; eigene Berechnung)

EQUATION	VARIABLES	(1) AFD	(2) AFD
AFD	Geschlecht	0.559 (0.295)	0.678 (0.342)
	Alter	1.002 (0.0181)	1.016 (0.0173)
	Bildung	1.287 (0.609)	1.015 (0.440)
	Parteiidentifikation AfD	2.352 (2.292)	4.455 (4.204)
	Unzufriedenheit mit Demokratie (Bund)	3.710** (2.000)	
	Problemlösungskompetenz AfD (Bund)	41.52*** (28.67)	
	Problemlösungskompetenz keine Partei (Bund)	4.809*** (2.668)	
	Einzug der AfD ins Parlament	10.10** (9.383)	18.37*** (18.44)
	Eigene wirtschaftliche Lage prospektiv	1.332 (0.946)	2.060 (1.283)
	Allg. wirtschaftl. Lage prospektiv (Bund)	1.091 (0.570)	
	Links-Rechts-Positionierung	1.474*** (0.179)	1.913*** (0.261)
	wichtigstes Problem: Asyl (Bund)	1.290 (0.658)	
	Sorge Flüchtlingskrise	1.242 (0.183)	1.559*** (0.227)
	Unzufriedenheit mit Demokratie (Land)		0.571 (0.431)
	Problemlösungskompetenz AfD (Land)		7.210** (6.909)
	Problemlösungskompetenz keine Partei (Land)		9.357*** (4.902)
	Allg. wirtschaftl. Lage prospektiv (Land)		1.263 (0.771)
	wichtigstes Problem: Asyl (Land)		0.137* (0.146)
	Constant	0.00119*** (0.00177)	0.000763*** (0.00115)
	Observations	384	379
	chi2	178.7	149.7
	p	0	0
	r2_p	0.560	0.494

seEform in parentheses  
\*\*\* p<0.01, \*\* p<0.05, \* p<0.1

**Tabelle 37:** Odds Ratios für die Wahl der AfD bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2016  
(Bundes- und Landesmodell)  
(Quelle: GLES ZA5744; eigene Berechnung)